

Kleiner Atlas des internationalen Genf 2021/2022



**Entwicklungen des
internationalen Genf in Karten**

	14	Ukraine	Kapitel 1 veranschaulicht die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft in einigen multilateralen Organisationen auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine.
	30	Menschenrechte	Menschenrechte bilden eine der drei Gründungspfeiler der UN. Kapitel 2 gibt einen Überblick über wichtige Abstimmungen und Initiativen der letzten beiden Jahre im Menschenrechtsrat.
	88	Humanitäre Hilfe	Kapitel 3 verdeutlicht den enormen Druck, dem der humanitäre Sektor in den letzten zwei Jahren wegen des enormen Bedarfs und einer noch größeren Finanzierungslücke ausgesetzt war.
	98	Flucht und Migration	Angesichts von schätzungsweise 103 Mio. Menschen, die bis Mitte 2022 vertrieben wurden, bleiben Flucht und Migration eine der größten globalen Herausforderungen. Mehr dazu in Kapitel 4.
	116	Welthandel	Die WTO steht für regelbasierten Handel und die Beseitigung von Handelshemmnissen. Plurilaterale Initiativen bieten dabei Alternativen zur Überwindung von Patt-Situationen.
	136	Digitales	Im komplexen Ökosystem der digitalen Verwaltung ist die Internationale Fernmeldeunion eine oft übersehene Institution, die sich mit Themen von Normung bis zur digitalen Kluft befasst.
	156	Globale Gesundheit	Pandemieprävention und -reaktion waren Schwerpunkte der Debatten im Bereich Globale Gesundheit. Andere Gesundheitsbedrohungen bleiben weiterhin ein großes Problem. Mehr in Kapitel 7
	178	Arbeit	Auf der Internationalen Arbeitskonferenz wurde ein neues Grundprinzip angenommen. Gleichzeitig bleiben die Unterschiede bei der sozialen Absicherung erheblich. Mehr in Kapitel 8.
	188	Frieden und Sicherheit	Genf als „Stadt des Friedens“ ist u.a. Gastgeberin des einzig verbliebenen multilateralen Verhandlungsforums für Abrüstung. Seine Arbeit wurde in den letzten zwei Jahren weiter erschwert.

Kleiner Atlas des internationalen Genf 2021/2022



Olaf Wientzek
Sarah Ultes
Cedric Amon



**Entwicklungen des
internationalen Genf in Karten**

In den vergangenen zwei Jahren spielten die internationalen Organisationen in Genf eine wichtige Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Gleichzeitig wurden sie von größeren Trends der internationalen Beziehungen und neuen Konflikten beeinflusst. Obwohl das multilaterale Genf mehr Aufmerksamkeit erhielt, bleibt es für politische Akteure und Beobachter außerhalb Genfs oft eine „Blackbox“.

Der erste 'Kleine Atlas des Internationalen Genf', veröffentlicht im April 2021, versuchte das Verständnis wichtiger Entwicklungen des multilateralen Genfs in den Jahren 2019/2020 zu erleichtern. Das große Interesse an dieser ersten Ausgabe überzeugte uns, einen aktualisierten und umfangreicheren zweiten Atlas 2021/2022 zu erstellen.

Der 'Kleine Atlas des internationalen Genf 2021/2022' illustriert wichtige Trends in den Bereichen Menschenrechte, Humanitäre Hilfe, Flucht und Migration, Welthandel, Digitales, Globale Gesundheit, Arbeit sowie Frieden und Sicherheit. Ein besonderes Kapitel ist dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine gewidmet. Der Atlas hebt das Abstimmungsverhalten, Ergebnisse von Berichten sowie die Unterstützung für multilaterale Initiativen hervor.

Angesichts der vielen Organisationen kann er unmöglich das gesamte Spektrum des multilateralen Genf abdecken. Dennoch kann er hoffentlich etwas Licht auf einige Dynamiken der letzten zwei Jahre werfen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre!

Dr. Olaf Wientzek, Direktor
Sarah Ultes, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Cedric Amon, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Multilateraler Dialog
Konrad-Adenauer-Stiftung Genf

8 Abkürzungsverzeichnis
12 Einleitung



14 Ukraine

16 Unabhängige Untersuchungskommission zu Russlands Angriffskrieg
18 „Uniting for Peace“ – Resolution der UN-Generalversammlung
20 Suspendierung des Rechts Russlands auf Mitgliedschaft im MRR
22 Mitgliedstaaten, die Situation in der Ukraine an IstGH verwiesen
24 Verurteilung des russischen Angriffskriegs im ILO-Verwaltungsrat
26 Verurteilung der russischen Annexion ukrainischer Gebiete
28 Rechtsschutz und Wiedergutmachung für Aggression gegen Ukraine



30 Menschenrechte

32 Dashboard Menschenrechte
34 Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrats 2022
36 Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrats 2023
38 Häufigkeit der Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat, 2006 – 2023
40 Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu China 2021
42 Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu Deutschland 2021
44 Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu China 2022
46 Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu Deutschland 2022
48 Unterstützung für Stellungnahmen der Like-Minded Group, 2018 – 2022
50 Chinas Politik in Xinjiang, Hong Kong und Tibet 2021
52 Chinas Politik in Xinjiang, Hong Kong und Tibet 2022
54 Gemeinsame Stellungnahme gegen den OHCHR-Bericht zu Xinjiang 2022
56 Abstimmung zur Debatte über Xinjiang 2022
58 Abstimmung gegen Gruppe hochrangiger Experten zum Jemen 2021
60 Gemeinsame Stellungnahme zur Menschenrechtslage im Jemen 2022
62 Abstimmung über Sonderberichterstatterin zu Russland 2022

64 Abstimmung über Sonderberichterstatter zu Afghanistan 2021
66 Abstimmung über Menschenrechtsexperten zu Nicaragua 2022
68 Abstimmung über Sonderberichterstatterin zu Belarus 2022
70 Unterstützer der Unabhängigen Untersuchungskommission zum Iran
72 Abstimmung über Chinas Resolution zur Rolle der Menschenrechte
74 Neues Menschenrecht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt
76 Abstimmung über Experten für sexuelle Orientierung (SOGI) 2022
78 Gemeinsame Stellungnahme zur Rolle der Familie 2022
80 Einschüchterungsversuche bei Kooperation mit UN zu Menschenrechten
82 Sonderverfahren: dauerhafte Einladungen und ausstehende Besuche
84 Freiwillige Beiträge für OHCHR 2022
86 Präsenz des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte



88 Humanitäre Hilfe

90 Dashboard Humanitäre Hilfe
92 Geberländer und Beiträge für humanitäre Hilfe weltweit 2022
94 Empfängerländer, Fortschritt bei humanitären Reaktionsplänen 2022
96 Klimawandel und humanitäre Krisen weltweit



98 Flucht und Migration

100 Dashboard Flucht und Migration
102 Herkunfts- und Aufnahmeländer gewaltsam Vertriebener 2021
104 Umsiedlung von Flüchtlingen 2021
106 Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2021
108 Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2022
110 Pro-Kopf Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2022
112 Herkunftsländer von internationalen Rücküberweisungen 2021
114 Zielländer für internationale Rücküberweisungen 2021



116 Welthandel

- 118 Dashboard Welthandel
- 120 Mitglieder der Welthandelsorganisation
- 122 Regionale Verhandlungsgruppen der WTO
- 124 Verhandlungsgruppen von Entwicklungsländern in der WTO
- 126 Unterstützer einer TRIPS-Ausnahmeregelung für COVID-19 Vakzine
- 128 Arbeitsprogrammvorschlage zu elektronischem Handel
- 130 Mitgliedschaft von WTO-Mitgliedern an plurilateralen Initiativen
- 132 Abkommen über eine Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA)
- 134 Gemeinsame Erklärung zum Erhalt von Ernährungssicherheit



136 Digitales

- 138 Dashboard Digitales
- 140 ITU-Mitgliedstaaten nach Regionalgruppen und Sitzen im ITU-Rat
- 142 ITU-Ratsmitglieder und Hauptbeitragszahler
- 144 ITU-Ratsmitgliedschaft 2006-2026
- 146 Herkunftsländer des Leitungspersonals der ITU-Studienkommissionen
- 148 Abstimmung des Aktionsprogramms (PoA) für Cybersicherheit
- 150 Mitglieder der Freedom Online Coalition (FOC)
- 152 Erklärung zur Zukunft des Internets
- 154 Innovationsleistungen 2022



156 Globale Gesundheit

- 158 Dashboard Globale Gesundheit
- 160 Mitgliedstaaten des WHO-Exekutivrats 2022
- 162 Empfänger von Impfstoffen durch die COVAX-Initiative pro Kopf 2021
- 164 Empfänger von Impfstoffen durch die COVAX-Initiative pro Kopf 2022
- 166 Teilnehmer an der Universal Health and Preparedness Review (UHPR)



178 Arbeit

- 168 Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften
 - 170 Unterstützung für die Verhandlung einer Pandemievereinbarung
 - 172 Änderungsvorschläge für Internationale Gesundheitsvorschriften
 - 174 Unterzeichner der „Genfer Konsenserklärung“
 - 176 WHA: Globale Strategie zur sexuellen Gesundheit
- 180 Dashboard Arbeit
 - 182 Zusammensetzung des ILO-Verwaltungsrats 2021 – 2024
 - 184 Ratifizierung von ILO-Kernarbeitsnormen
 - 186 Sozialversicherungsschutz weltweit laut ILO 2020 – 2022



188 Frieden und Sicherheit

- 190 Mitgliedstaaten und Beobachter der Abrüstungskonferenz
 - 192 Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen
 - 194 Übereinkommen über das Verbot von Streumunition
 - 196 WTO Trade for Peace
- 199 Literaturverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AMR	Antimikrobielle Resistenz
BWÜ	Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen
CCW	Konvention über bestimmte konventionelle Waffen
CD	Abrüstungskonferenz
CEPI	Koalition für Innovationen in der Epidemievorbeugung
CHF	Schweizer Franken
COVAX	Globaler Zugang für Impfstoffe gegen Covid-19
COVID	Corona Virus-Krankheit
CTBT	Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
CAF	Zentralafrikanische Republik
CWÜ	Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen
EK	Europäische Kommission
EPO	Europäische Patentorganisation
EU	Europäische Union
FCS	Fragile oder von Konflikten betroffene Länder
FMCT	Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke
FOC	Freedom Online Coalition
F&E	Forschung und Entwicklung
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GAVI	Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung
GEE	Gruppe hochrangiger Experten
GGE	Gruppe von Regierungssachverständigen
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
HRP	Humanitärer Reaktionsplan
HVR	Humanitäres Völkerrecht
IAK	Internationale Arbeitskonferenz
IEC	Internationale Elektrotechnische Kommission
IFRK	Internationale Föderation der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds
IGV	Internationale Gesundheitsvorschriften

ISTGH	Internationaler Strafgerichtshof
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
INB	Zwischenstaatliches Verhandlungsgremium
IOM	Internationale Organisation für Migration
IP	Geistiges Eigentum
ITU	Internationale Fernmeldeunion
ITU-T	Standardisierungs-Sektor der ITU
JSI	Initiative für gemeinsame Erklärungen
JST	Gemeinsame Stellungnahme
KI	Künstliche Intelligenz
LAWS	Letale Autonome Waffensysteme
LDCs	Am wenigsten entwickelte Länder
LMG	Gruppe gleichgesinnter Staaten
LMICs	Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen
MK11	11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation
MK12	12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation
MFN	Meistbegünstigungsprinzip
MPIA	Mehrparteien-Interimsvereinbarung
MRR	UN-Menschenrechtsrat
NRO	Nichtregierungsorganisation
NVV	Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag
OCHA	Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODA	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OEWG	Offene Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen
OHCHR	Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
OIZ	Organisation für Islamische Zusammenarbeit
PAROS	Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum
PHEIC	Gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite
PoA	Aktionsprogramm
P5	Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

SDGs	Ziele für nachhaltige Entwicklung
SIDS	Kleine Inselentwicklungsländer
SIPRI	Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut
SOGI	Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
UHPR	Universal Health and Preparedness Review
UK	Vereinigtes Königreich
UN	Vereinte Nationen
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNGA	Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
US	Vereinigte Staaten
USD	US-Dollar
WHA	Weltgesundheitsversammlung
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum
WTSA	Weltstandardisierungsversammlung
WTO	Welthandelsorganisation

In einer Zeit, in der globale Herausforderungen starke, gut finanzierte und funktionierende internationale Organisationen erfordern, wurde das multilaterale Genf durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine massiv erschüttert. In verschiedenen multilateralen Gremien mussten die Mitgliedstaaten auf eine eklatante Verletzung des Völkerrechts durch ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats reagieren. Gleichzeitig verschärfte der russische Überfall der Ukraine die ohnehin schon besorgniserregende humanitäre Lage weltweit. Schon vor dem Krieg ließen langanhaltende Konflikte, der Klimawandel und die COVID-19-Pandemie den Bedarf an humanitärer Hilfe auf ein nie dagewesenes Niveau steigen. Die in Genf ansässigen Organisationen, die zu Flucht und Migration arbeiten, stehen vor großen Herausforderungen: Die Zahl der weltweit vertriebenen Menschen überschritt erstmals die 100-Millionen-Marke. Staaten, die sich bereits in einer schwierigen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen oder humanitären Lage befanden, tragen die Hauptlast. Zwar wurden in den letzten Jahren mehr Mittel für die Bewältigung dieser Herausforderungen bereitgestellt, doch konnten diese nicht den steigenden Bedarf decken. Wie dieser Atlas zeigt, wurde die Krisenbewältigung häufig von einer kleinen Gruppe Hauptgeber geschultert. Finanzierungsengpässe betrafen auch andere Organisationen im Bereich der Menschenrechte und der globalen Gesundheit.

Die Versuche autoritärer Staaten, unerwünschte Resolutionen im UN-Menschenrechtsrat zu verhindern und ein Narrativ zu etablieren, das ein unkritisches, staatszentriertes Verständnis der Menschenrechte betont, wurden fortgesetzt - am aktivsten, aber nicht allein, von China. Obwohl das autoritäre Lager einige bemerkenswerte Erfolge erzielen konnte, gelang es dem Menschenrechtsrat in den letzten zwei Jahren, mehrere sich verschlechternde und dringliche Menschenrechtssituationen anzusprechen.

Trotz vieler besorgniserregender Entwicklungen und eines fehlenden Konsenses zwischen den Mitgliedstaaten in vielen Fragen waren die multilateralen Foren in Genf nicht komplett paralysiert. Den Mitgliedern gelang es, wichtige Durchbrüche zu erzielen, sei es in den Bereichen Arbeit, Handel, globale Gesundheit oder bei der Abmilderung der katastrophalen Folgen des russischen Überfalls für die weltweite Ernährungssicherheit. In den Jahren 2019/2020 legten der fehlende Konsens und die COVID-19-Pandemie mehrere Organisationen lahm. Viele von ihnen haben jedoch ihre Bedeutung 2021 und 2022 unter Beweis gestellt. Der Wechsel in der US-Regierung Anfang 2021 wirkte sich positiv auf die Arbeit verschiedener Organisationen aus. Die EU ist nach wie vor ein wichtiger Verfechter eines regel- und wertebasierten Multilateralismus. Der Atlas zeigt jedoch, dass Impulse für multilaterale Lösungen auch von anderen Staaten aller Kontinente unterstützt wurden oder sogar ausgingen. Dennoch deutet vieles darauf hin, dass zunehmend auf plurilaterale Lösungen oder Koalitionen der Willigen - vor allem im Handelsbereich - zurückgegriffen wird, um Blockaden zu überwinden.

2021 und 2022 haben große, zukünftige Herausforderungen aufgezeigt: die Notwendigkeit einer besseren Prävention und Reaktion auf Pandemien, die Bekämpfung protektionistischer Tendenzen, der Klimawandel, die Überwindung des Stillstands von Abrüstungsbemühungen, die Überbrückung der digitalen Kluft und die Entwicklung technischer Standards für künstliche Intelligenz (KI). Die Mitgliedstaaten sind sich zwar größtenteils einig, dass es sich um dringliche Herausforderungen handelt, aber uneins darüber, wie diese bewältigt werden sollen und wer in den Prozess einbezogen werden soll.

Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die multilateralen Organisationen in Genf trotz ihrer Schwächen weiterhin von Bedeutung sind. Gleichzeitig werden die Uneinigkeiten über Werte und Regeln der multilateralen Zusammenarbeit wahrscheinlich fortbestehen.



Klare Verurteilung durch die UN-Generalversammlung

Russlands Recht auf MRR-Mitgliedschaft ausgesetzt

Russlands erneuter Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wurde häufig als Schock für den Multilateralismus im Allgemeinen und für die Genfer Organisationen im Besonderen bezeichnet. Die Invasion selbst, ihre unmittelbaren wie langfristigen Folgen, aber auch die Reaktion darauf beschäftigten das gesamte multilaterale Genf.

Der russische Angriffskrieg wurde regelmäßig in verschiedenen multilateralen Foren aufgegriffen. Die UN-Generalversammlung (UNGA) in New York verurteilte die Invasion mehrfach: Am 2. März 2022 verabschiedete das Gremium mit großer Mehrheit die Resolution „Uniting for Peace“ (S. 18 – 19). Ein weiteres Beispiel war die Verurteilung der russischen Annexion ukrainischen Territoriums (S. 26 – 27). Diese Resolutionen hatten für andere multilaterale Organisationen in Genf Signalwirkung und gaben den Ton für weitere Schritte vor: Stellungnahmen und das konzertierte Verlassen von Sitzungen waren als Zeichen des Protests gegen Russlands Verletzungen des Völkerrechts u.a. im UN-Menschenrechtsrat (MRR), bei der Weltstandardisierungsversammlung (WTA), der Weltgesundheitsversammlung (WHA) wie auch der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu beobachten.

Jenseits von Stellungnahmen in diesen verschiedenen Foren wurden auch konkrete Schritte beschlossen: In einem historischen Votum beschloss die UNGA am 7. April 2022, Russlands Recht auf Mitgliedschaft im in Genf ansässigen UN-Menschenrechtsrat auszusetzen (S. 20 – 21). Am 24. März 2022 beschloss der Verwaltungsrat der ILO, die technische Zusammenarbeit mit Russland auszusetzen und die ILO zu beauftragen, Optionen zum Umzug ihres Moskauer Regionalbüros (S. 24 – 25) zu prüfen.

Blickt man auf das Stimmverhalten der Staaten, so lassen sich folgende Beobachtungen machen:

a) Bei allgemeinen Verurteilungen der russischen Aggression unterstützte ein Großteil der UN-Mitglieder die Ukraine, nur wenige stimmten dagegen, eine signifikante Zahl an Ländern enthielt sich.

Unterstützung für Russland aus „harten“ Autokratien

Sorgen über langfristige Folgen

b) Sobald es um konkretere Schritte ging, z.B. eine Verweisung an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zur Untersuchung von Vorwürfen von Kriegsverbrechen (S. 22 – 23) oder die Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte Russlands im Menschenrechtsrat, sank – trotz Mehrheit – die Zahl der unterstützenden Länder spürbar.

c) Der engere Kreis der Unterstützer für die Ukraine bestand aus 40 – 45 Ländern, darunter in den meisten Fällen alle EU-Staaten.

Der Kern von Russlands verbliebenen Unterstützern besteht meist aus „harten“ Autokratien. Andere Länder vermieden eine Positionierung entweder aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen oder aus einer grundsätzlichen Ablehnung heraus, an anderen Staaten öffentlich Kritik zu üben. Auch wenn Russland im multilateralen Genf nicht komplett isoliert ist, so hat die internationale Gemeinschaft doch in bislang ungekanntem Maße auf den russischen Angriff reagiert. Auch spätere Kapitel zeigen, dass Russlands Ruf und Einfluss in vielen Organisationen massiv gelitten haben.

Viele Länder, v.a. aus Subsahara-Afrika haben sich besorgt über die langfristigen Konsequenzen des Krieges geäußert, besonders mit Blick auf die Nahrungsmittelsicherheit. Der Erfolg der EU und ihrer Verbündeten bei ihren Versuchen, weiterhin eine Mehrheit der Staaten für die Unterstützung der Ukraine zu gewinnen, wird auch davon abhängen, wie ernst diese Bedenken genommen werden und ob bei ähnlichen Krisen in anderen Teilen der Welt künftig dieselbe Entschlossenheit an den Tag gelegt wird.



Unabhängige Untersuchungskommission zu Russlands Angriffskrieg

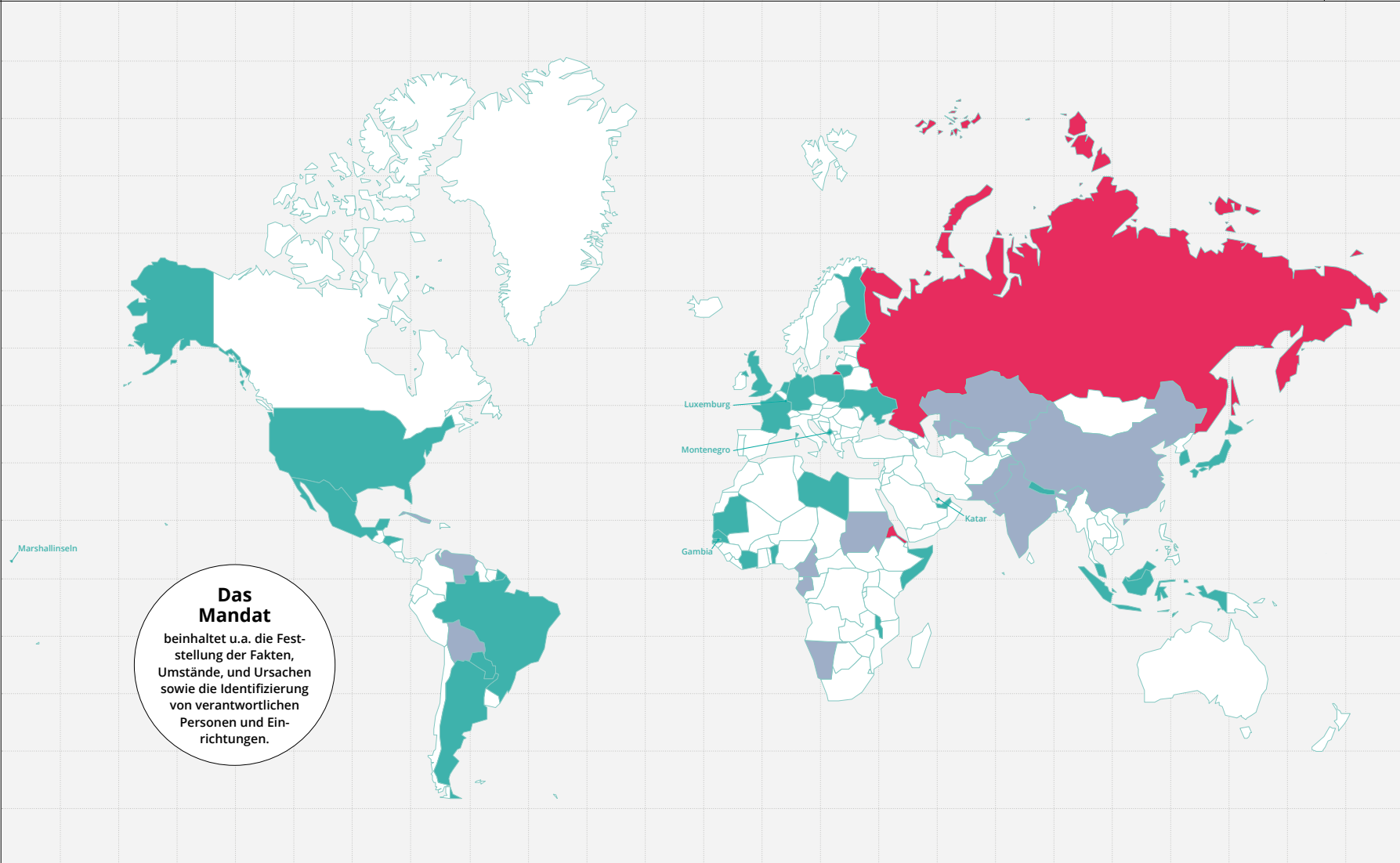
Auf seiner 49. Sitzung im Februar 2022 setzte der UN-Menschenrechtsrat eine unabhängige internationale Untersuchungskommission ein, die alle mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie damit zusammenhängende Verbrechen im Zuge der russischen Aggression gegen die Ukraine untersuchen soll.

Ablehnung (2)

Enthaltung (13)

Befürwortung (32)

Kein Mitglied



Das Mandat
 beinhaltet u.a. die Feststellung der Fakten, Umstände, und Ursachen sowie die Identifizierung von verantwortlichen Personen und Einrichtungen.

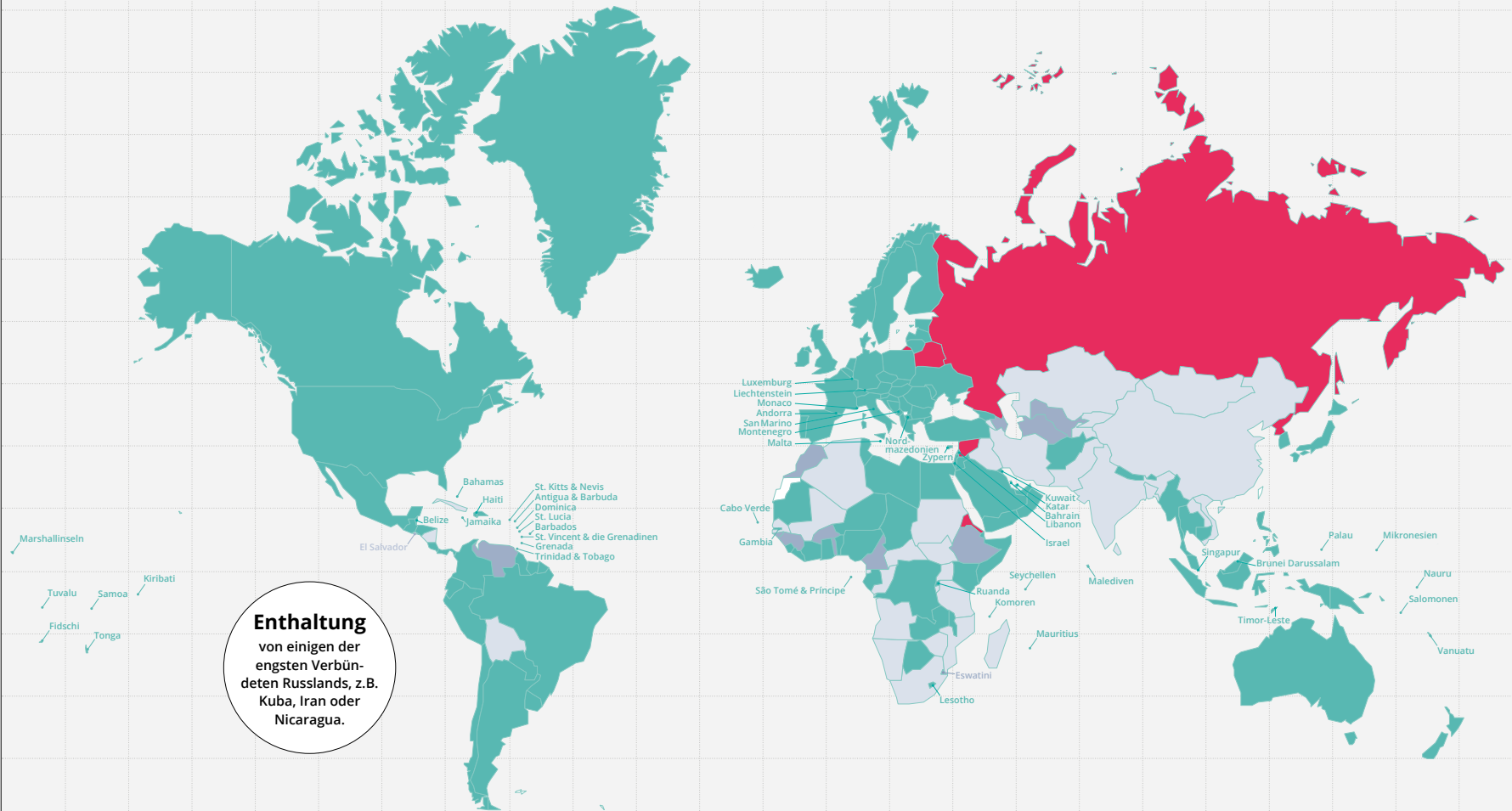


„Uniting for Peace“ – Resolution der UN-Generalversammlung

In einer seltenen Dringlichkeitssitzung am 2. März verurteilte die UN-Generalversammlung den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und forderte Russland zum „sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug all seiner Streitkräfte aus dem Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“ auf.

Enthaltung (35)
keine Teilnahme (12)

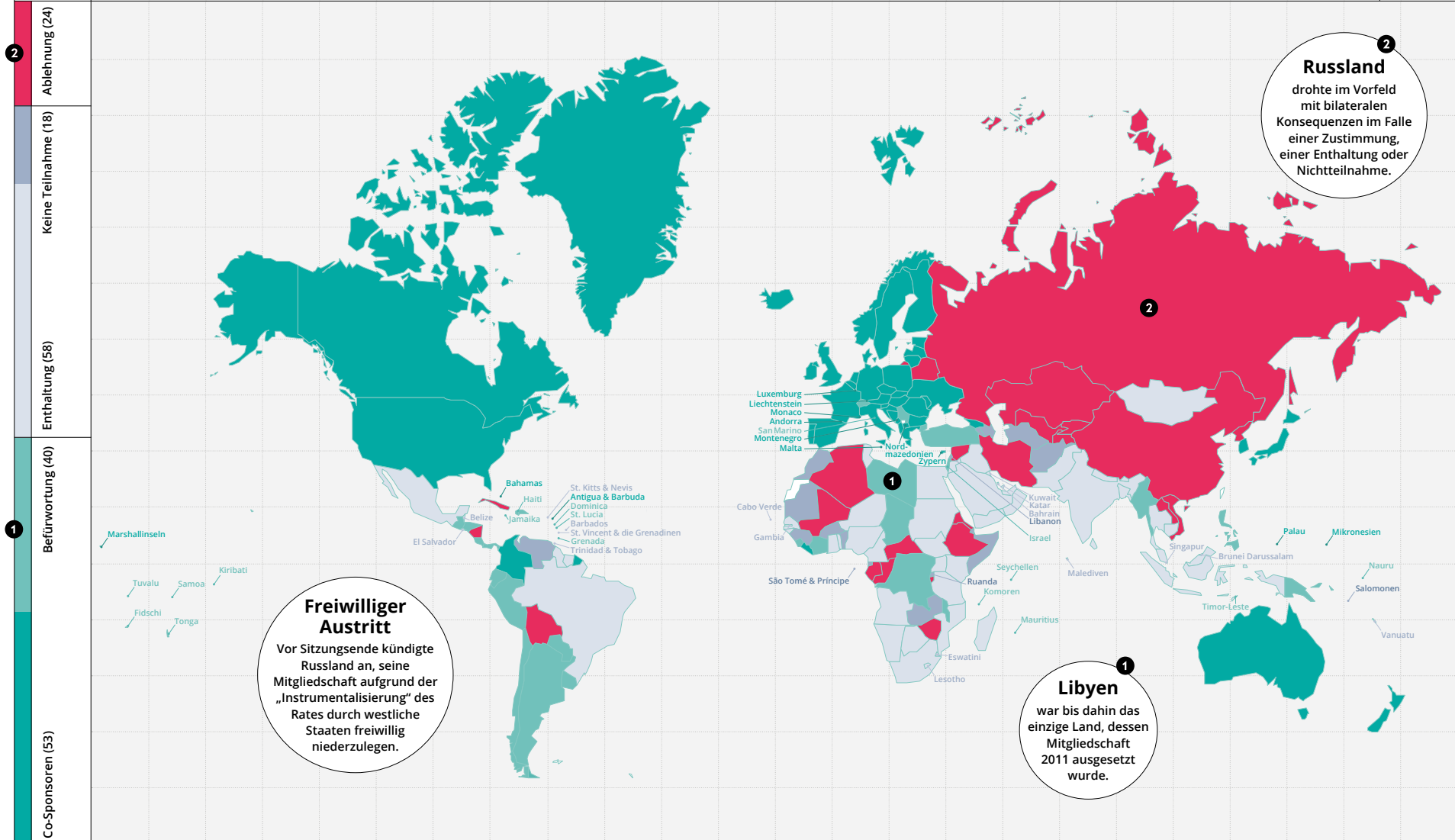
Befürwortung (141)





Suspendierung des Rechts Russlands auf Mitgliedschaft im MRR

Am 7. März beschloss die UN-Generalversammlung die Suspendierung des Rechts Russlands auf Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat (MRR) mit 93 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 58 Enthaltungen (18 waren abwesend). Dies ist möglich, wenn ein Mitglied schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen begeht.

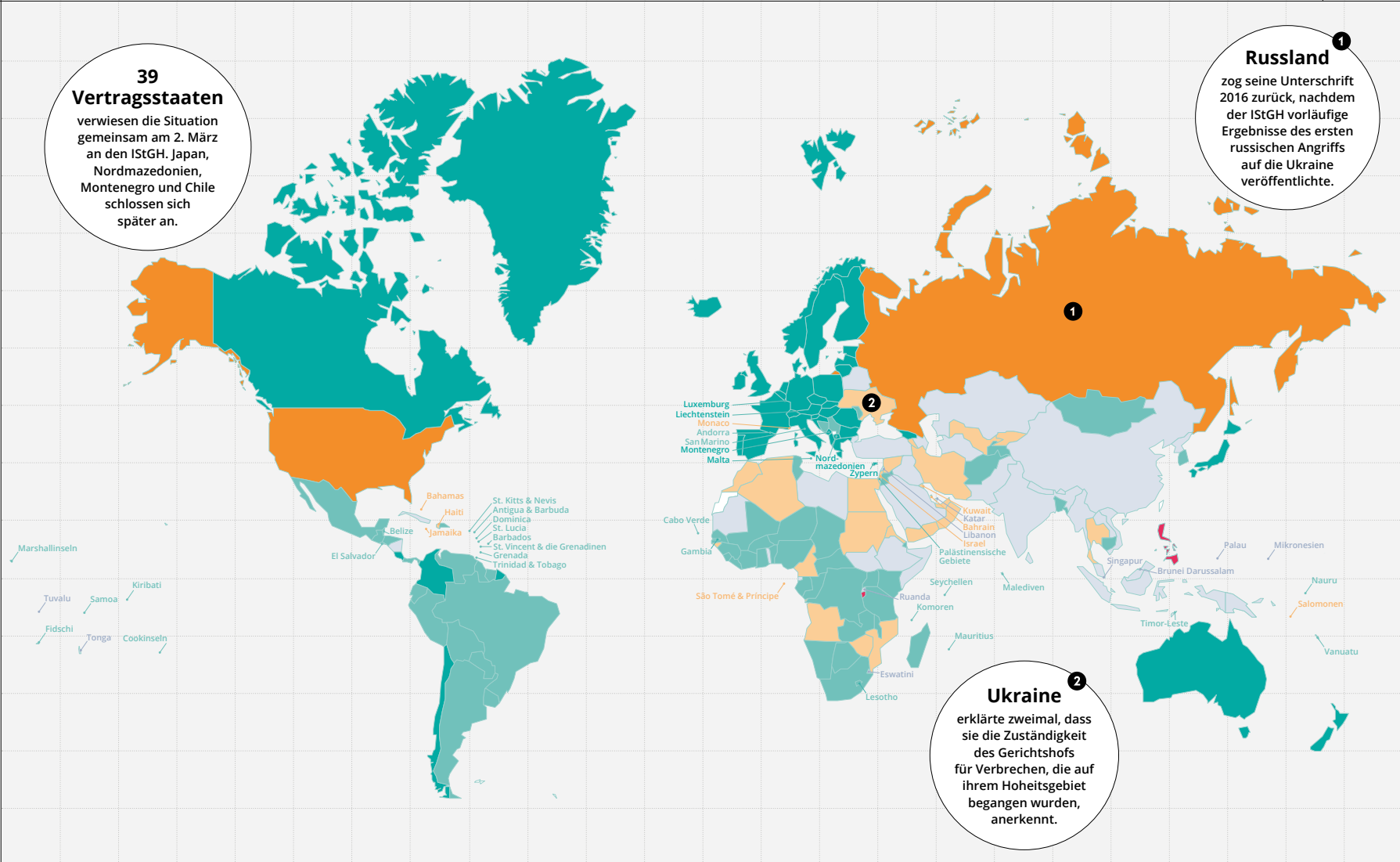




Mitgliedstaaten, die Situation in der Ukraine an IstGH verwiesen

Seit dem 1. März 2022 wiesen 43 Vertragsstaaten des Römischen Statuts das Büro des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) an, alle früheren und gegenwärtigen Anschuldigungen von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord, welche auf ukrainischem Hoheitsgebiets begangen wurden, zu untersuchen. 123 Länder sind Vertragsstaaten.

- Kein Vertragsstaat, kein Unterzeichner (39)
- Unterzeichner, der nicht verwies (29)
- Unterschrift zurückgezogen (2)
- Mitgliedschaft zurückgezogen (2)
- Vertragsstaat, der Lage nicht verwies (78)
- Vertragsstaat, der Lage verwies (43)





Verurteilung des russischen Angriffskriegs im ILO-Verwaltungsrat

Am 24. März 2022 verabschiedete der ILO-Verwaltungsrat eine Resolution über die Unvereinbarkeit der russischen Aggression gegen die Ukraine mit den Grundsätzen der ILO-Mitgliedschaft. Er beschloss, die technische Zusammenarbeit vorübergehend auszusetzen und bat die ILO Optionen für eine Verlegung des ILO-Büros in Moskau in ein Gebiet außerhalb Russlands zu prüfen.

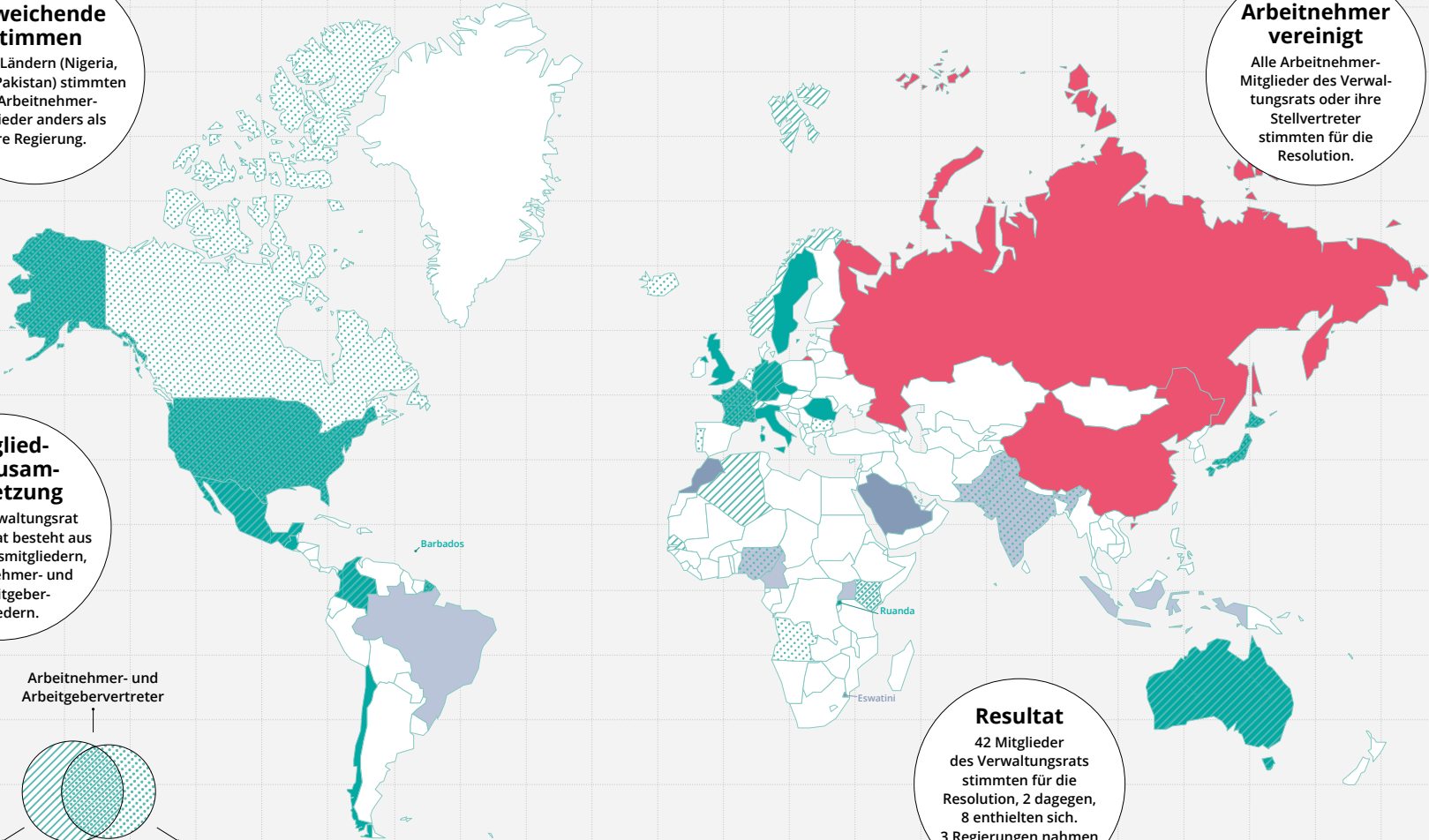
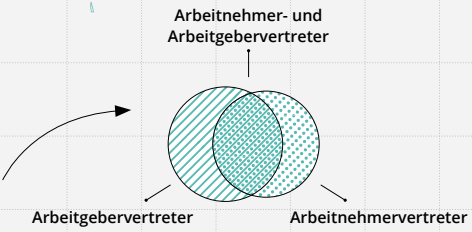
Keine Teilnahme, Ablehnung, Regierung (3)
 Enthaltung, Regierung, Arbeitnehmer, Arbeitgeber gemischt (8)

Befürwortung, Regierung, Arbeitnehmer, Arbeitgeber gemischt (42)

Abweichende Stimmen
 In drei Ländern (Nigeria, Indien, Pakistan) stimmten die Arbeitnehmer-Mitglieder anders als ihre Regierung.

Arbeitnehmer vereinigt
 Alle Arbeitnehmer-Mitglieder des Verwaltungsrats oder ihre Stellvertreter stimmten für die Resolution.

Dreigliedrige Zusammensetzung
 Der ILO-Verwaltungsrat besteht aus 28 Regierungsmitgliedern, 14 Arbeitnehmer- und 14 Arbeitgeber-Mitgliedern.

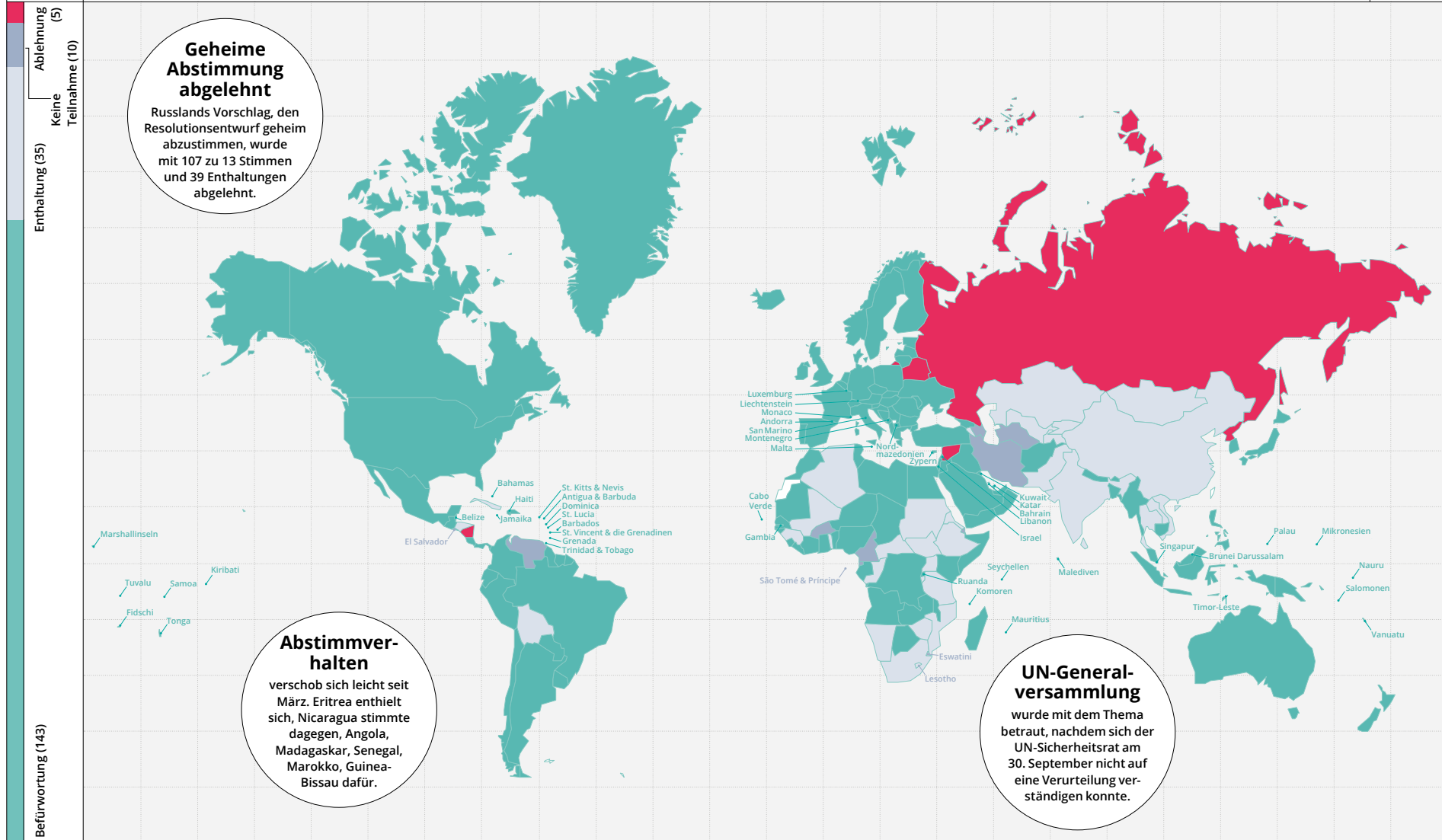


Resultat
 42 Mitglieder des Verwaltungsrats stimmten für die Resolution, 2 dagegen, 8 enthielten sich. 3 Regierungen nahmen nicht teil.



Verurteilung der russischen Annexion ukrainischer Gebiete

Am 12. Oktober verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution mit 143 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen, welche die „illegalen sogenannten Referenden“ verurteilt und Russland auffordert, die Annexionen rückgängig zu machen. Der Entwurf wurde von der Europäischen Union, der Ukraine und anderen westlichen Ländern eingebracht.





Rechtsschutz und Wiedergutmachung für Aggression gegen Ukraine

Am 14. November verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution mit 94 zu 14 Stimmen und 73 Enthaltungen, welche anerkennt, dass Russland für Völkerrechtsverstöße in oder gegen die Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden muss, sowie die Notwendigkeit von Wiedergutmachung und die Schaffung eines internationalen Schadensregisters.

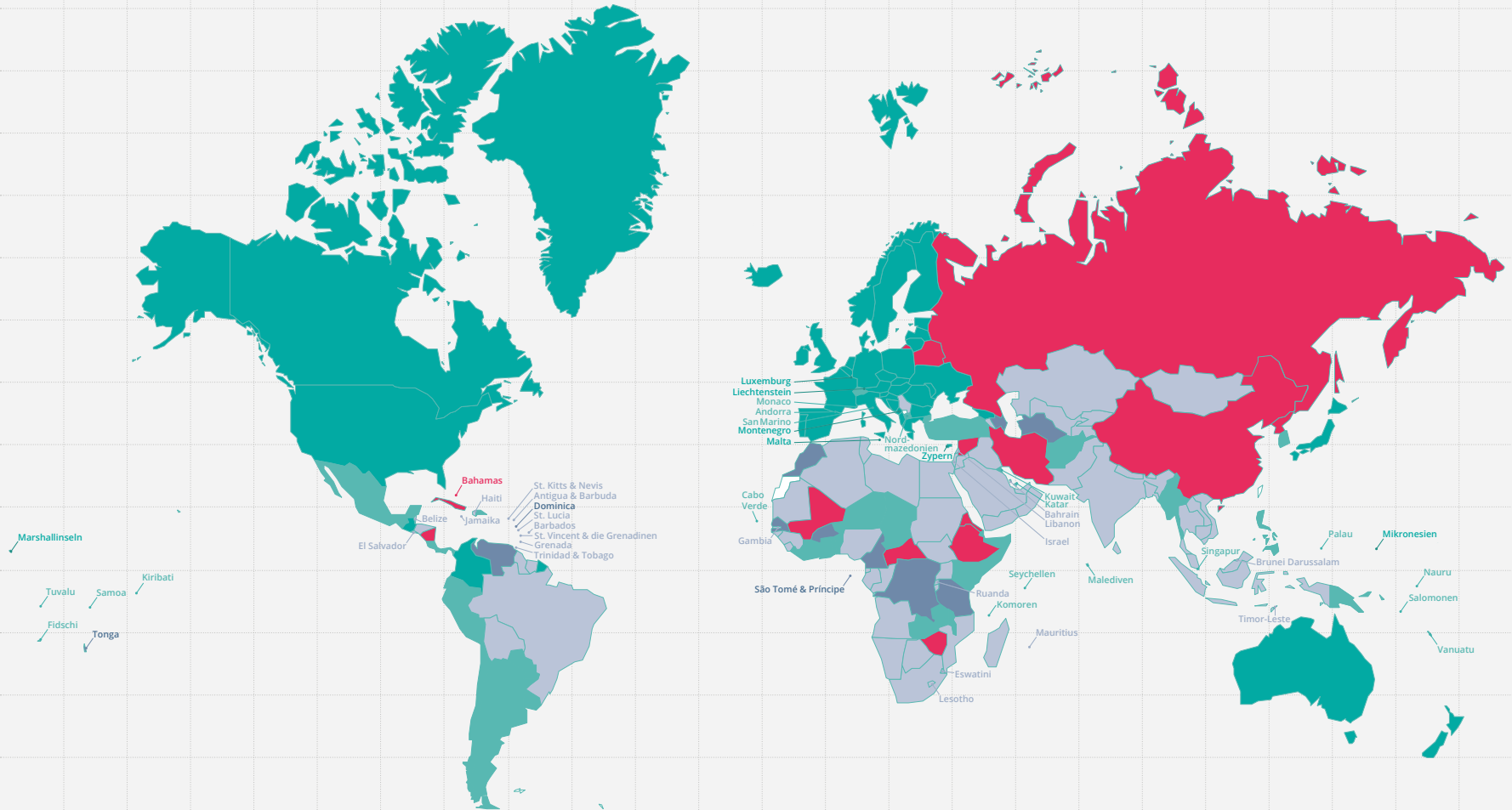
Ablehnung (14)

Keine Teilnahme (12)

Enthaltung (73)

Befürwortung (38)

Co-Sponsoren (56)



Menschenrechte bilden neben Entwicklung sowie Frieden und Sicherheit eine der drei Grundpfeiler des Systems der Vereinten Nationen und sind entsprechend in der UN-Charta verankert. Jede der drei wichtigsten Menschenrechtsinstitutionen hat ihren Sitz in Genf: das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR), die Vertragsorgane und der UN-Menschenrechtsrat (MRR).

Das OHCHR hat die Federführung für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte inne, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) verankert sind. Derzeit bekleidet der österreichische Völkerrechtler Volker Türk das Amt des UN-Hochkommissars, welches er im Oktober 2022 von seiner Vorgängerin, der Chilenin Michelle Bachelet, übernahm. Zuvor war er als Untergeneralsekretär für Politik im Büro des UN-Generalsekretärs Guterres tätig. Als prioritär sieht er die Wiederherstellung der Universalität und Unteilbarkeit des Menschenrechtsregimes an, wofür er u.a. das 75-jährige Bestehen der AEMR im Jahr 2023 nutzt. Darüber hinaus möchte er Grenzbereiche der Menschenrechte des 21. Jahrhunderts angehen, etwa Fragen zu künstlicher Intelligenz (KI) oder zum Schutz der Privatsphäre im Internet. Das OHCHR gilt jedoch als „chronisch unterfinanziert“, so dass es in hohem Maße von freiwilligen Beiträgen abhängig ist (siehe Dashboard; S. 84 – 85).

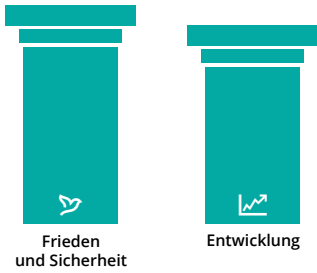
Der UN-Menschenrechtsrat als zwischenstaatliches Gremium erlebte erneut zwei turbulente Jahre mit zunehmend kontroversen Debatten (S. 40 – 47). Einige Länder, häufig unter der Führung Chinas, versuchten weiterhin, Menschenrechte um- und neu zu definieren sowie die Fähigkeit des Systems zu untergraben, Regierungen für schwere Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen (S. 48 – 49). Gleichzeitig gelang es dem Rat, wichtige Themen zu adressieren und dies auch während der COVID-19-Pandemie, als andere UN-Gremien nicht dazu in der Lage waren oder blockiert wurden.

Mit der Wiederwahl der USA in den Rat waren Anfang 2022 alle ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (P5) auch Vollmitglieder. Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

wurden jedoch die Rechte Russlands auf Mitgliedschaft am 7. April von der UN-Generalversammlung suspendiert (S. 20 – 21), insgesamt das zweite Mal, nachdem im Jahr 2011 die Mitgliedsrechte Libyens ausgesetzt wurden. Es ist auch das erste P5-Land, für welches eine Sonderberichterstatteerin zur Überprüfung der innenpolitischen Lage eingesetzt wurde (S. 62 – 63). Neben dem Krieg gegen die Ukraine (mehr im Kapitel ab S. 14) war die Lage in Xinjiang ein allgegenwärtiges Thema. Sie wurde wiederholt in gemeinsamen Stellungnahmen (JST) angesprochen (S. 50 – 55). Nach der Veröffentlichung des lang erwarteten OHCHR-Berichts im August 2022 wurde ein minimalistischer Beschlussentwurf vorgelegt, welcher jedoch mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde (S. 56 – 57). Dies war bereits das zweite Mal in der Geschichte des Rates, nachdem erst im Vorjahr eine Resolution zur Verlängerung des Mandats der Gruppe hochrangiger Experten zum Jemen (GEE) abgelehnt wurde (S. 58 – 59). Weitere prominente Ländersituationen beinhalteten u.a. Afghanistan, Belarus oder Iran (S. 64 – 65, 68 – 71). Allein im Jahr 2021 kam der Rat zu fünf Sondersitzungen zusammen, so viele wie noch nie zuvor. Im Jahr 2022 wurde die Lage in der Ukraine und im Iran jeweils mit einer Sondersitzung adressiert, wobei letztere von Deutschland und Island beantragt worden war (siehe Dashboard; S. 70 – 71). Neben der Situation in den einzelnen Ländern wurden auch eine Reihe wichtiger thematischer Fragen behandelt, darunter die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (S. 76 – 77) oder der Klimawandel, zu welchem ein neues Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt eingeführt und ein neuer Sonderberichterstatte ernennt werden konnten (S. 74 – 75).

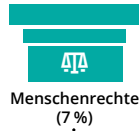
Im Jahr 2023 führt der tschechische Botschafter Václav Bálek den Rat durch ein wachsendes Arbeitsprogramm und nicht weniger kontroverse Debatten. Mit der stärksten Präsenz in den Sozialen Medien im gesamten UN-System in 2022 wird der Rat von vielen Akteuren noch immer als entscheidendes Forum angesehen, um den Schutz der Menschenrechte weltweit voranzutreiben.

Budget für Menschenrechte



Menschenrechte

bilden einen der drei Grundpfeiler der UN (neben Entwicklung, Frieden und Sicherheit), aber weniger als 7 % des gesamten UN-Haushalts (3,2 Mrd. USD im Jahr 2022) werden für Menschenrechte aufgewendet.



Menschenrechte (7 %)

Hauptsitz

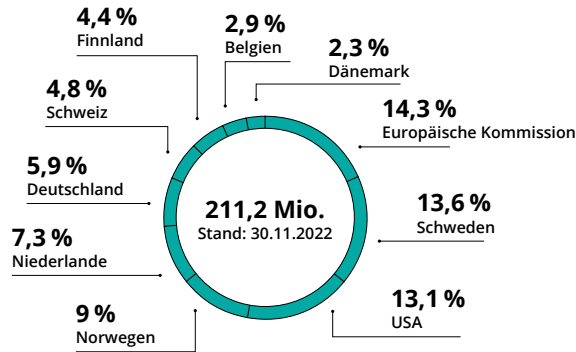
Die drei wichtigsten Menschenrechtsinstitutionen haben ihren Hauptsitz in Genf

- Menschenrechtsrat
- Vertragsorgane
- Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR)

Freiwillige Beiträge an das OHCHR im Jahr 2022 (in Mio. USD)

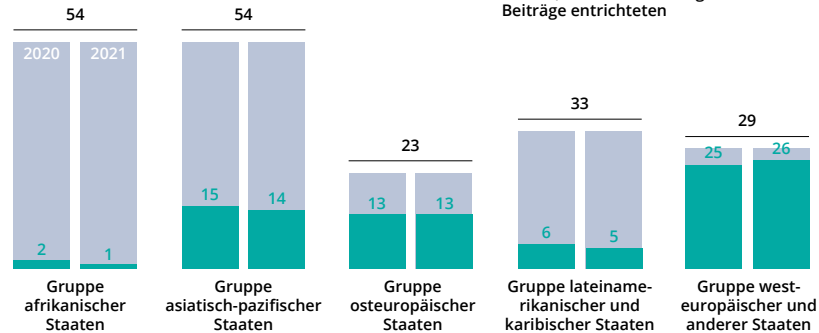
zwei Drittel des Haushalts des OHCHR werden durch freiwillige Beiträge finanziert

erhielt 3 % aus regulärem UN-Haushalt, 134 Mio. USD.

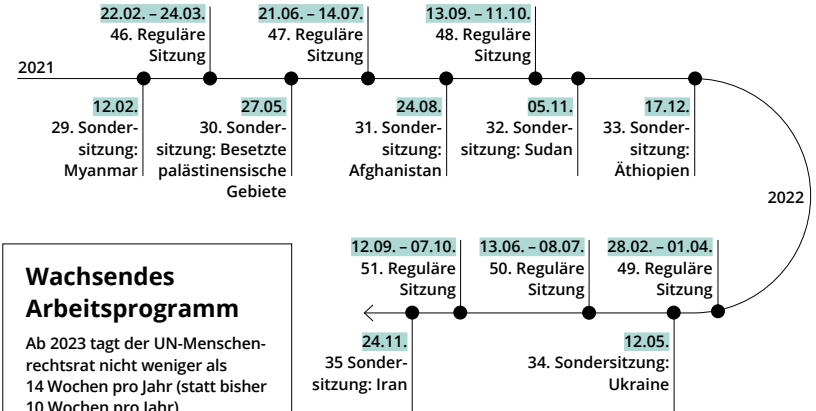


Geberbasis, 2020 – 2021 nach Regionalgruppen (Mio. USD)

- Anzahl der Geber nach Regionalgruppe
- Länder, die keine freiwilligen Beiträge entrichteten



Reguläre Sitzungen und Sondersitzungen des UN-Menschenrechtsrates, 2021 – 2022



Wachsendes Arbeitsprogramm

Ab 2023 tagt der UN-Menschenrechtsrat nicht weniger als 14 Wochen pro Jahr (statt bisher 10 Wochen pro Jahr)

Sonderverfahren: Anstieg länderspezifischer und thematischer Mandate

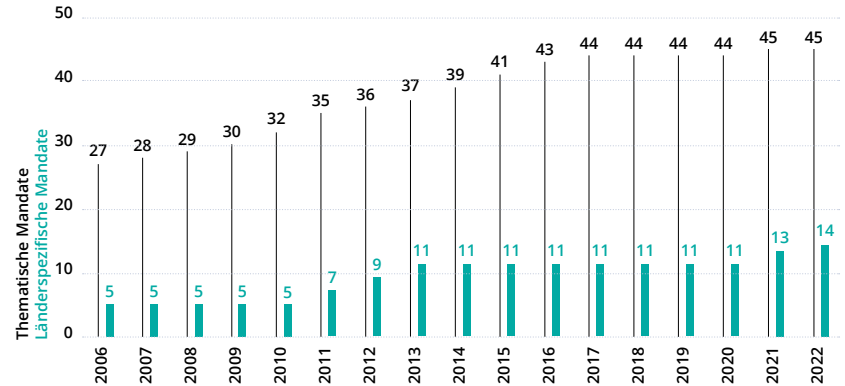
Sonderverfahren

sind unabhängige Menschenrechtsexperten, die unbezahlt und zunächst für drei Jahre mandatiert sind. Im Oktober 2022 gab es 45 thematische (z.B. S. 76 – 77) und 14 länderspezifische Mandate (z.B. S. 64 – 65).



Untersuchungsmechanismen

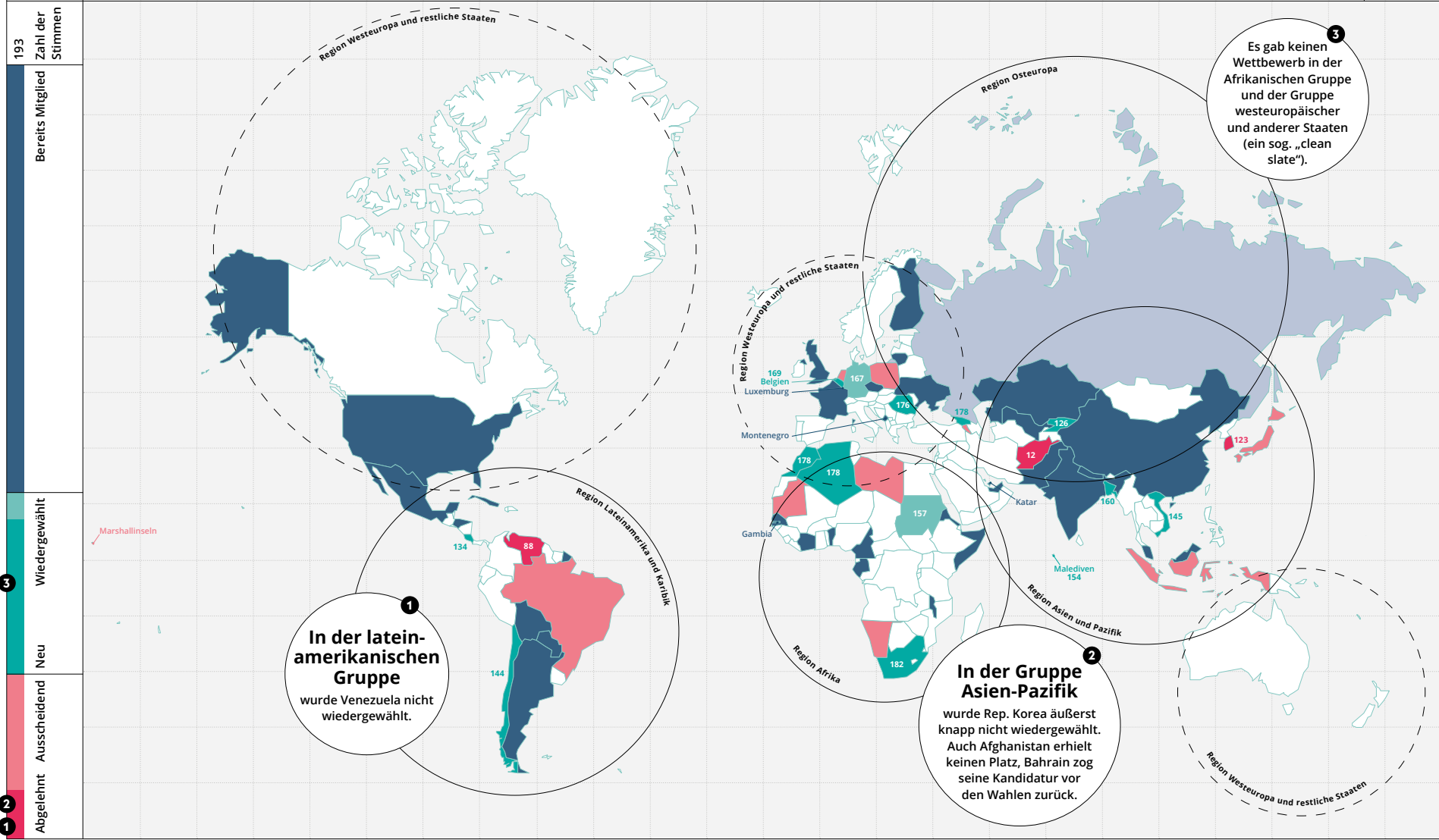
werden ebenso zunehmend genutzt, untersuchen aber in erster Linie spezifische Ländersituationen. Im Gegensatz zu den Sonderverfahren, handelt es sich hierbei um eine Gruppe von Menschenrechtsexperten, welche ebenfalls unabhängig und unbezahlt sind (z.B. S. 16 – 17 oder S. 70 – 71).





Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrats 2023

Am 11. Oktober 2022 wählte die UN-Generalversammlung 12 neue Mitglieder und 2 Mitglieder aus fünf regionalen Gruppen für eine dreijährige Amtszeit in den 47-köpfigen Menschenrechtsrat. Sieben der 14 neuen Mitglieder wurden im letzten Bericht des Generalsekretärs zu Repressalien erwähnt (Algerien, Bangladesch, Kirgisistan, Malediven, Marokko, Sudan und Vietnam).



193
Zahl der Stimmen

Bereits Mitglied

Wiedergewählt

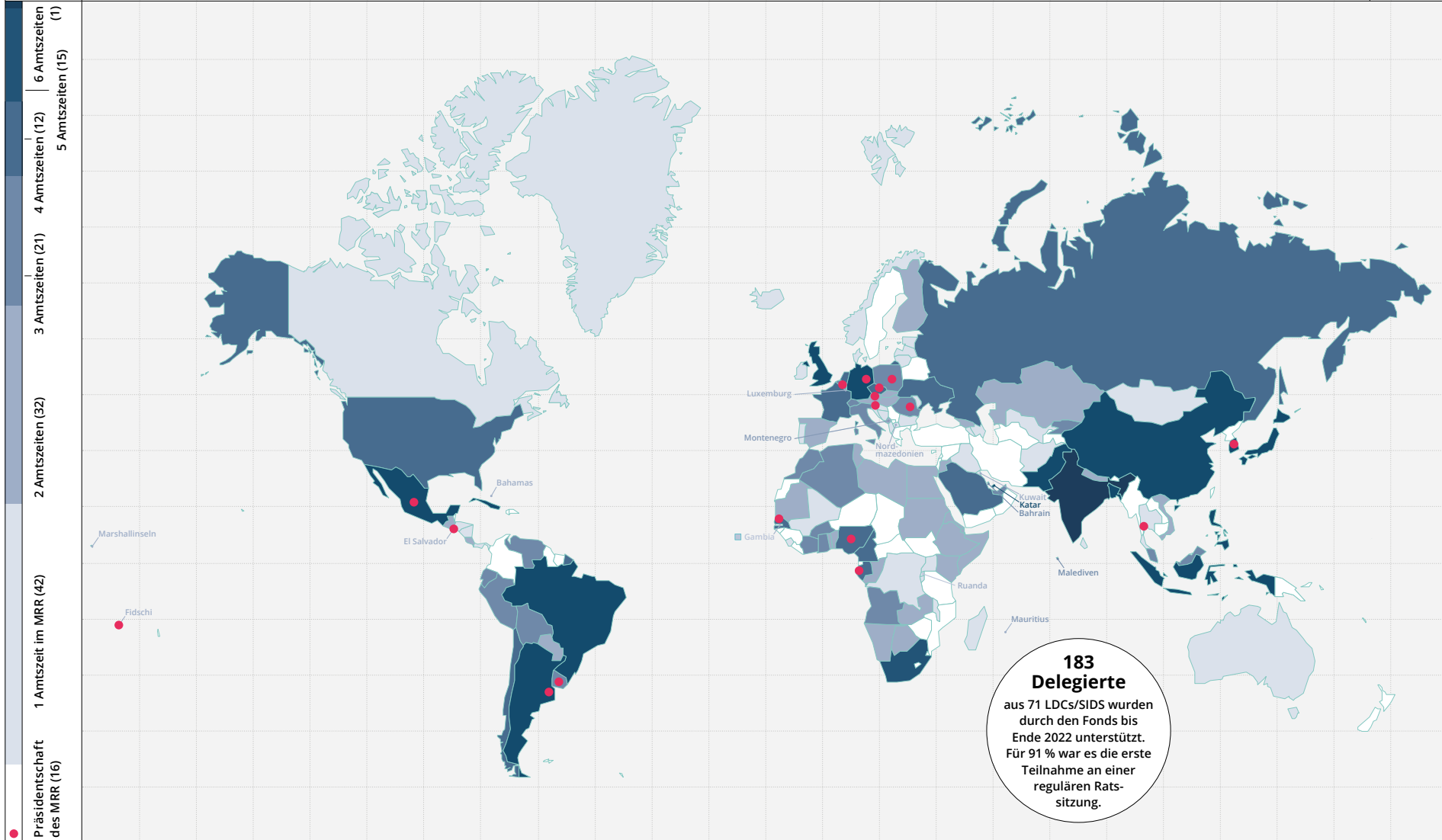
Neu

Abgelehnt

Ausscheidend

Häufigkeit der Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat, 2006 – 2023

Während einige Staaten bereits häufig als Mitglieder im Rat vertreten waren, müssen andere, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) oder kleine Inselentwicklungsländer (SIDS), aktiv um Unterstützung werben. Eine Initiative zur Förderung ihrer Teilnahme ist der Treuhandfond für freiwillige technische Hilfe, der seit 2014 besteht.



Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu China 2021

Im Jahr 2021 wurden 80 Resolutionen im UN-Menschenrechtsrat verabschiedet, von denen 38 abgestimmt wurden. 17 davon (ca. 45 %) wurden im Sinne Chinas angenommen. Venezuela, Eritrea, Russland, Bolivien und Kuba stimmten am häufigsten mit China; die EU-Mitgliedstaaten, Rep. Korea, die Ukraine, die Marshallinseln und das Vereinigte Königreich nur selten.

Sondersitzungen

wurden 2021 zu Myanmar, den besetzten palästinensischen Gebieten, Afghanistan, Sudan und Äthiopien abgehalten. Sie sind von der Übersicht ausgenommen.

Kein Mitglied

1 – 15 % (13)

15 – 30 % (3)

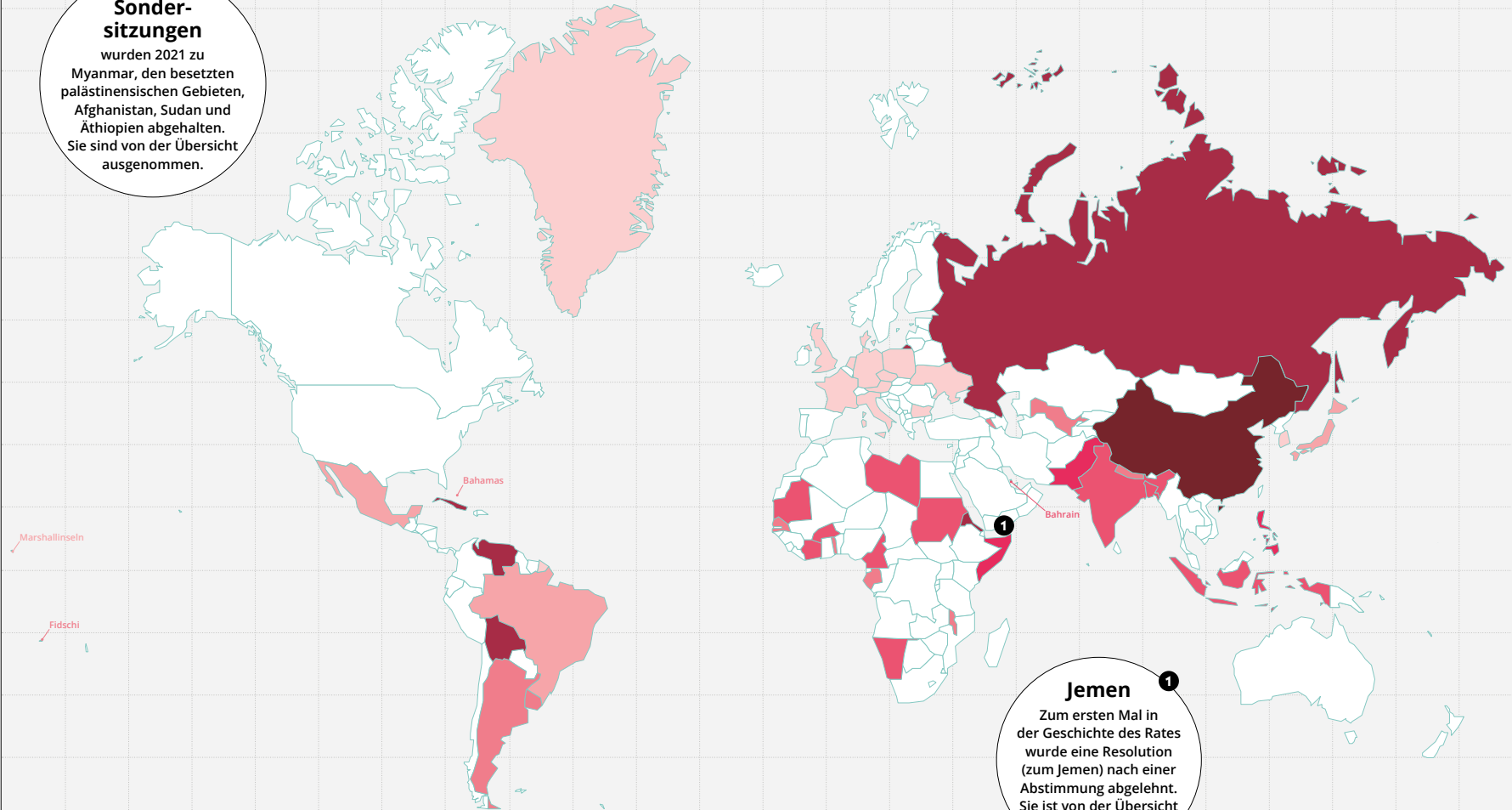
30 – 45 % (11)

45 – 60 % (11)

60 – 80 % (3)

80 – 90 % (5)

90 – 100 % (1)

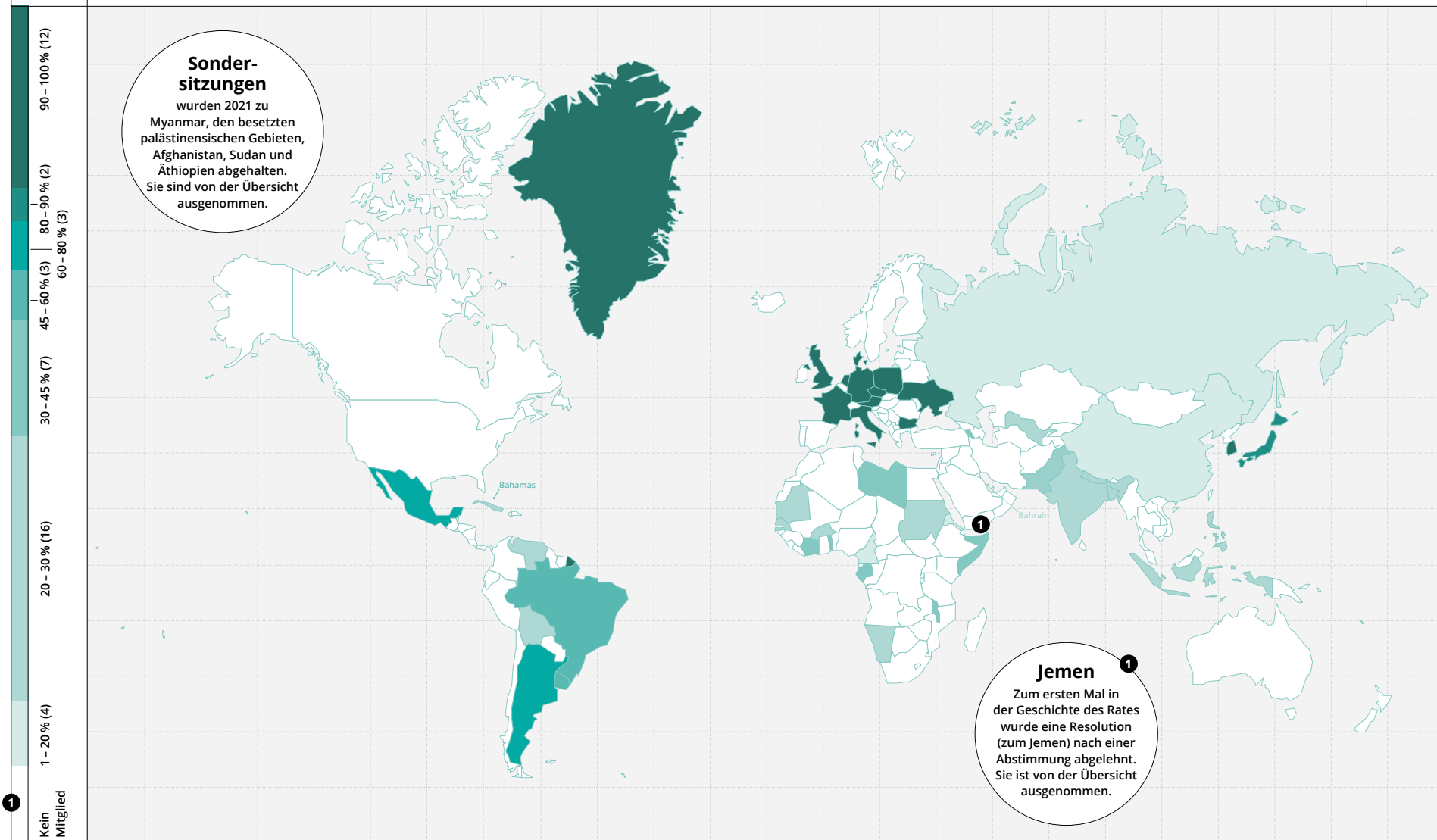


Jemen

Zum ersten Mal in der Geschichte des Rates wurde eine Resolution (zum Jemen) nach einer Abstimmung abgelehnt. Sie ist von der Übersicht ausgenommen.

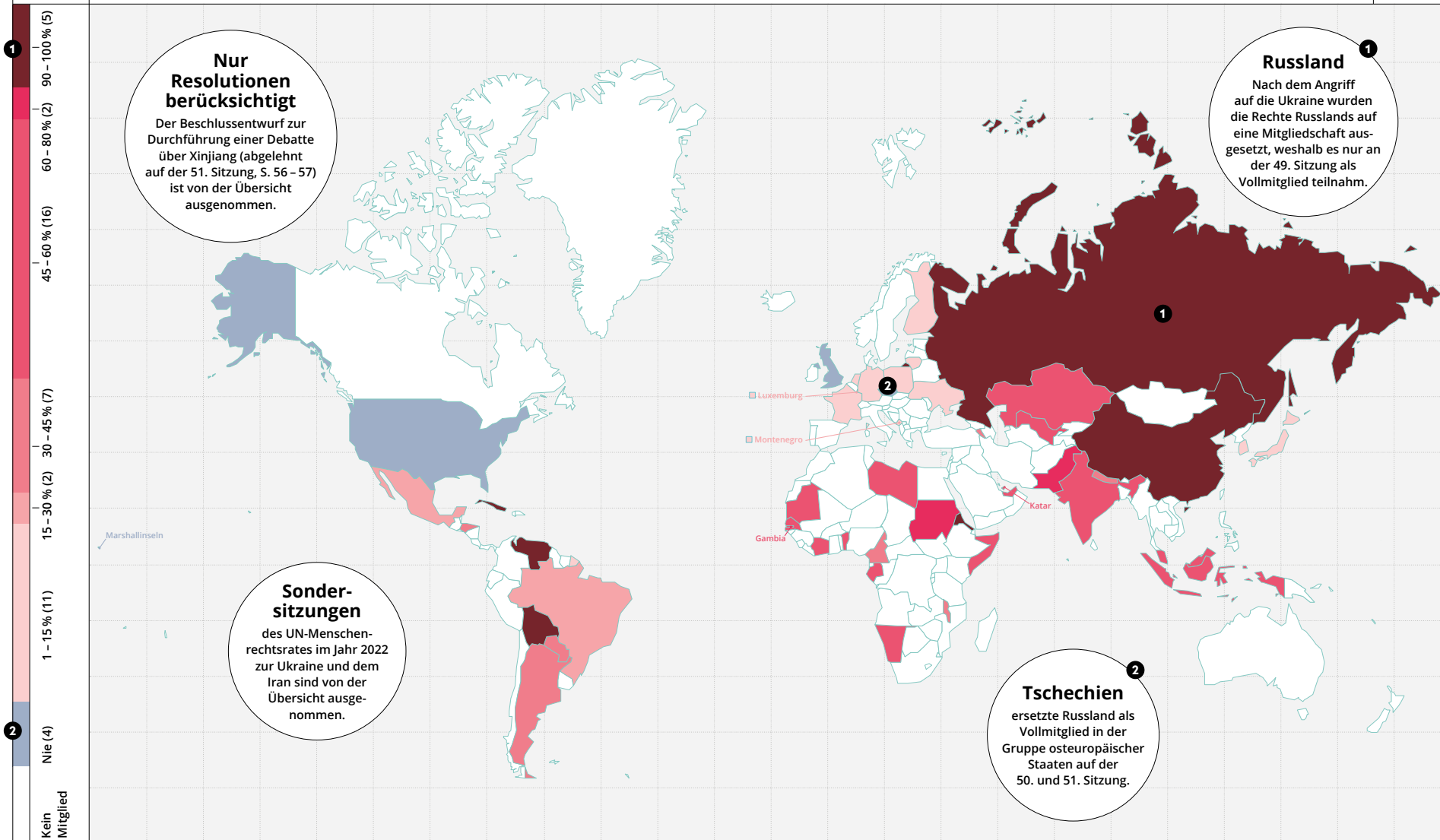
Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu Deutschland 2021

Im Jahr 2021 wurden 80 Resolutionen im UN-Menschenrechtsrat verabschiedet, von denen 38 abgestimmt wurden. 25 davon (66 %) wurden im Sinne Deutschlands angenommen. Neben den EU-Mitgliedstaaten stimmten auch das Vereinigte Königreich, Rep. Korea und die Ukraine überwiegend mit Deutschland; China, Kamerun, Eritrea, Russland, Indien oder Venezuela am seltensten.



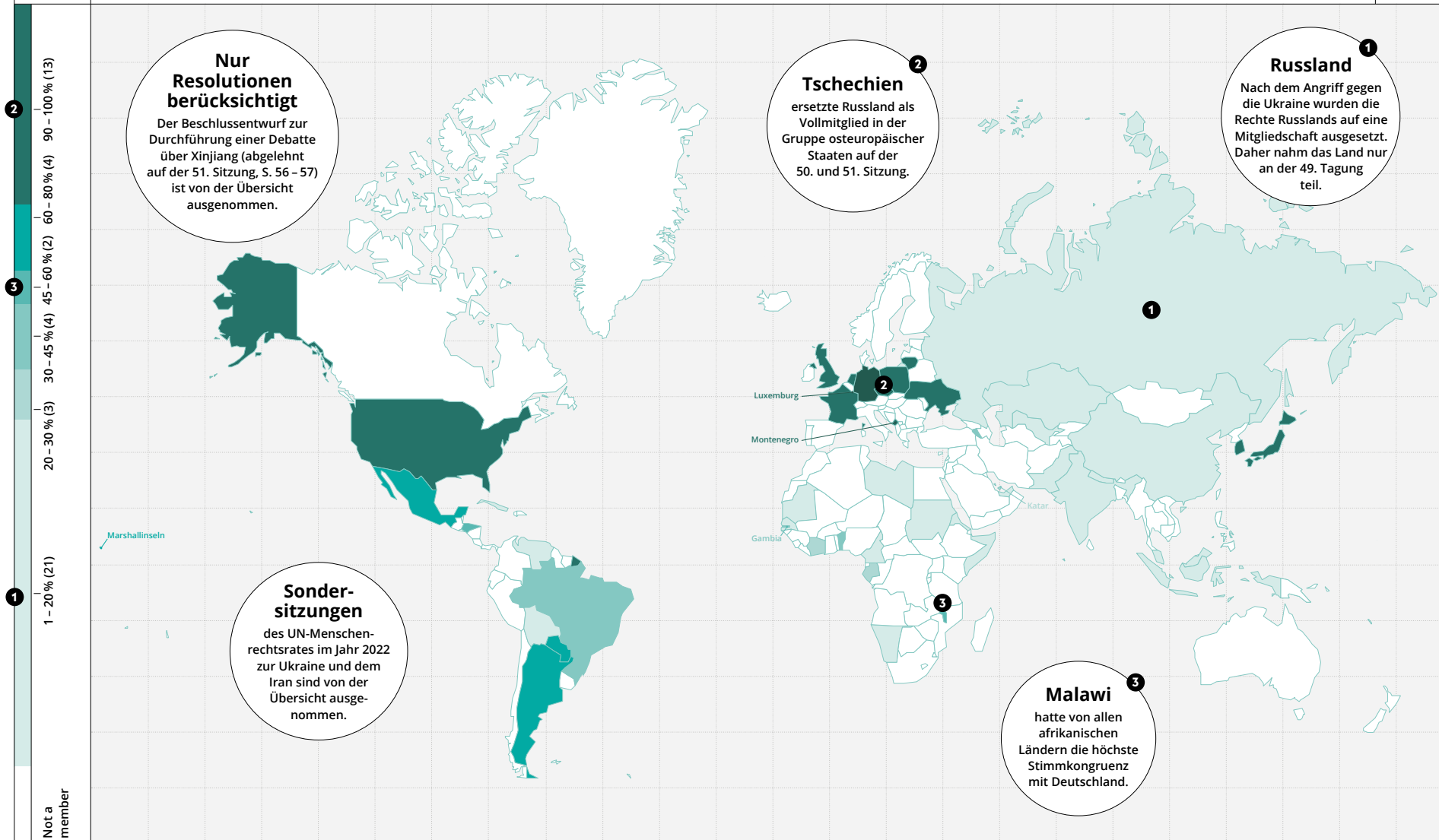
Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu China 2022

Im Jahr 2022 wurden 97 Resolutionen im Rat verabschiedet, von denen 33 abgestimmt wurden. 14 davon (42 %) wurden im Sinne Chinas angenommen. Venezuela, Eritrea, Russland, Bolivien und Kuba stimmten am häufigsten mit China; die EU-Staaten, Rep. Korea, Japan und die Ukraine selten und die USA, das Vereinigte Königreich, die Marshallinseln und Tschechien nie.



Abstimmungsverhalten im Verhältnis zu Deutschland 2022

Im Jahr 2022 wurden 97 Resolutionen vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedet, von denen 33 abgestimmt wurden. 22 von ihnen (67 %) wurden im Sinne Deutschlands angenommen. Neben den EU-Staaten stimmten Japan, Republik Korea, die Ukraine, die USA und das Vereinigte Königreich am häufigsten mit Deutschland; Kamerun, Usbekistan, Sudan, Eritrea und China am seltensten.



Unterstützung für Stellungnahmen der Like-Minded Group, 2018 – 2022

Die „Like-Minded Group“ (LMG) ist eine informelle Gruppe von Ländern. Sie setzt sich für einen „konstruktiven Dialog“ in Menschenrechtsdebatten ein, wie etwa der Vermeidung von Kritik an anderen Staaten wegen Menschenrechtsverletzungen. Diese Karte zeigt die Unterstützung für 51 gemeinsame Stellungnahmen der LMG im Menschenrechtsrat auf.

More than 30 (10)

20 – 29 (14)

10 – 19 (10)

5 – 9 (7)

1 – 4 statements supported (23)

65 Länder

unterstützten mindestens einmal Stellungnahmen der LMG in den letzten fünf Jahren ...

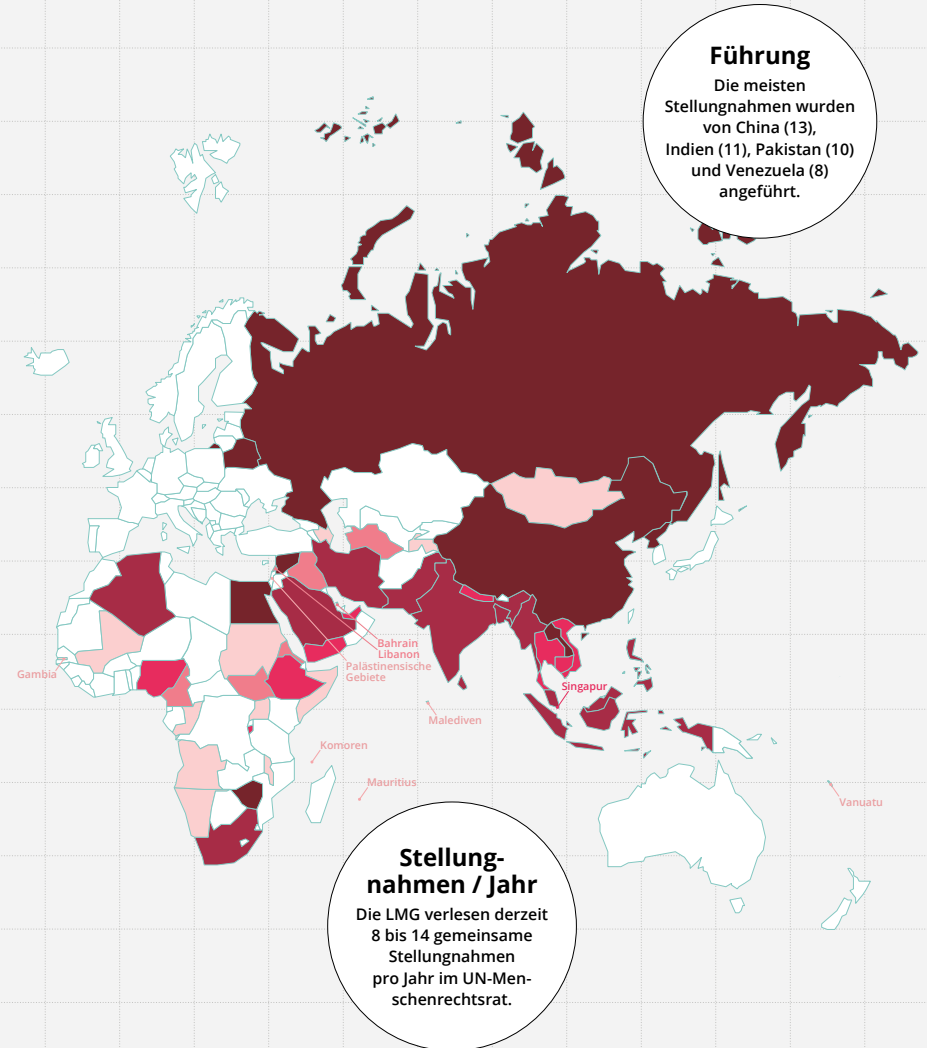
... wobei 21 Länder nur eine der 51 Stellungnahmen in den vergangenen fünf Jahren unterstützten.

Führung

Die meisten Stellungnahmen wurden von China (13), Indien (11), Pakistan (10) und Venezuela (8) angeführt.

Stellungnahmen / Jahr

Die LMG verlesen derzeit 8 bis 14 gemeinsame Stellungnahmen pro Jahr im UN-Menschenrechtsrat.



Chinas Politik in Xinjiang, Hongkong und Tibet 2021

Auf der 47. Sitzung äußerte Kanada im Namen von 43 weiteren Staaten, in einer Stellungnahme Besorgnis über die Menschenrechtslage in Xinjiang, Hongkong und Tibet und forderte China dringend auf, unabhängigen Beobachtern und der Hochkommissarin sofort und ungehindert Zugang zu Xinjiang zu gewähren. Belarus unterstützte China im Namen von 68 anderen Staaten.

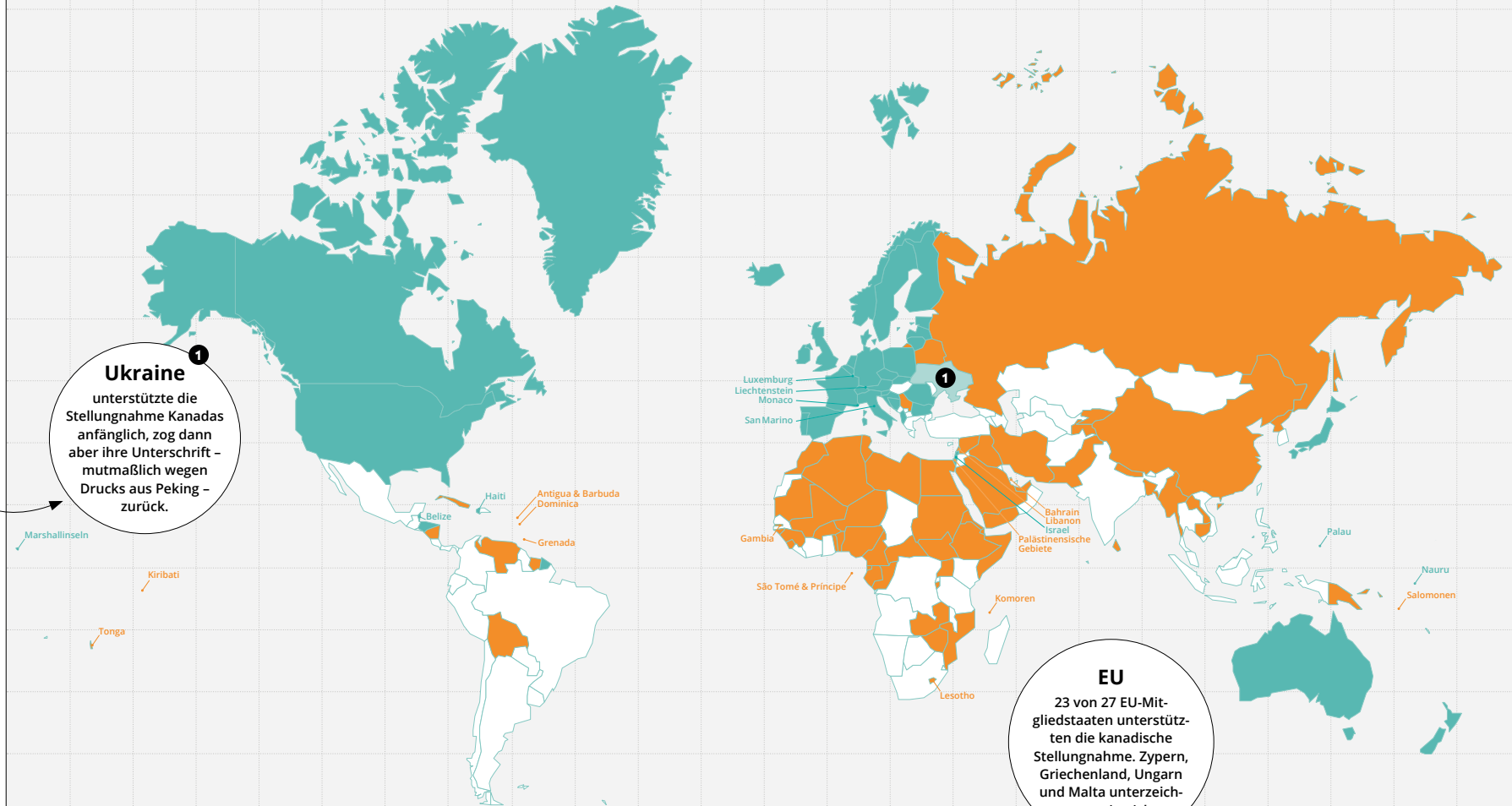
Unterzeichner gemeinsamer Stellungnahme von Belarus (69)

Unterzeichner der gemeinsamen Stellungnahme Kanadas, Unterschrift zurückgezogen

Unterzeichner der gemeinsamen Stellungnahme Kanadas (44)

Ukraine

unterstützte die Stellungnahme Kanadas anfänglich, zog dann aber ihre Unterschrift – mutmaßlich wegen Drucks aus Peking – zurück.



EU

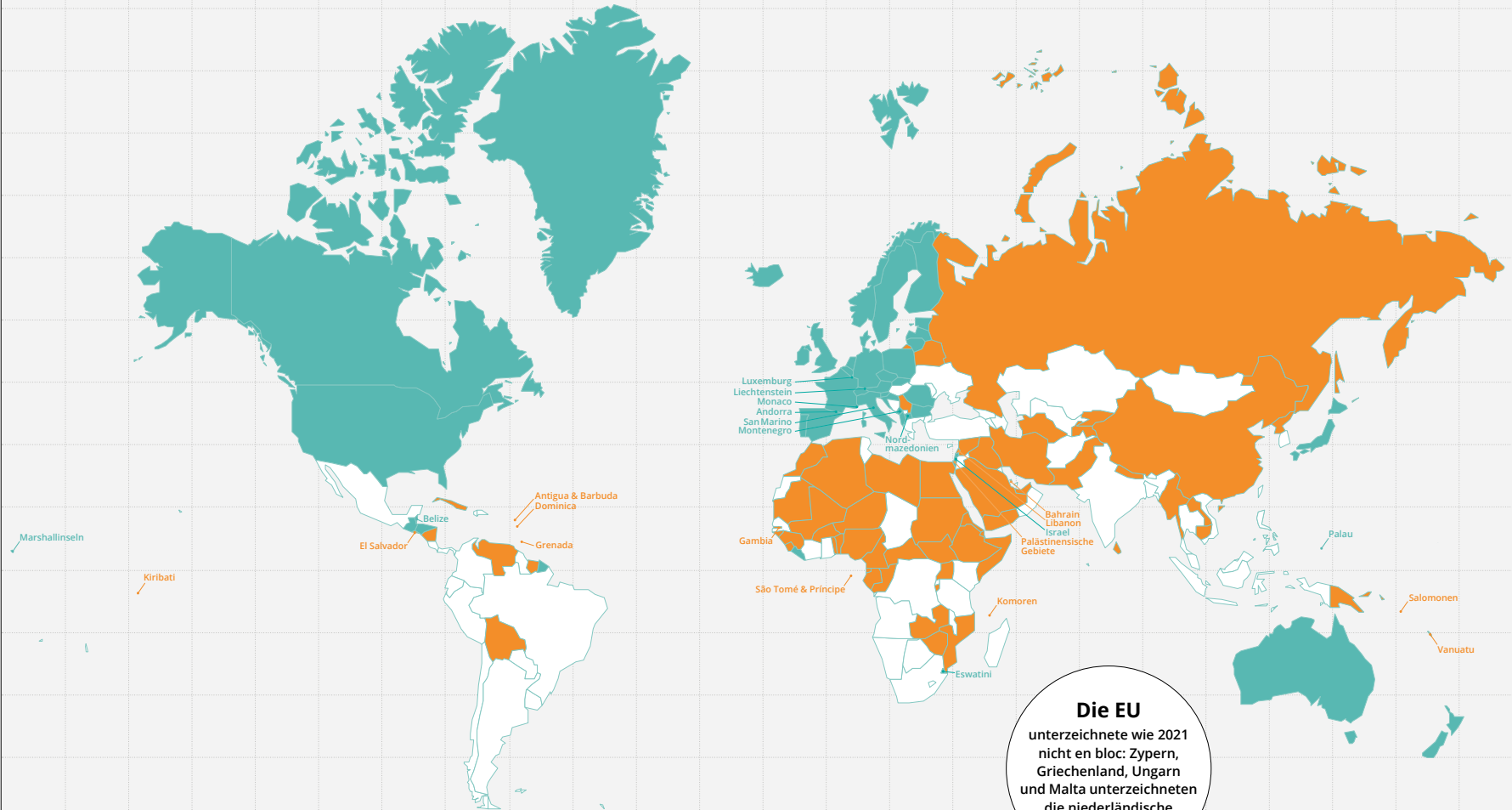
23 von 27 EU-Mitgliedstaaten unterstützten die kanadische Stellungnahme. Zypern, Griechenland, Ungarn und Malta unterzeichneten sie nicht.

Chinas Politik in Xinjiang, Hongkong und Tibet 2022

Auf der 50. Sitzung forderten die Niederlande im Namen von 46 anderen Staaten die unverzügliche Veröffentlichung des Berichts über Xinjiang durch das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR). Kuba sprach sich im Namen von 68 weiteren Staaten gegen eine „Politisierung, Doppelmoral und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ aus.

Unterzeichner der gemeinsamen
Stellungnahme von Kuba (69)

Unterzeichner der gemeinsamen
Stellungnahme der Niederlande (47)



Die EU
unterzeichnete wie 2021
nicht en bloc: Zypern,
Griechenland, Ungarn
und Malta unterzeichneten
die niederländische
Stellungnahme nicht.

Gemeinsame Stellungnahme gegen den OHCHR Bericht zu Xinjiang 2022

Zu Beginn der 51. Sitzung des Menschenrechtsrates, verlas China eine gemeinsame Stellungnahme im Namen von 30 Staaten, welche die Legitimität des Berichts des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte zur Lage in Xinjiang infrage stellte. Pakistan und Irak zogen ihre Unterschriften zurück. Neben China stützten nur 7 weitere Ratsmitglieder die Stellungnahme.

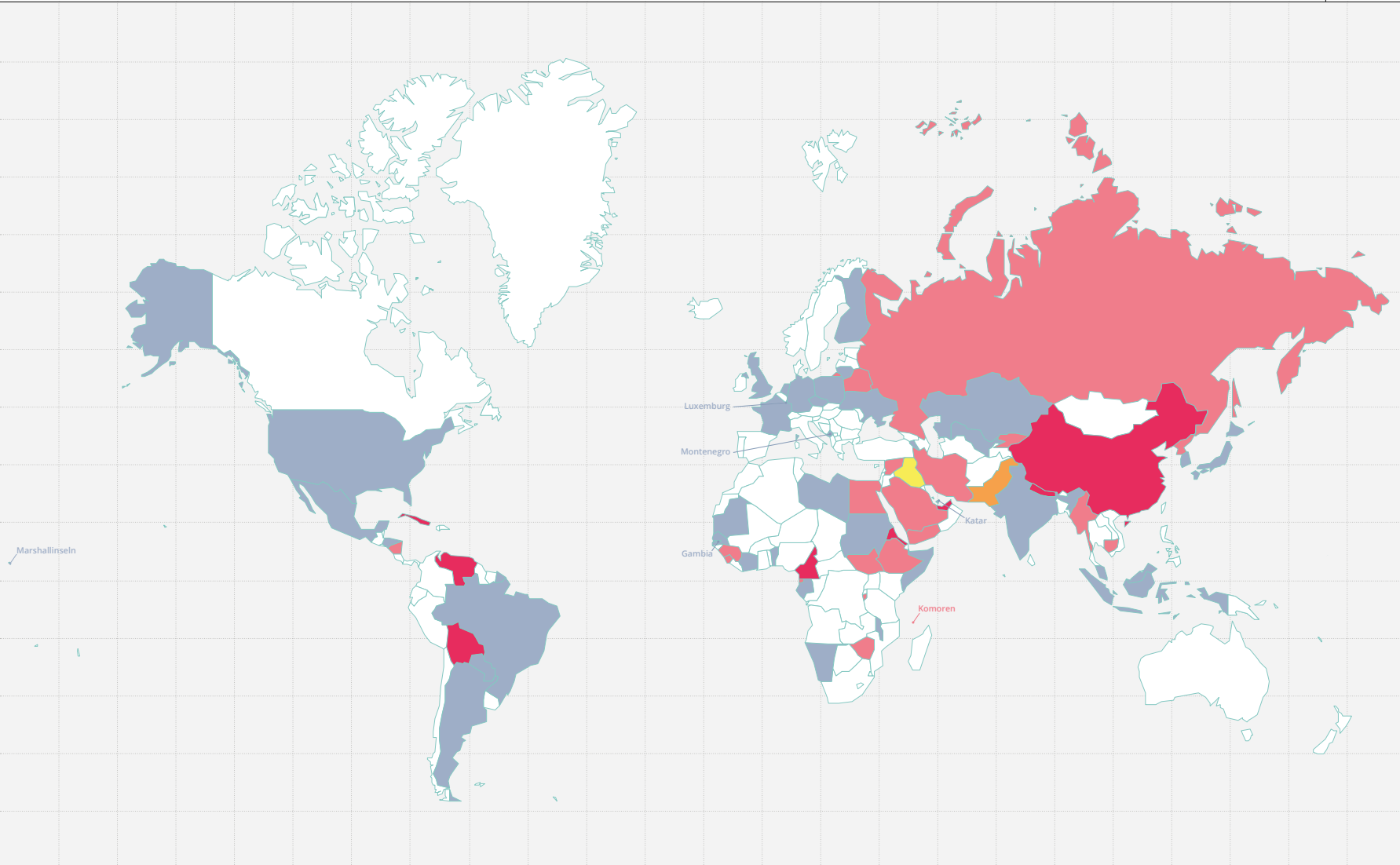
Kein Unterzeichner,
aber Ratsmitglied (38)

Kein Ratsmitglied, Unterschrift
zurückgezogen (1)

Ratsmitglied,
Unterschrift
zurückgezogen (1)

Unterzeichner,
kein Ratsmit-
glied (20)

Unterzeichner
und Ratsmit-
glied (8)



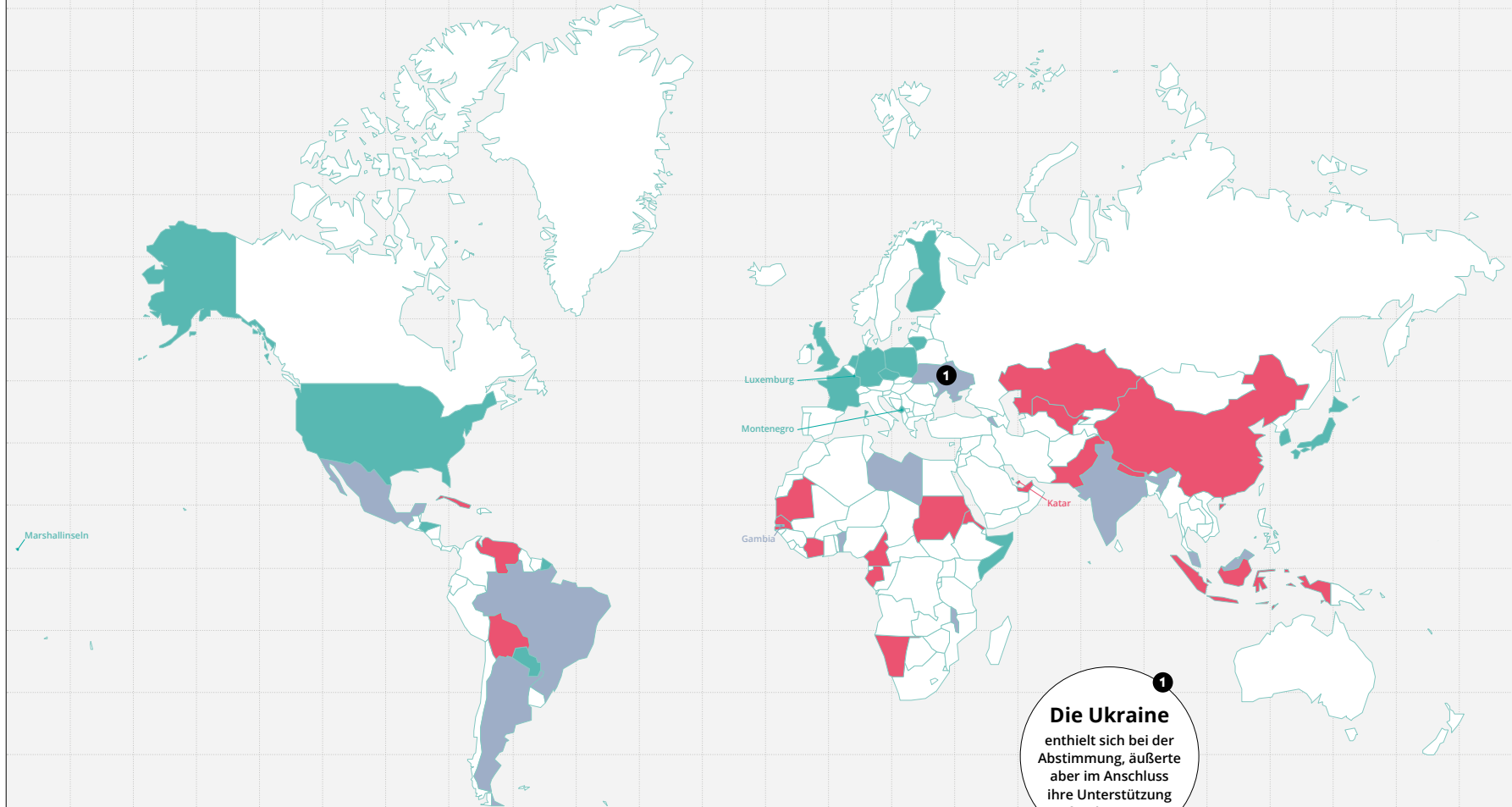
Abstimmung zur Debatte über Xinjiang 2022

Nach der Veröffentlichung des OHCHR-Berichts zu Xinjiang am 31.08. legten die USA mit Kanada, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich auf der 51. Sitzung einen Beschlussentwurf vor, der eine Debatte auf der nächsten Tagung vorsah. China rief zur Abstimmung auf. Der Text wurde mit 19 zu 17 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Ablehnung (19)

Enthaltung (11)

Befürwortung (17)

Kein
Mitglied

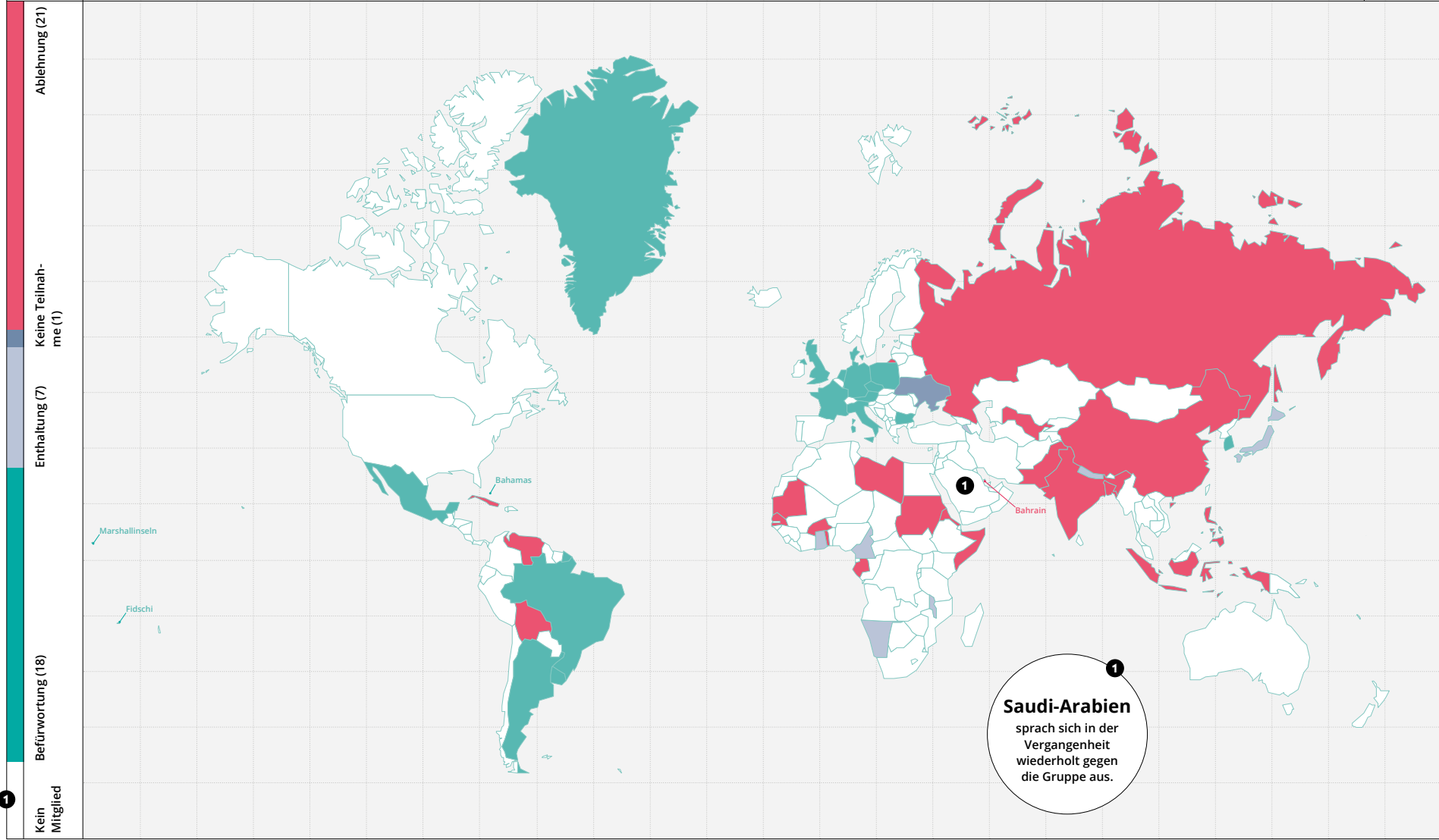
Die Ukraine

enthielt sich bei der Abstimmung, äußerte aber im Anschluss ihre Unterstützung für den Text.



Abstimmung gegen Gruppe hochrangiger Experten zum Jemen 2021

Erstmals seit seiner Gründung vor 15 Jahren, lehnte der Rat auf seiner 48. Sitzung eine Resolution nach einer Abstimmung ab. Dies führte zur Beendigung des Mandats der Gruppe hochrangiger Experten zum Jemen, welche seit 2017 Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch alle Konfliktparteien dokumentierte.

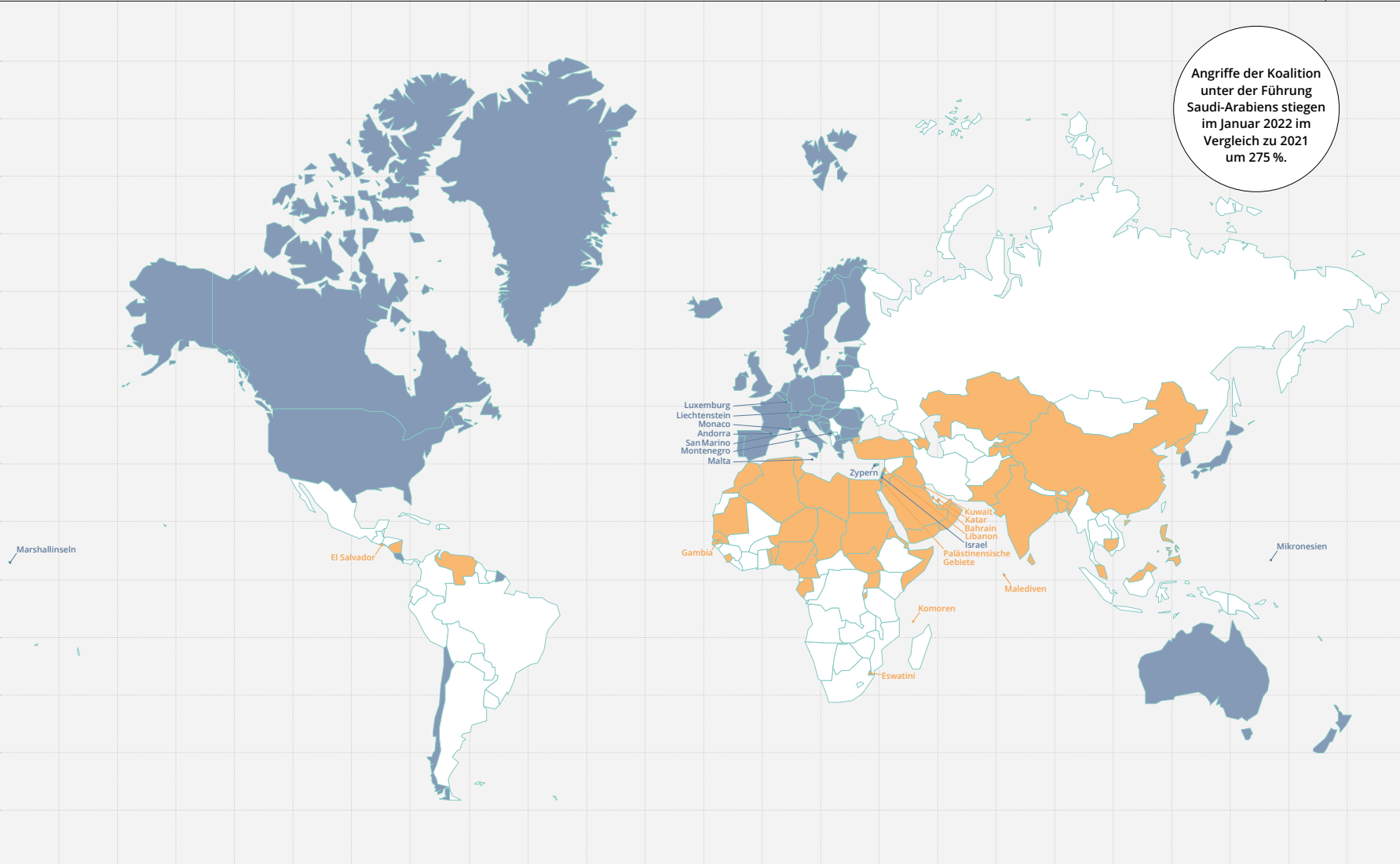


Gemeinsame Stellungnahme zur Menschenrechtsslage im Jemen 2022

Nach der Nichtverlängerung der Gruppe hochrangiger Experten für den Jemen, forderten die Niederlande im Namen von 50 Staaten auf der 49. Sitzung die internationale Gemeinschaft auf, stärker gegen Straflosigkeit vorzugehen. Jemen kritisierte die „Politisierung“ des Rates im Namen von 54 Staaten.

Staaten, die gemeinsame
Stellungnahme des Jemen unterstützten (54)

Staaten, die gemeinsame Stellungnahme
der Niederlande unterstützten (50)





Abstimmung über Sonderbericht- erstatte rin zu Russland 2022

Auf der 51. Sitzung wurde eine Resolution unter Item 4 (schärfste Verurteilung) mit 17 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen angenommen, mit der unter anderem ein Sonderberichterstatte rin für die Menschenrechtslage in Russland eingesetzt wurde. Es ist das erste Mal, dass solch ein Mechanismus für ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates etabliert wurde.

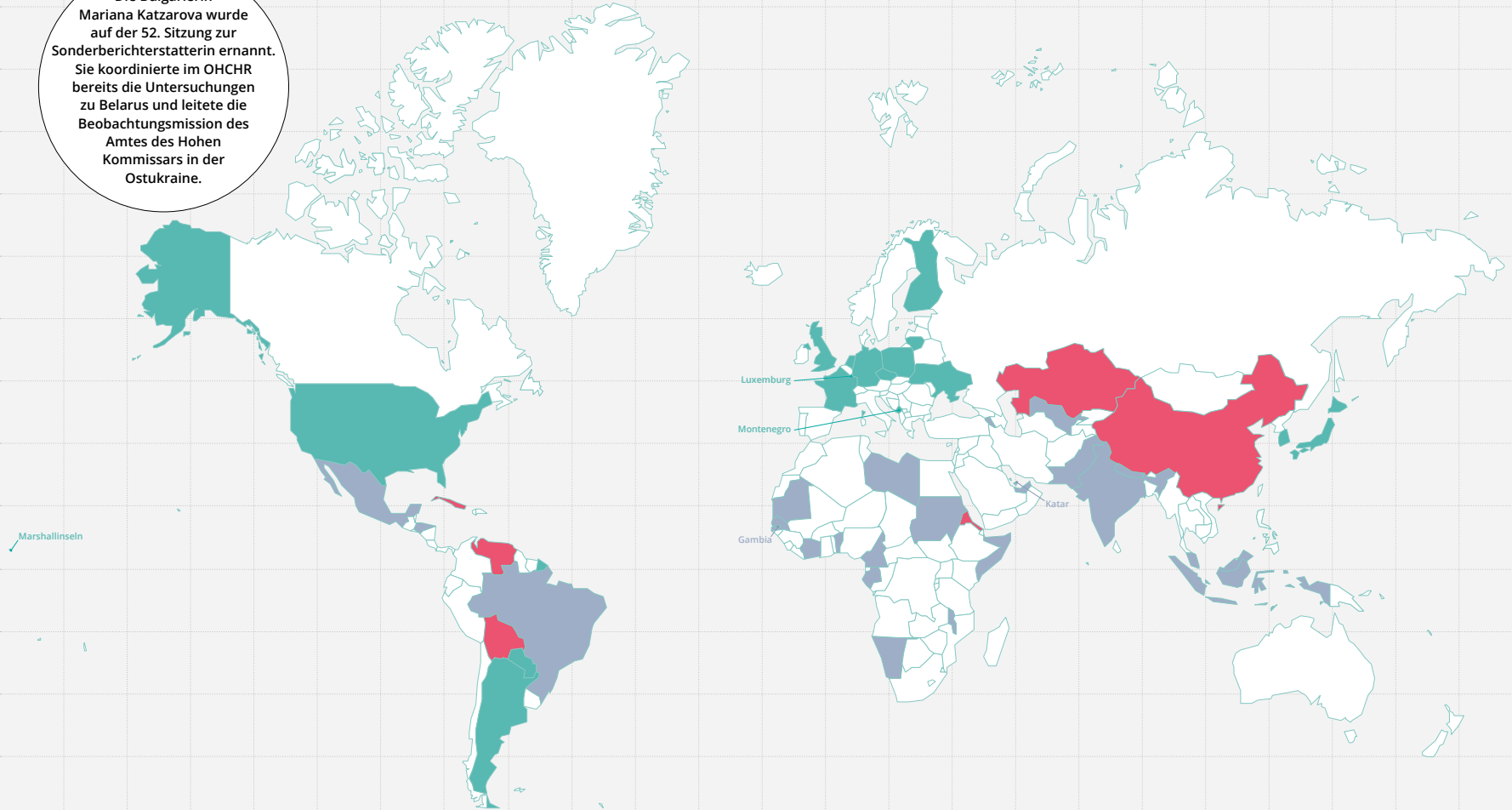
Ablehnung (6)

Enthaltung (24)

Befürwortung (17)

Kein Mitglied

Die Bulgarierin Mariana Katzarova wurde auf der 52. Sitzung zur Sonderberichterstatte rin ernannt. Sie koordinierte im OHCHR bereits die Untersuchungen zu Belarus und leitete die Beobachtungsmission des Amtes des Hohen Kommissars in der Ostukraine.



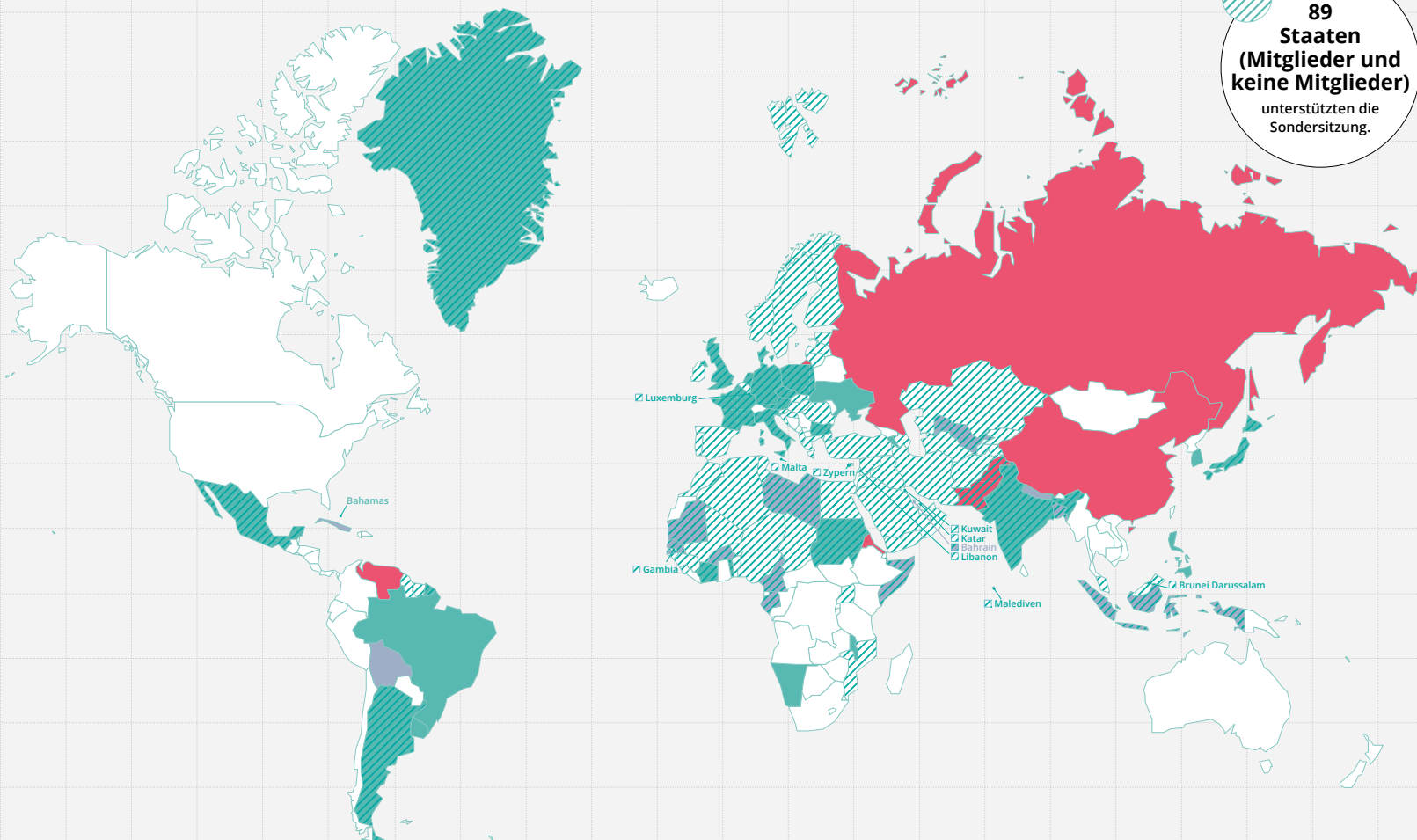
Abstimmung über Sonderbericht- erstatter zu Afghanistan 2021

Nach der Machtübernahme der Taliban berief der UN-Menschenrechtsrat am 24. August eine Sondersitzung ein. Die von Afghanistan geforderte unabhängige Untersuchungskommission kam jedoch nicht zustande. Auf der 48. regulären Sitzung konnte schließlich ein Sonderberichterstatter mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen mandatiert werden.

Ablehnung (5)

Enthaltung (14)

Befürwortung (28)

Kein
Mitglied

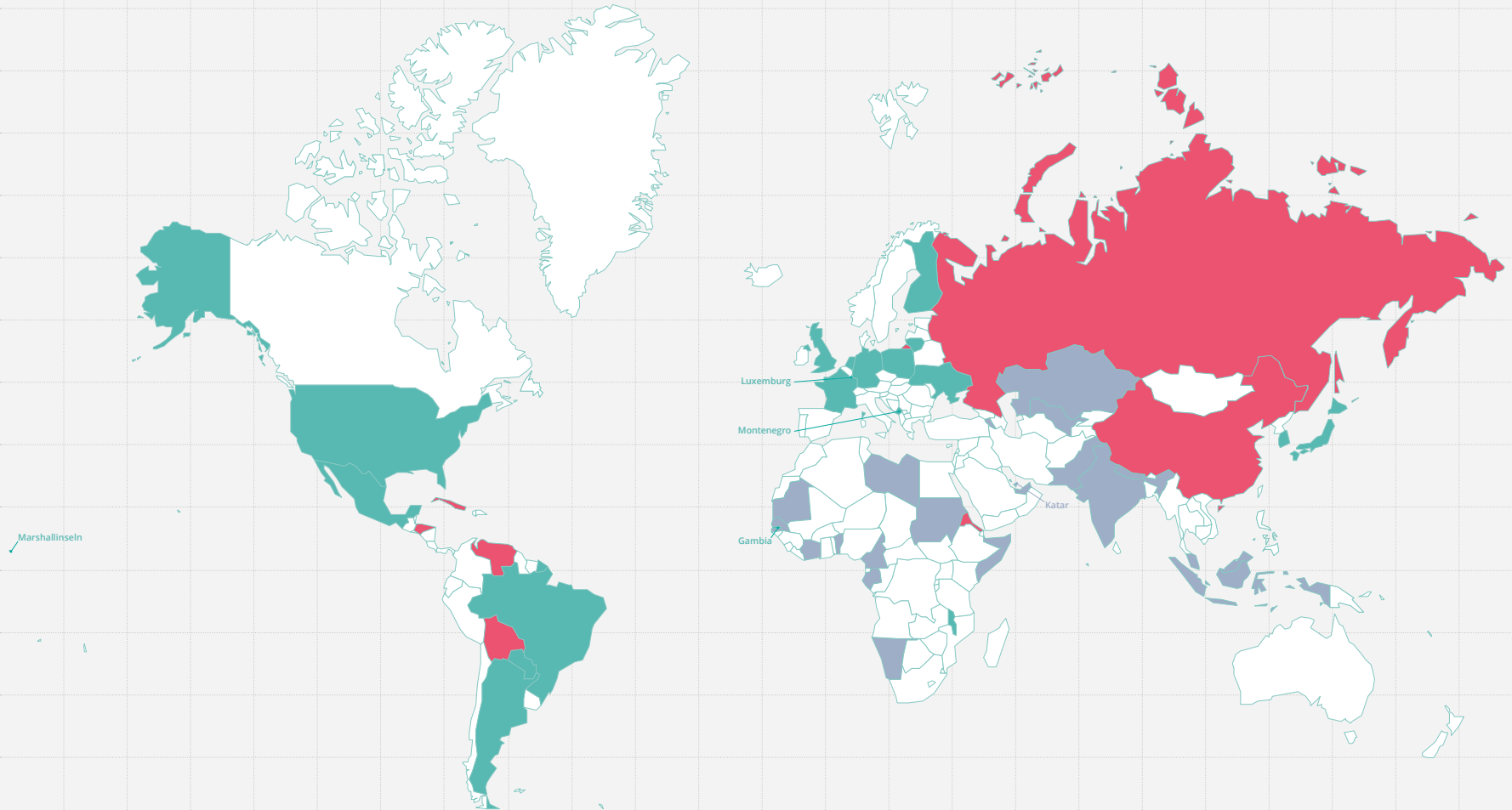
Abstimmung über Menschenrechts- experten zu Nicaragua 2022

Auf der 49. Sitzung wurde eine Resolution zu Nicaragua mit 20 zu 7 Stimmen und 20 Enthaltungen angenommen, mit welcher drei Menschenrechtsexperten beauftragt wurden, gründliche und unabhängige Untersuchungen zu allen Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua seit April 2018 durchzuführen.

Ablehnung (7)

Enthaltung (20)

Befürwortung (20)

Kein
Mitglied

Abstimmung über Sonderberichterstatlerin zu Belarus 2022

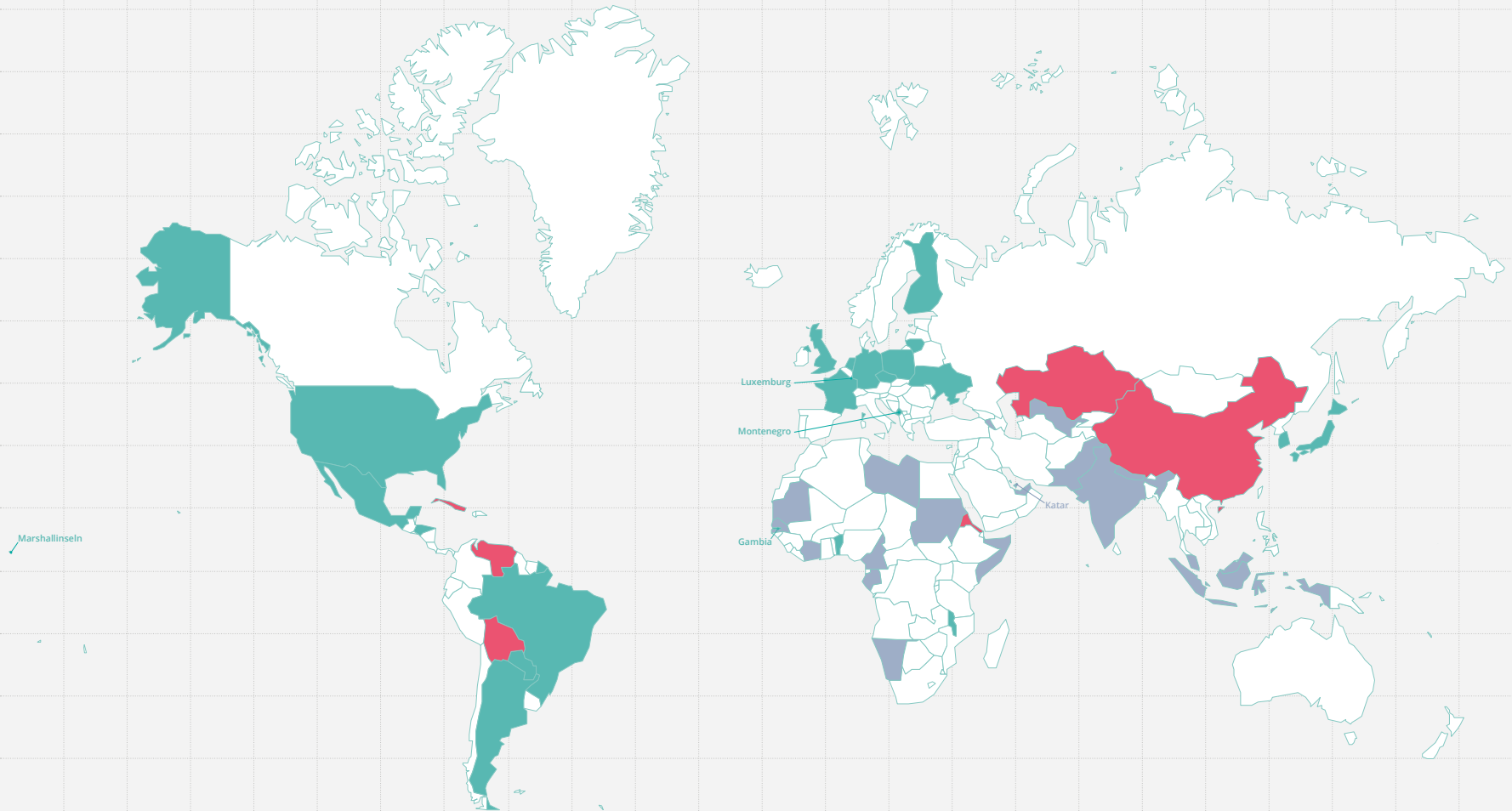
Auf der 50. Sitzung wurde eine Resolution zu Belarus mit 23 zu 6 Stimmen und 18 Enthaltungen unter Item 4 (schärfste Verurteilung) angenommen, welche das Mandat der Sonderberichterstatlerin verlängerte. Der Text äußert Besorgnis über den schrumpfenden bürgerlichen Raum, Unterdrückung und Einschüchterung, auch im Zusammenhang mit der Aggression gegen die Ukraine.

Ablehnung (6)

Enthaltung (18)

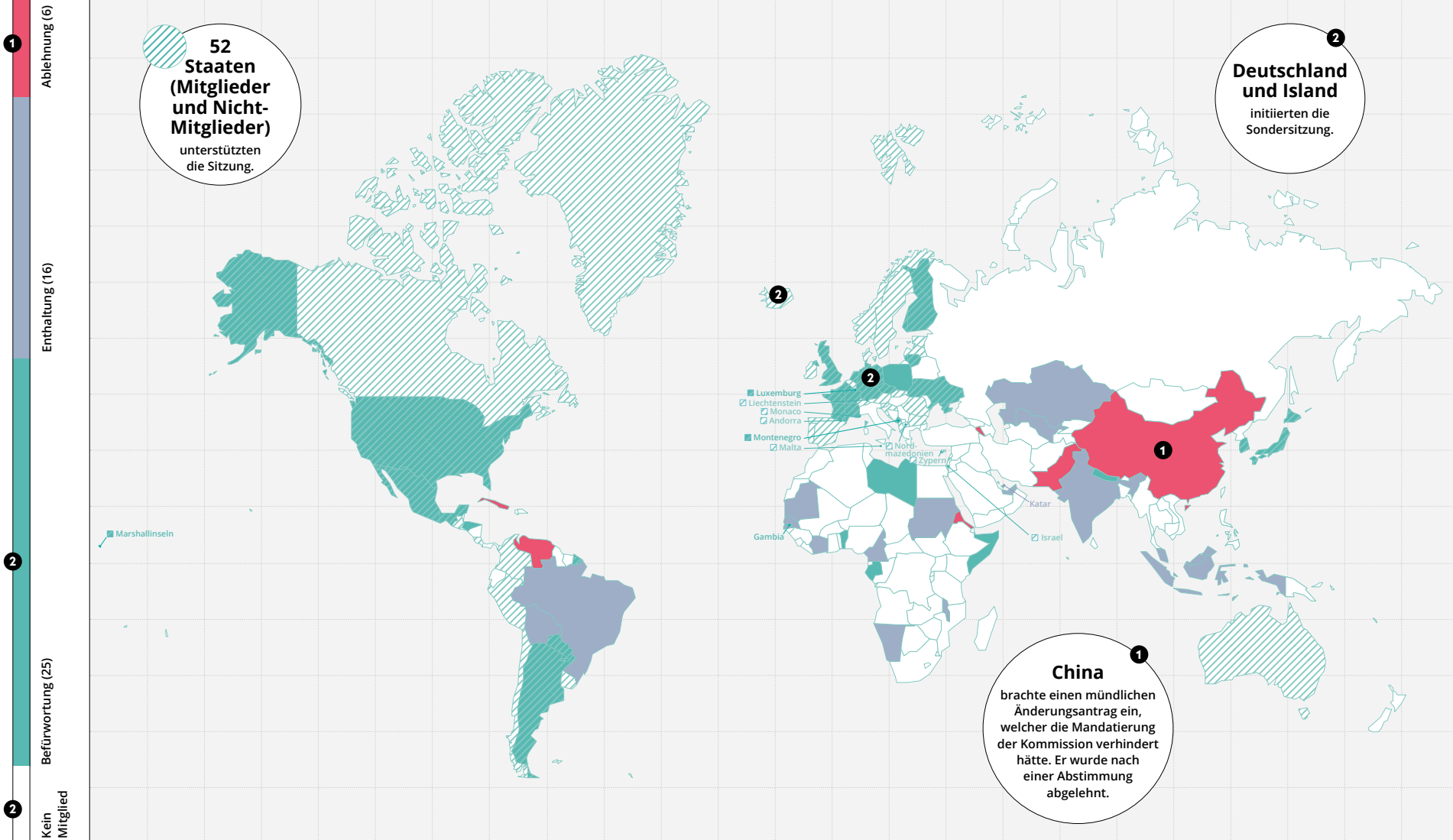
Befürwortung (23)

Kein Mitglied



Unterstützer der Unabhängigen Untersuchungskommission zum Iran

Auf der 35. Sondersitzung wurde eine Untersuchungskommission mit 25 zu 6 bei 16 Enthaltungen beauftragt, Menschenrechtsverletzungen im Kontext der am 16.09.2022 begonnenen Proteste im Iran, einschließlich der geschlechtsspezifischen Dimension zu untersuchen sowie Fakten und Umstände zu ermitteln und Beweise für Gerichtsverfahren zu sammeln.



Neues Menschenrecht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

In einem historischen Schritt erkannte die UNGA am 28. Juli 2022 eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als neues Menschenrecht an. Die Resolution wurde mit 161 zu 0 Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen. Sie folgt dem Menschenrechtsrat, welcher 2021 das Recht erstmals etablierte sowie einen Sonderberichterstatter zum Klimawandel einsetzte.

Keine Teilnahme (24)
Enthaltung (8)

Befürwortung (161)





Abstimmung über Experten für sexuelle Orientierung (SOGI) 2022

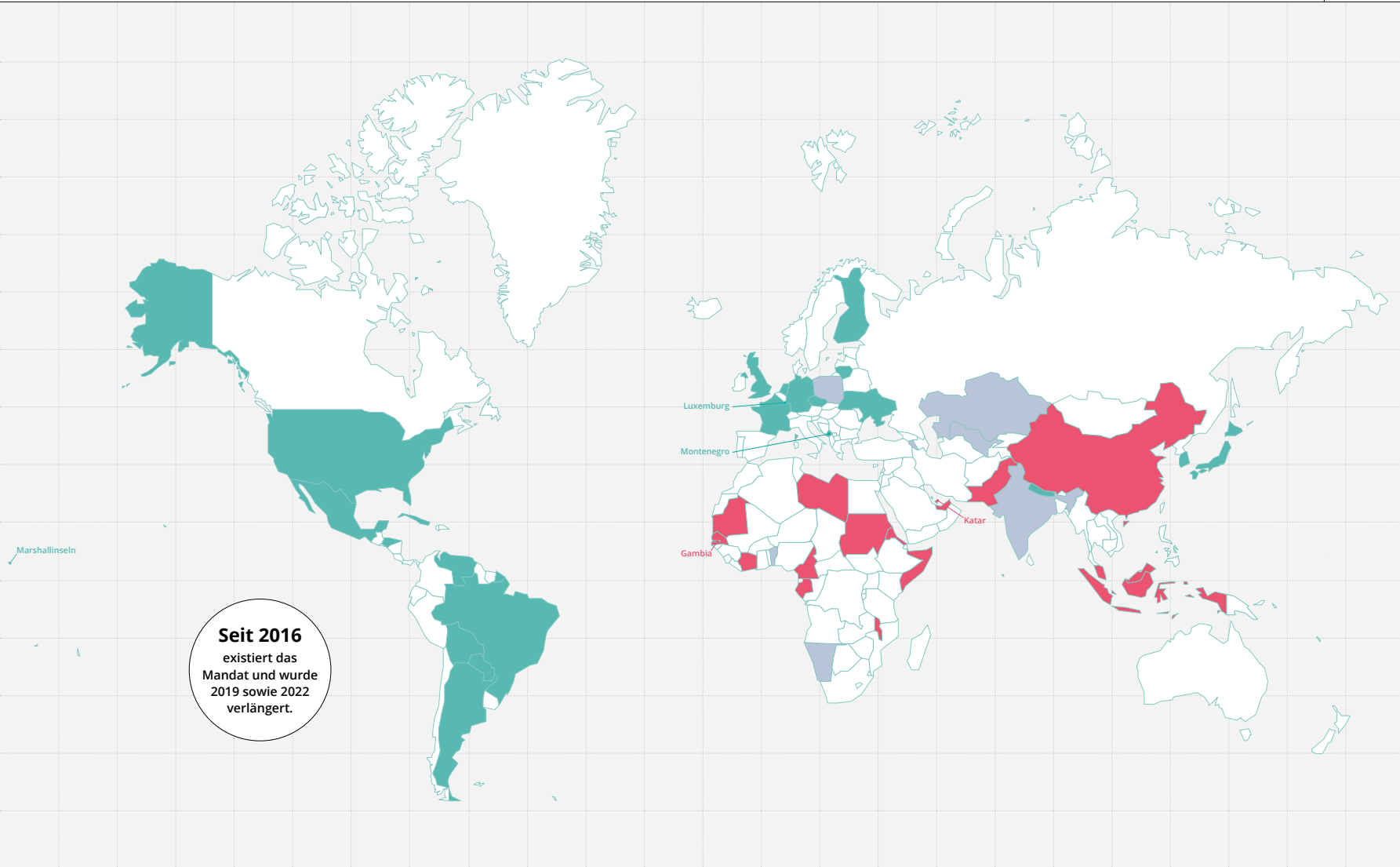
Auf der 50. Sitzung wurde die Verlängerung des Mandats des unabhängigen Experten für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) heftig debattiert. Insgesamt 13 Änderungsanträge wurden von Pakistan im Namen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ - außer Albanien) eingebracht.

Ablehnung (17)

Enthaltung (7)

Befürwortung (23)

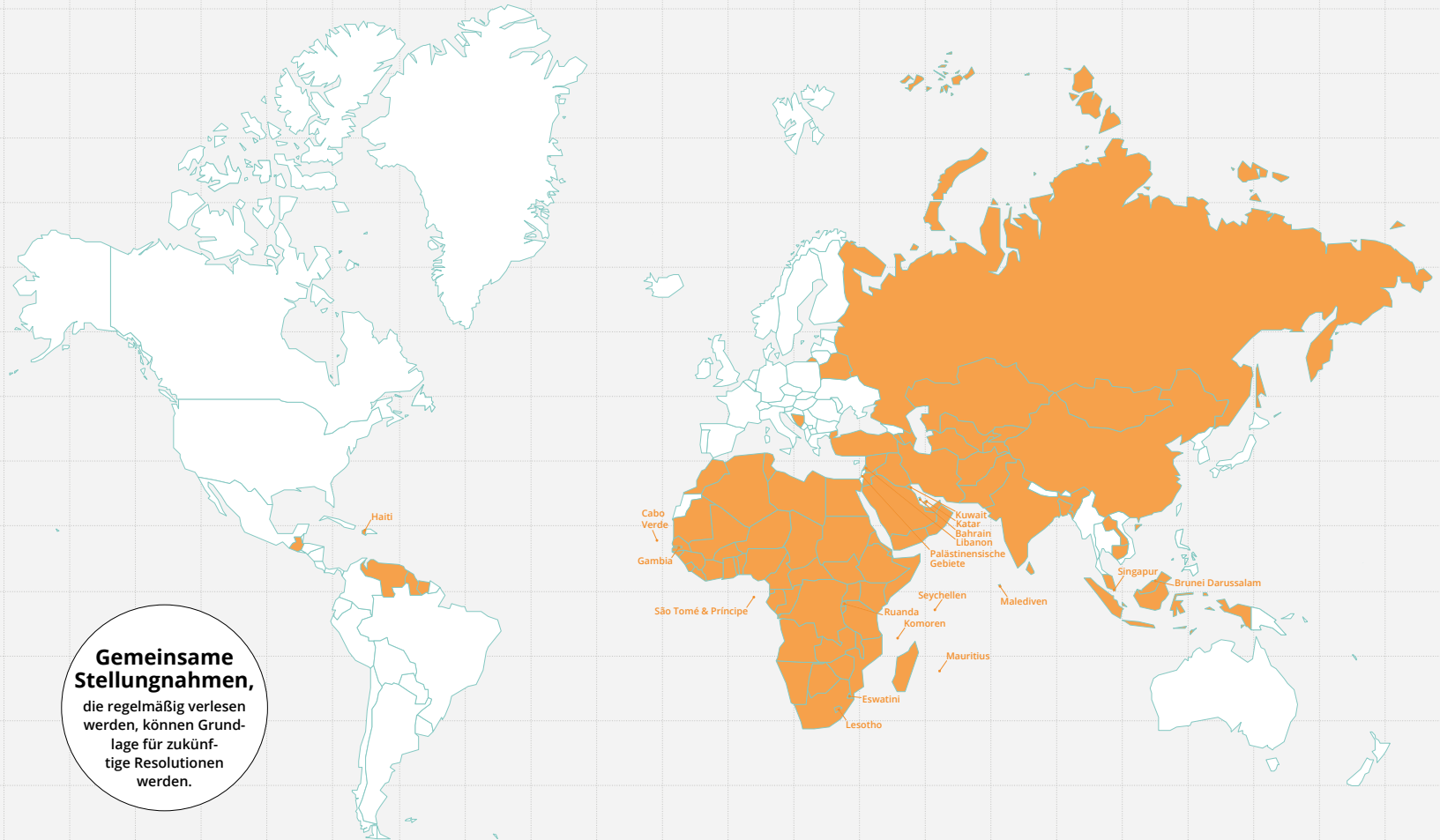
Kein Mitglied



Seit 2016
 existiert das
 Mandat und wurde
 2019 sowie 2022
 verlängert.

Gemeinsame Stellungnahme zur Rolle der Familie 2022

Auf der 50. Sitzung verlas Côte d'Ivoire im Namen von 97 Staaten eine gemeinsame Stellungnahme zur Rolle der Familie als „natürliche und grundlegende Gruppeneinheit der Gesellschaft“, welche „Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“ habe. In internationalen Menschenrechtsnormen hat nicht die ganze Familie, sondern jedes einzelne Familienmitglied Rechte.



**Gemeinsame
Stellungnahmen,**
die regelmäßig verlesen
werden, können Grund-
lage für zukünf-
tige Resolutionen
werden.



Einschüchterungsversuche bei Kooperation mit UN zu Menschenrechten

Die Karte zeigt Staaten, die in den jährlichen Berichten des UN-Generalsekretärs zwischen 2009 und 2022 genannt werden, da sie für Einschüchterungsversuche und Repressalien gegen Einzelpersonen und Gruppen verantwortlich sind, welche mit der UN, ihren Vertretern und Mechanismen zu Menschenrechten zusammengearbeitet haben oder dies beabsichtigten.

Einschüchterungsversuche

können verschiedene Formen, wie Drohung, Belästigung, digitale Überwachung, willkürliche Verhaftung, Folter oder Tötung, annehmen.

81 Staaten

unterschrieben eine gemeinsame Stellungnahme in der UN-Generalversammlung in New York, um ihre Solidarität mit Menschenrechtsverteidigern weltweit auszudrücken

Der Bericht

ist nicht umfassend, manche Fälle wurden anonymisiert, andere wegen Sicherheitsgründen ausgenommen oder vertraulich adressiert.

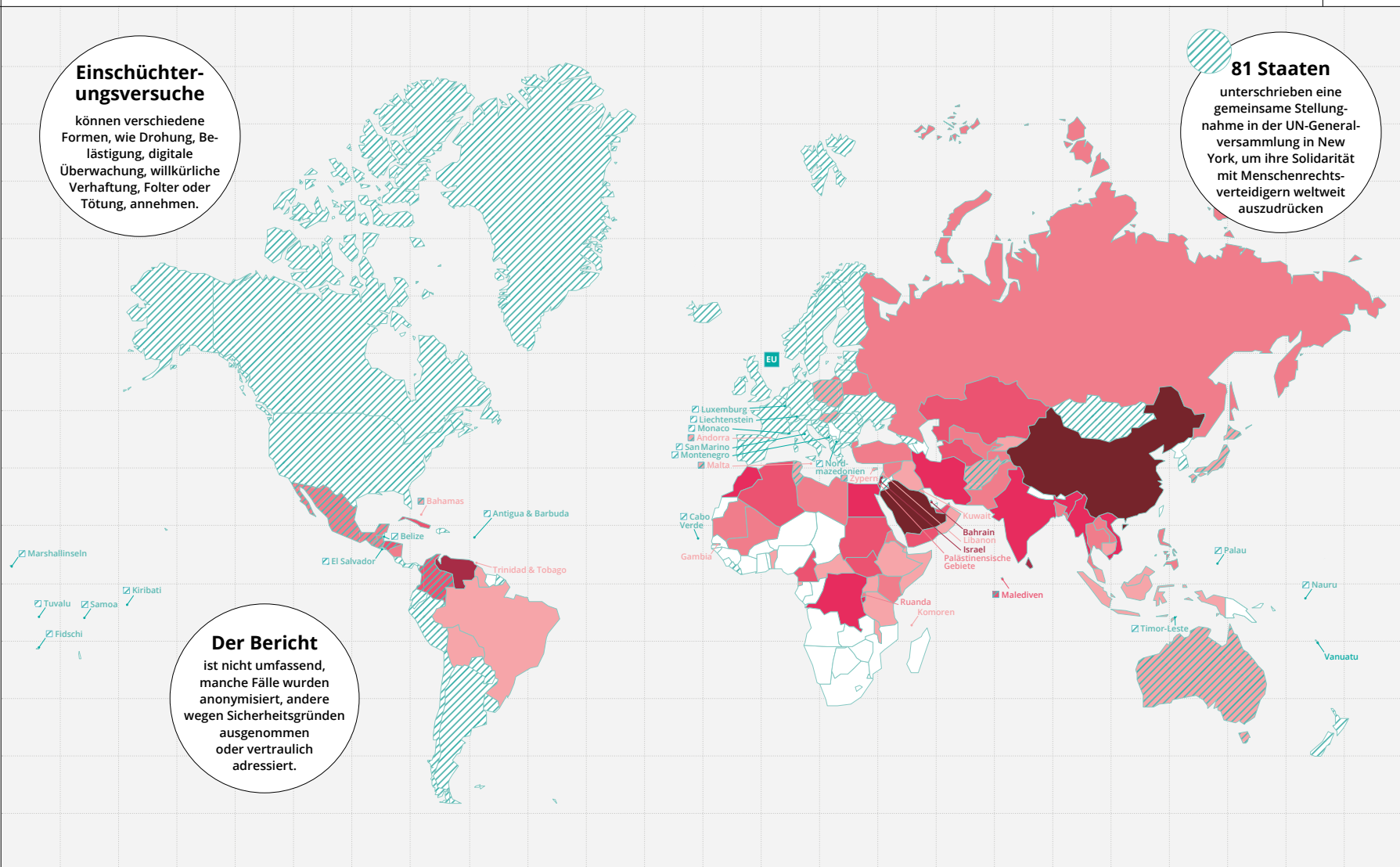
11-13
9-10

7-8

5-6

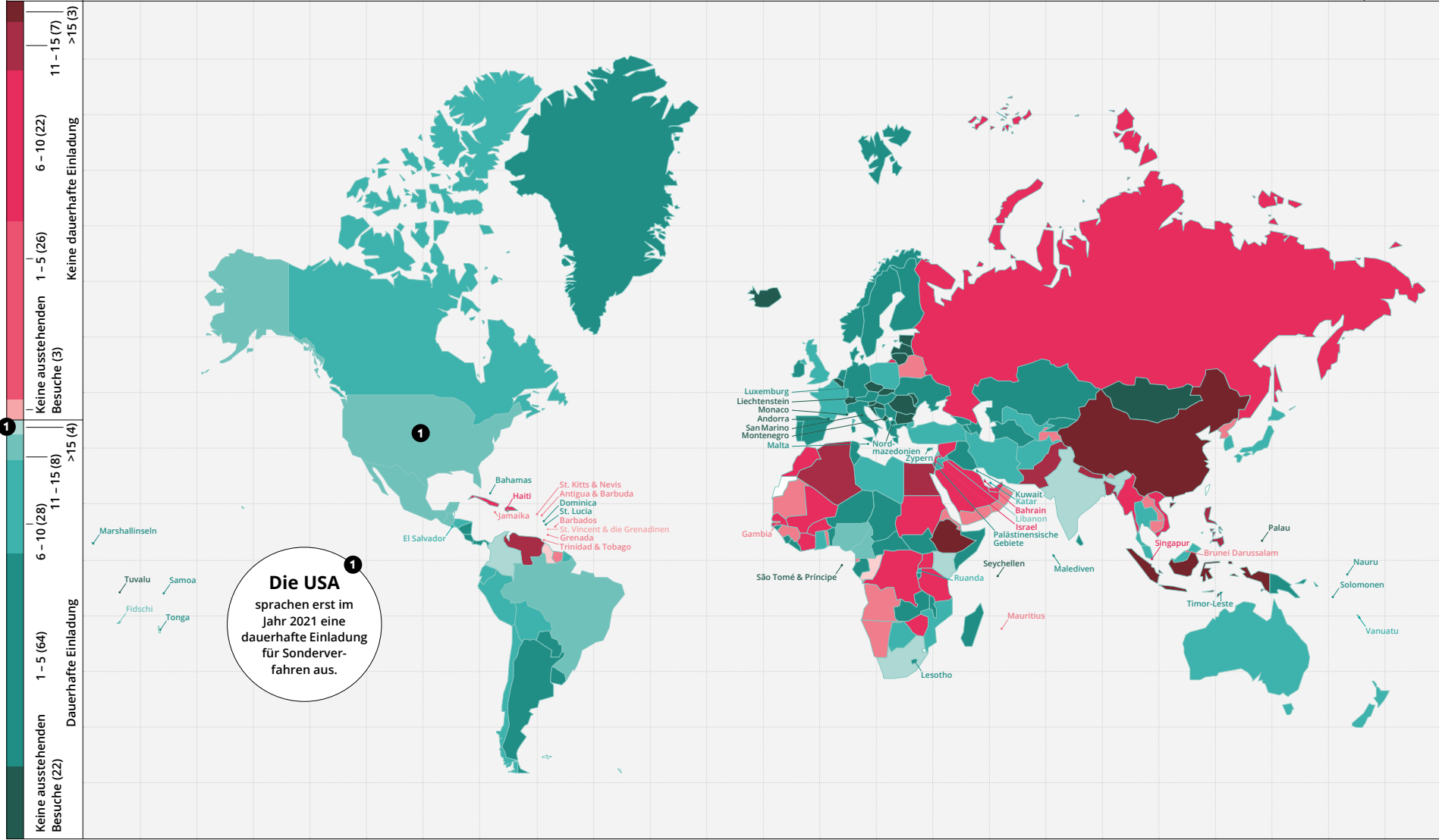
3-4

nie kritisiert in 1-2 Berichten erwähnt



Sonderverfahren: dauerhafte Einladungen und ausstehende Besuche

Sonderverfahren, wie Sonderberichterstatter oder Arbeitsgruppen führen Länderbesuche durch, um die Menschenrechtssituation vor Ort zu untersuchen. Die meisten Staaten haben dauerhafte Einladungen für sie ausgesprochen. Die Besuche stehen oft noch aus, d.h. eine Vereinbarung mit konkreten Terminen konnte nicht erreicht werden. Einige Besuche stehen bereits seit Jahren aus.



Freiwillige Beiträge für OHCHR 2022

Menschenrechte bilden eine der drei Säulen der UN, zusammen mit Entwicklung sowie Frieden und Sicherheit. Allerdings werden nur 7 % des regulären UN-Haushalts für Menschenrechte bereitgestellt und 3 % für das OHCHR. Es ist daher stark von freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geber abhängig, welche fast zwei Drittel der Einnahmen des OHCHR ausmachen.

< 10 (6)

4 – 10 (7)

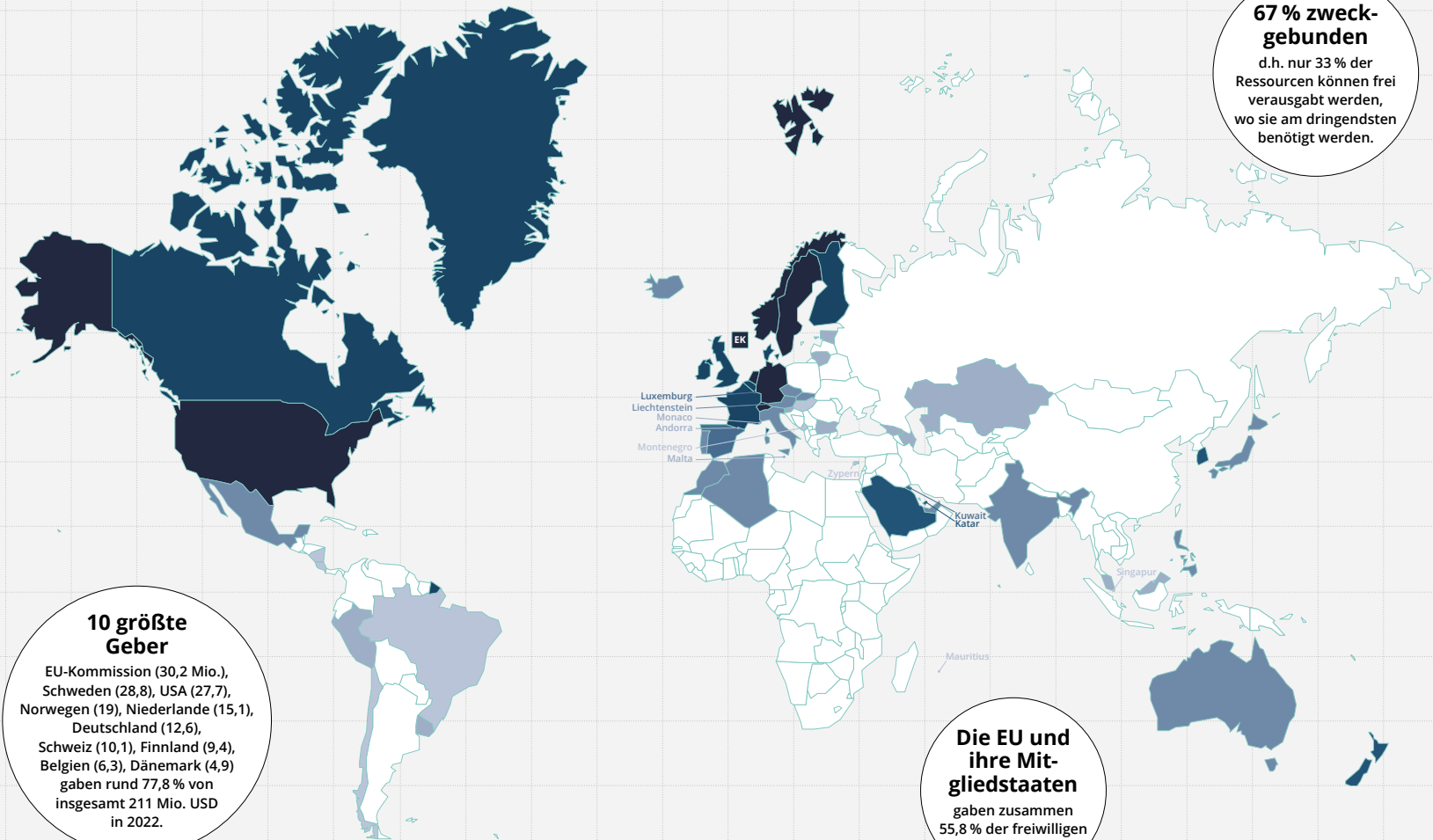
1 – 4 (4)

0,5 – 0,9 (2)

0,1 – 0,5 (15)

0,02 – 0,1 (13)

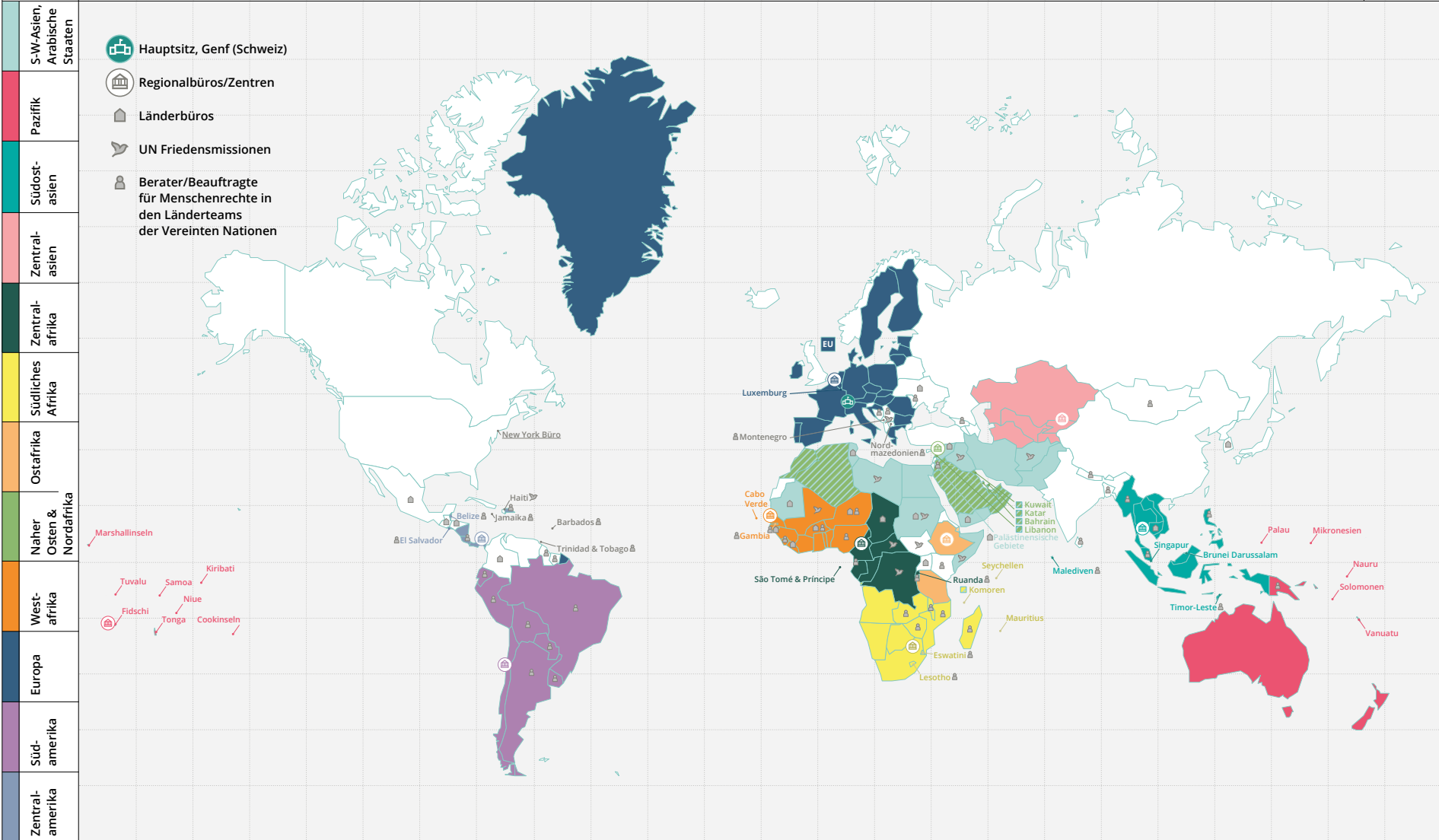
> 0,02 Mio. USD (9)





Präsenz des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte

Das OHCHR hat innerhalb der UN die Federführung für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten inne. Neben seinem Hauptsitz in Genf und dem New York Büro, ist es an 96 Orten präsent und unterhält 12 Regional- und 19 Länderbüros, 11 Komponenten in Friedensmissionen, 54 Berater in Länderteams und eine Krisenreaktionseinheit.





Genf und humanitäre
Angelegenheiten

Steigender Druck auf
den Sektor

Genf gilt als Hauptstadt der humanitären Hilfe, da hier einige der wichtigsten Akteure des Sektors ansässig sind: vom Internationalen Komitee des Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) bis zum zweiten Hauptsitz des UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). Zudem beherbergt Genf zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NROs), Think Tanks und akademische Einrichtungen.

In den letzten zwei Jahren stieg der Druck auf den humanitären Sektor stark an. Einige humanitäre Akteure halten die aktuelle Weltlage sogar für die schwierigste, die sie je erlebt haben. Dies ist insbesondere auf eng miteinander verwobene Herausforderungen zurückzuführen, wie etwa anhaltende Konflikte und Krisen, den Klimanotstand (S. 96 – 97), die anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, aber auch auf die primären und sekundären Folgen der russischen Invasion der Ukraine, wie steigende Lebensmittel- und Energiepreise und wirtschaftliche Verwerfungen. Hinzu kommt die fehlende Einhaltung des humanitären Völkerrechts (HVR), u.a. von einem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats. Entsprechend erreicht der Bedarf von Jahr zu Jahr neue Rekordhöhen: 2023 werden 339 Mio. Menschen in 69 Ländern auf Hilfe angewiesen sein; das ist einer von 23 Menschen weltweit, 4 % der Weltbevölkerung oder das drittbevölkerungsreichste Land nach China und Indien. Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der Bedürftigen um 65 Millionen. Mindestens 222 Millionen Menschen in 53 Ländern sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen und 45 Mio. vom Hungertod bedroht (siehe Dashboard).

Folglich steigen auch die Kosten für die Deckung dieses Bedarfs: allein um 25 %, vergleicht man den Jahresbeginn 2023 mit Anfang 2022 oder um 461 % in den letzten 10 Jahren. Im Jahr 2023 wird ein Rekordbetrag von 51,5 Mrd. USD benötigt. Zwar stiegen die eingegangenen Gelder stetig an, hielten aber mit dem explodierenden Bedarf nicht Schritt. Ein Grund hierfür: die Geberbasis blieb relativ klein. Allein die drei größten Geber – die USA, Deutschland und die Europäische Kommissi-

Wachsende
Finanzierungslücke

Hoffnungsschimmer

Neustart
des Systems

on – stellten im Jahr 2022 63 % der Mittel bereit, während auf die 10 größten Länder 82 % entfielen (S. 92 – 93). Hinzu kommt ein verstärkter Fokus auf einige wenige Krisen, vor allem auf die Ukraine, und schrumpfende Budgets der humanitären Hilfe aufgrund der Abschwächung der Weltwirtschaft. Im Jahr 2022 war daher lediglich die Hälfte des Bedarfs gedeckt. Dies betraf einige der größten humanitären Krisen wie Syrien, Afghanistan, Jemen oder Äthiopien sowie einige weniger Beachtung findende Regionen in der Sahelzone, in Mittelamerika oder am Horn von Afrika (S. 94 – 95).

Die Schwarzmeer-Getreide-Initiative vom Juli 2022, welche Lebensmittelexporte von drei wichtigen ukrainischen Häfen ermöglicht, gilt entsprechend als Hoffnungsschimmer. Sie wurde mit Hilfe von OCHA, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sowie weiteren Genfer UN-Behörden und Mediationsakteuren ausgehandelt. Martin Griffiths, der im Mai 2021 das Amt des UN-Nothilfekordinators und OCHA-Leitung von Mark Lowcock übernahm, bezeichnete die Initiative sogar als die „wahrscheinlich wichtigste“ Errungenschaft seiner Amtszeit. Bis Februar 2023 wurden so mehr als 21 Mio. Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse exportiert. Insgesamt geht etwa die Hälfte der Exporte in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wobei v.a. die von den Vereinten Nationen gecharterten Schiffe humanitäre Nahrungsmittelhilfe transportieren.

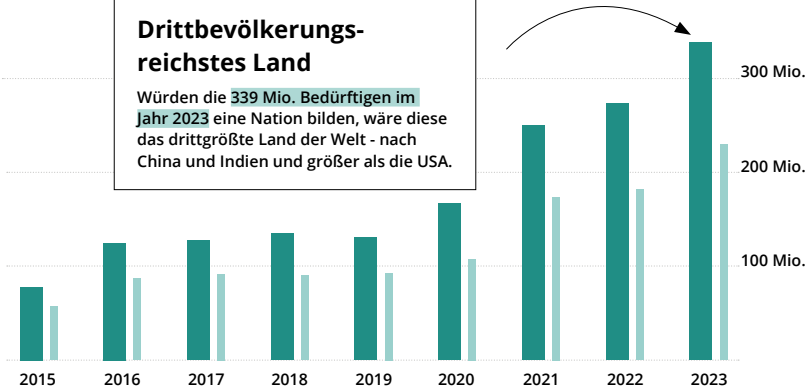
In der Gesamtschau bleibt die Lage jedoch düster: Peter Maurer, welcher nach 10 Jahren an der Spitze des IKRK im Oktober 2022 von Mirjana Spoljaric Egger abgelöst wurde, zog eine traurige Bilanz: In seiner Amtszeit sei kein einziger Konflikt beigelegt worden, „Notlösungen“ reichten nicht mehr aus, um systemische Krisen zu lösen; das traditionelle humanitäre System selbst sei am Ende. Mit seiner Forderung nach einer neuen Herangehensweise ist Maurer nicht der Einzige unter denjenigen, die beklagen, dass das System für die Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr gewappnet sei.

Globaler humanitärer Bedarf, 2015 – 2023

- Bedürftige Personen
- Besonders Bedürftige, welche Unterstützung erfahren

Drittbevölkerungsreichstes Land

Würden die 339 Mio. Bedürftigen im Jahr 2023 eine Nation bilden, wäre diese das drittgrößte Land der Welt - nach China und Indien und größer als die USA.



Einer von 23 Menschen

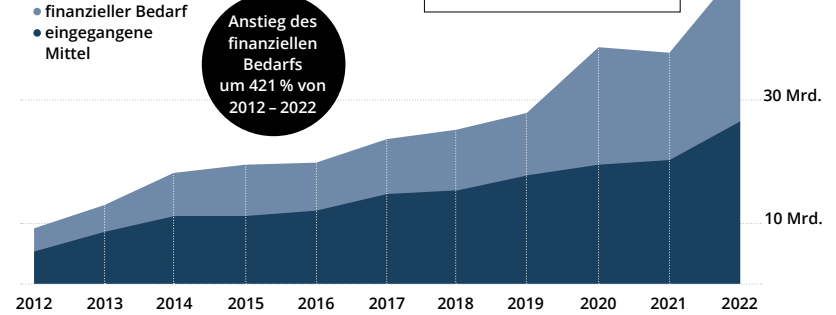
benötigt humanitäre Hilfe, mehr als doppelt so viel wie noch vor vier Jahren.

Finanzierungslücke für humanitäre Appelle, 2012 – 2022

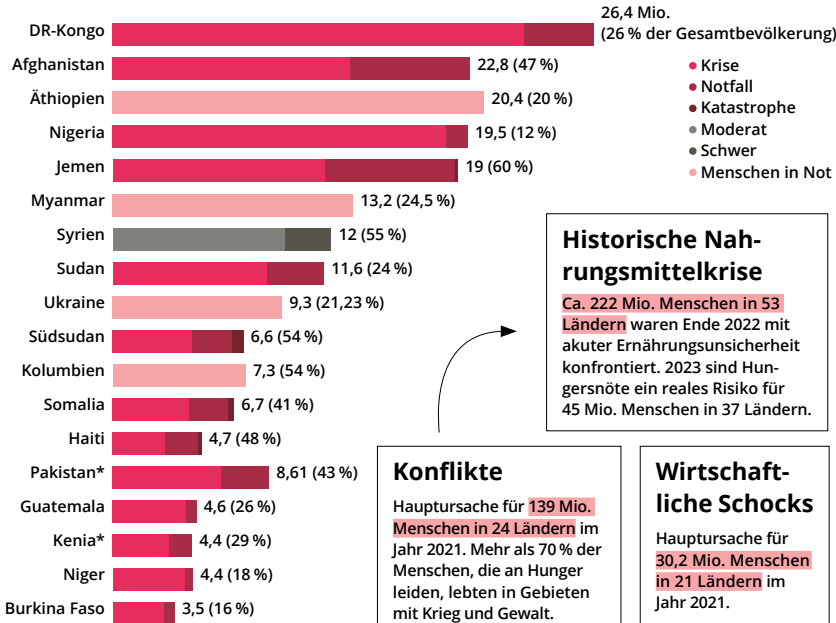
Humanitäre Reaktionspläne werden immer länger, größer und zahlreicher.

Größte Pläne

Afghanistan, Syrien, Jemen, Ukraine und Äthiopien benötigen fast 50 % der gesamten Mittel.



Menschen in akuter Nahrungsmittelunsicherheit (> 3 Mio.) in Ländern mit humanitärer Hilfe im Jahr 2023



Historische Nahrungsmittelkrise

Ca. 222 Mio. Menschen in 53 Ländern waren Ende 2022 mit akuter Ernährungsunsicherheit konfrontiert. 2023 sind Hungersnöte ein reales Risiko für 45 Mio. Menschen in 37 Ländern.

Konflikte

Hauptursache für 139 Mio. Menschen in 24 Ländern im Jahr 2021. Mehr als 70 % der Menschen, die an Hunger leiden, lebten in Gebieten mit Krieg und Gewalt.

Wirtschaftliche Schocks

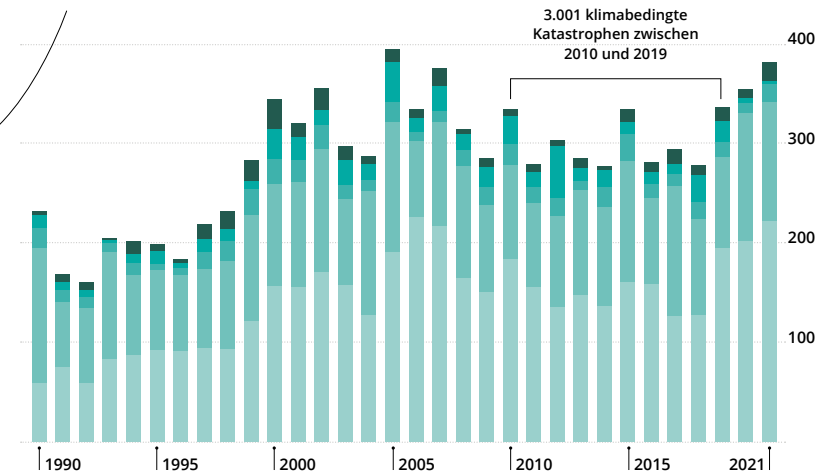
Hauptursache für 30,2 Mio. Menschen in 21 Ländern im Jahr 2021.

Klimabedingte Katastrophen, 1990 – 2021

Extreme Klima- und Wetterereignisse

Hauptursache in 8 Ländern mit 23,5 Mio. Menschen im Jahr 2021.

- Waldbrand
- Extreme Temperaturen
- Dürre
- Sturm
- Überschwemmung

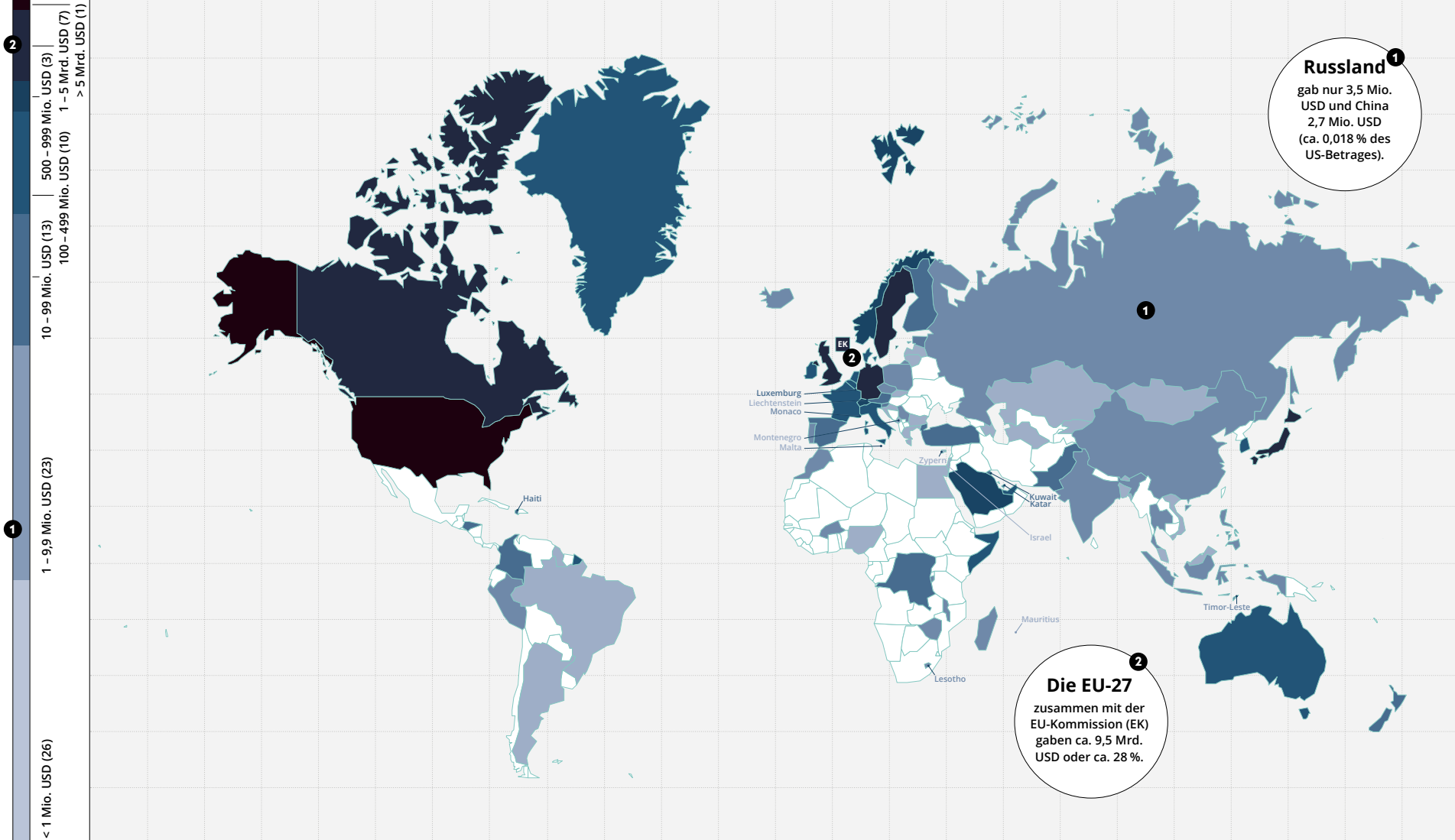


*Länder, die keinen humanitären Reaktionsplan (HRP) haben, sondern einen anderen länderspezifischen Reaktionsplan, z.B. einen Flash Appeal. Daten aus verschiedenen Zeiträumen im Jahr 2022



Geberländer und Beiträge für humanitäre Hilfe weltweit 2022

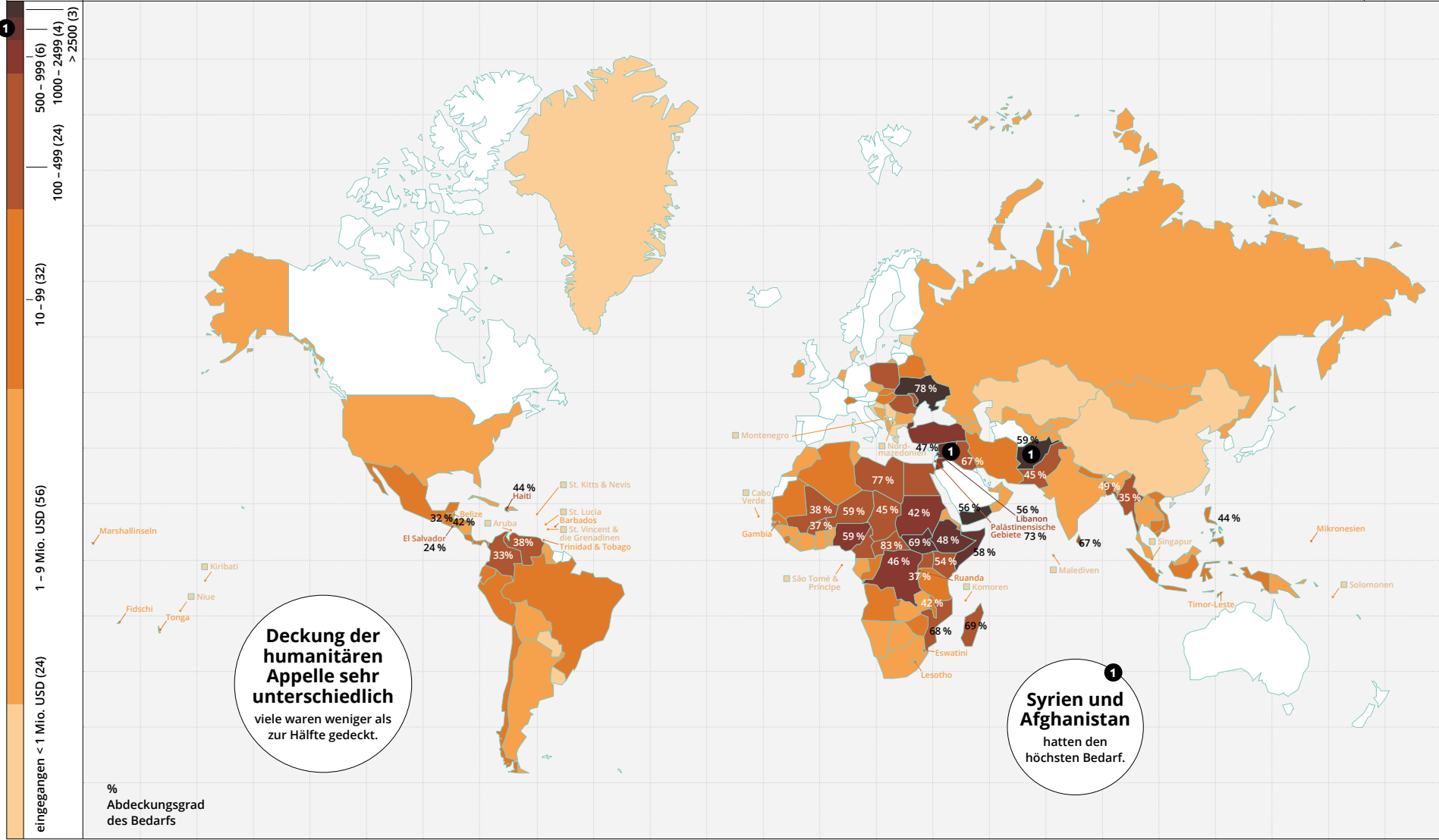
2022 wurden rund 33,44 Mrd. USD an humanitärer Hilfe über UN-Organisationen, Fonds, NROs und die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung abgewickelt. Die drei größten Geber waren die USA (14 Mrd.), Deutschland (4 Mrd.) und die EU-Kommission (2,6 Mrd.). Es folgten das Vereinigte Königreich, Schweden, Japan, Kanada, Norwegen, Saudi-Arabien und die Schweiz.





Empfängerländer, Fortschritt bei humanitären Reaktionsplänen 2022

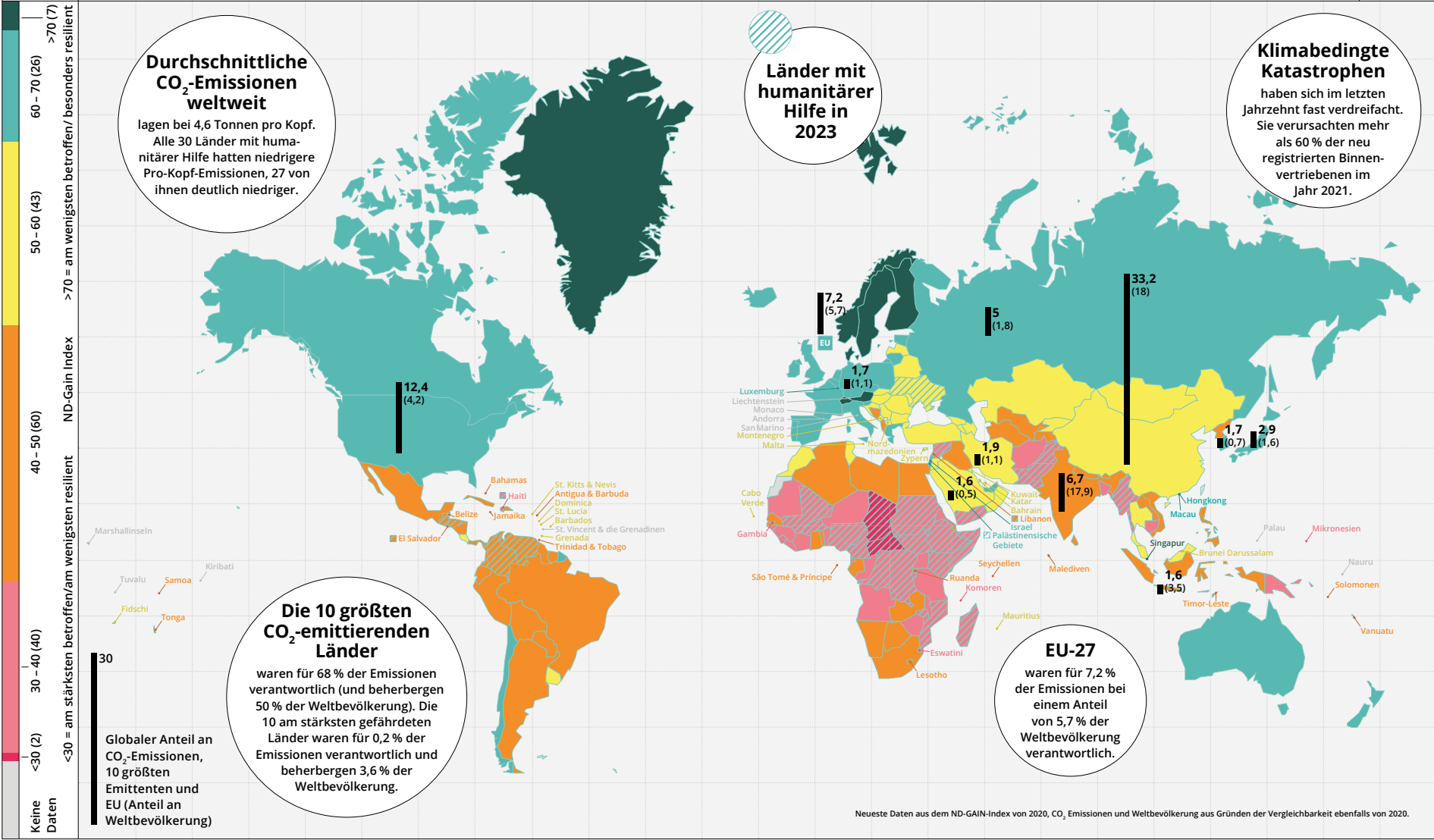
Allein im Jahr 2022 stieg der Finanzbedarf des „Global Humanitarian Overview“ (GHO) von 41 Mrd. USD auf 51 Mrd. USD. Während auch mehr Geld einging, wurde dennoch nur 50 % des Bedarfs gedeckt. Bereits die Hälfte aller Mittel floss in fünf humanitäre Krisen: Ukraine (3,7 Mrd. USD), Afghanistan (3), Jemen (2,7), Syrien (2,3) und Äthiopien (2).





Klimawandel und humanitäre Krisen weltweit

Die Klimakrise ist auch eine humanitäre Krise. Von den 15 Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen und am wenigsten resilient sind, erhalten laut dem Global Humanitarian Overview 2023 und dem ND-Gain-Index 10 humanitäre Hilfe. Obwohl sie am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen, sind sie am stärksten von den Auswirkungen betroffen.





Die Hauptstadt der humanitären Hilfe beherbergt auch das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), die Internationale Organisation für Migration (IOM) sowie mehrere Think Tanks, NROs und Institute, welche im Bereich Flucht und Migration aktiv sind.

In den letzten zwei Jahren war gewaltsame Vertreibung weiterhin eine der größten globalen Herausforderungen, wobei sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben, wie der jüngste UNHCR-Bericht zeigt: Wurden 2011 noch 42,5 Mio. Menschen gewaltsam vertrieben, stieg diese Zahl bis 2021 auf 89,3 Mio. Menschen, also mehr als 1 % der Weltbevölkerung. Früher als erwartet - bereits Mitte 2022, wurde die 100-Millionen-Grenze überschritten: 103 Mio. Menschen waren gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, vor allem wegen des Krieges in der Ukraine (siehe Dashboard). Wie in den Vorjahren blieb die große Mehrheit der Flüchtlinge (73 % im Jahr 2020 und 72 % im Jahr 2021) in ihrer eigenen Region, wobei 83 % von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufgenommen wurden (S. 102 – 103). Erneut gingen nicht genügend Mittel für den stark gestiegenen Finanzierungsbedarf ein. 2021 und 2022 wurden nur 56 % finanziert, wobei nur wenige Geber (darunter v.a. die USA, die EU und ihre Mitgliedsstaaten) den Großteil der Mittel bereitstellten (S. 106 – 109).

Während der COVID-19-Pandemie stellten Grenzsicherungen eine der größten Herausforderungen dar: Mehr als 160 Länder hielten 2020 ihre Grenzen geschlossen, 99 machten auch für Schutzsuchende keine Ausnahmen. Obwohl in allen Regionen weniger Flüchtlinge und Asylbewerber an ihrem Ziel ankamen, stiegen die Zahlen weiter an. Und obgleich 35 % mehr Asylanträge in 2021 eingingen, lagen die Zahlen immer noch weit unter dem Niveau von vor der Pandemie. Gewaltsam Vertriebene und Staatenlose gehörten während der Pandemie zu den am stärksten betroffenen Gruppen in Gesellschaften, nicht zuletzt aufgrund zunehmender Ernährungs- und wirtschaftlicher Unsicherheit oder Hindernissen bei der Wahrnehmung gesundheitlicher Dienstleistungen. Umsiedlungen, eine von drei

dauerhaften Lösungen neben der Rückkehr und Integration vor Ort, waren 2020 auf einem historischen Tief: Nur 34.400 Flüchtlinge wurden 2020 umgesiedelt, während der Bedarf bei 1,4 Mio. lag. Kanada, die USA und Australien nahmen die meisten Flüchtlinge auf. Zwar stiegen die Zahlen 2021 leicht an, deckten aber dennoch nur etwa 4 % des Bedarfs (S. 104 – 105).

Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde bis Mitte 2022 ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung vertrieben, was eine der weltweit am schnellsten wachsenden und eine der größten Flüchtlingskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg auslöste. Bis Anfang 2023 flohen 8 Mio. Menschen aus der Ukraine, 4,8 Mio. hatten sich für vorübergehenden Schutz in der EU registrieren lassen, und 5,3 Mio. Menschen wurden zu Binnenvertriebenen innerhalb der Ukraine. Neben den primären Folgen des Krieges, treffen die sekundären Auswirkungen diejenigen Länder, die bereits Flüchtlinge oder eine große Zahl Binnenvertriebener aufnehmen, besonders hart. Nahrungsmittelunsicherheit, steigende Inflation und hohe Energiepreise waren schon vor dem Krieg für viele verheerend, insbesondere für Länder in der Sahelzone und im Nahen Osten. Bereits 2021 kamen 82 % der Binnenvertriebenen und 67 % der Flüchtlinge und Asylbewerber aus Ländern mit Ernährungskrisen. 40 % der Flüchtlinge und Asylbewerber wurden von Ländern mit unsicherer Ernährungslage aufgenommen. Der Krieg beschleunigt die aktuellen Trends weiter.

In den letzten Jahren waren Kriege und lang andauernde Konflikte neben den Folgen des Klimawandels, der Pandemie, Regierungskrisen, massiven Menschenrechtsverletzungen und verstärkten Ungleichheiten die Hauptursache für gewaltsame Vertreibungen. Filippo Grandi, der 2022 als Hochkommissar für Flüchtlinge bis Ende 2025 wiedergewählt wurde, bezeichnete die außergewöhnliche Reaktion auf die ukrainische Flüchtlingskrise als Hoffnungsschimmer, von der man viel lernen könne. Der politische Wille zur Suche nach Lösungen für die lang anhaltenden Konflikte wäre laut Grandi jedoch der bei weitem wichtigste Faktor.

Gewaltsam vertriebene Menschen weltweit, 2007 – 2022*

*die Zahlen für Mitte 2022 sind Schätzungen

Konflikte hoher oder mittlerer Intensität in 23 Ländern

in denen im Jahr 2021 850 Mio. Menschen lebten. Die Zahl der von Konflikten betroffenen Länder hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Nahrungsmittelkrisen

82 % der IDPs und 67% der Flüchtlinge und Asylbewerber kamen aus Ländern mit Ernährungskrisen. 40 % der Flüchtlinge und Asylbewerber wurden 2021 in Ländern mit unsicherer Ernährungslage untergebracht.

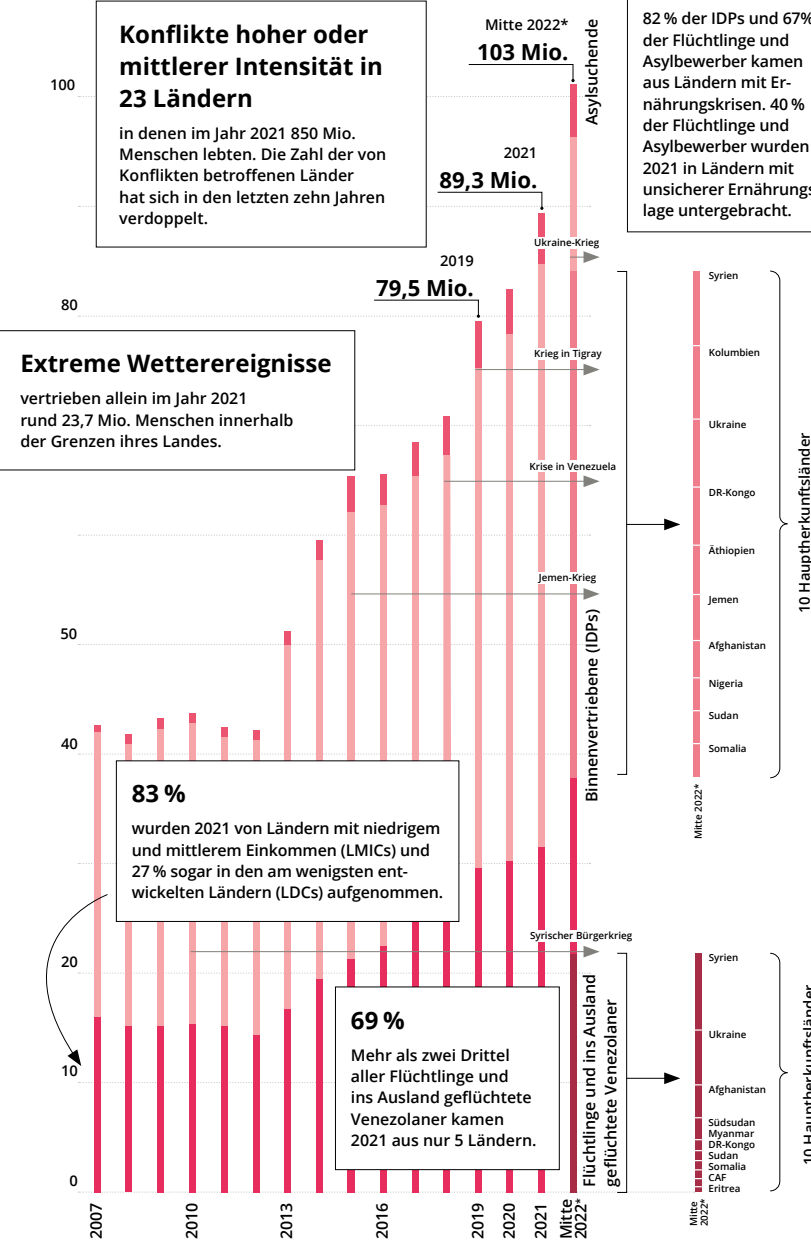
Vermisste Migranten zwischen 2014 und Anfang – 2023

60 % nicht identifiziert

Laut IOM veröffentlicht derzeit kein Staat Zahlen zu Todesfällen von Migranten.

Extreme Wetterereignisse

vertrieben allein im Jahr 2021 rund 23,7 Mio. Menschen innerhalb der Grenzen ihres Landes.



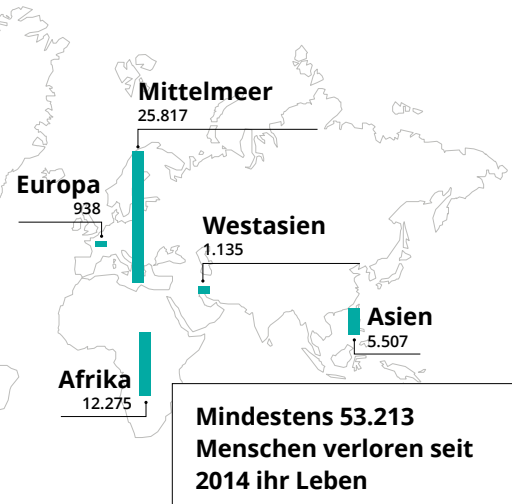
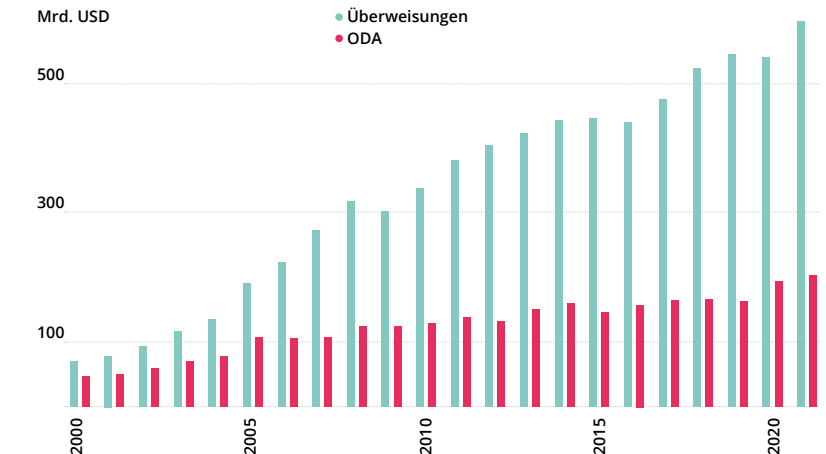
83 % wurden 2021 von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) und 27 % sogar in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) aufgenommen.

69 % Mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge und ins Ausland geflüchtete Venezolaner kamen 2021 aus nur 5 Ländern.

Internationale Rücküberweisungs- und ODA-Ströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1990 – 2022*

Rücküberweisungen

übersteigen seit Mitte der 1990er Jahre bei weitem das Niveau der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), mit der wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrt in Entwicklungsländern gefördert werden sollen. Seit 2015 sind sie die wichtigste externe Finanzierungsquelle für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) (ohne China) und übertreffen die ausländischen Direktinvestitionen und die öffentliche Entwicklungshilfe.



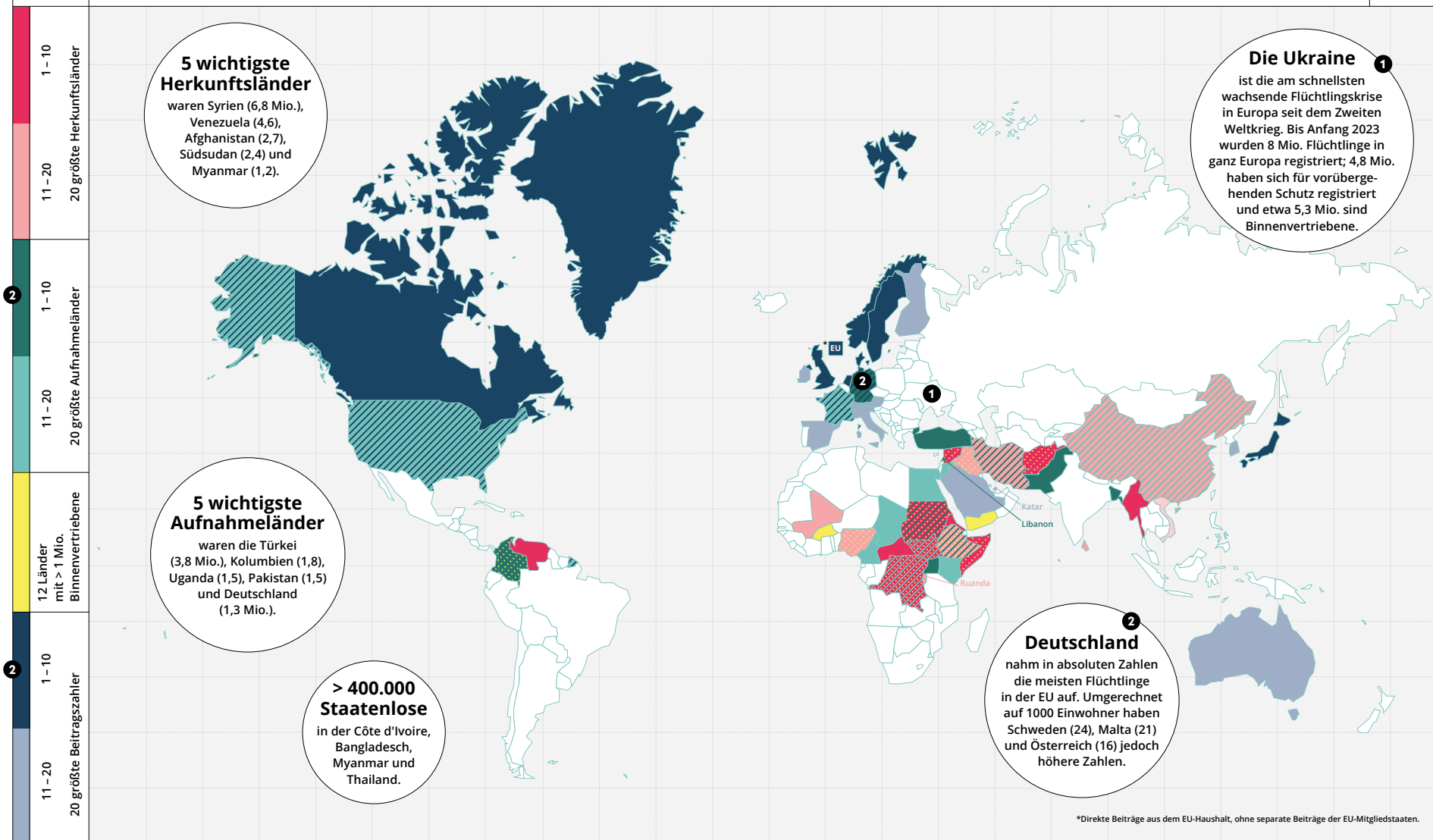
Mindestens 53.213 Menschen verloren seit 2014 ihr Leben

mehr als die Hälfte auf Routen nach und innerhalb Europas, darunter 25.817 im Mittelmeer.



Herkunfts- und Aufnahmeländer gewaltsam Vertriebener 2021

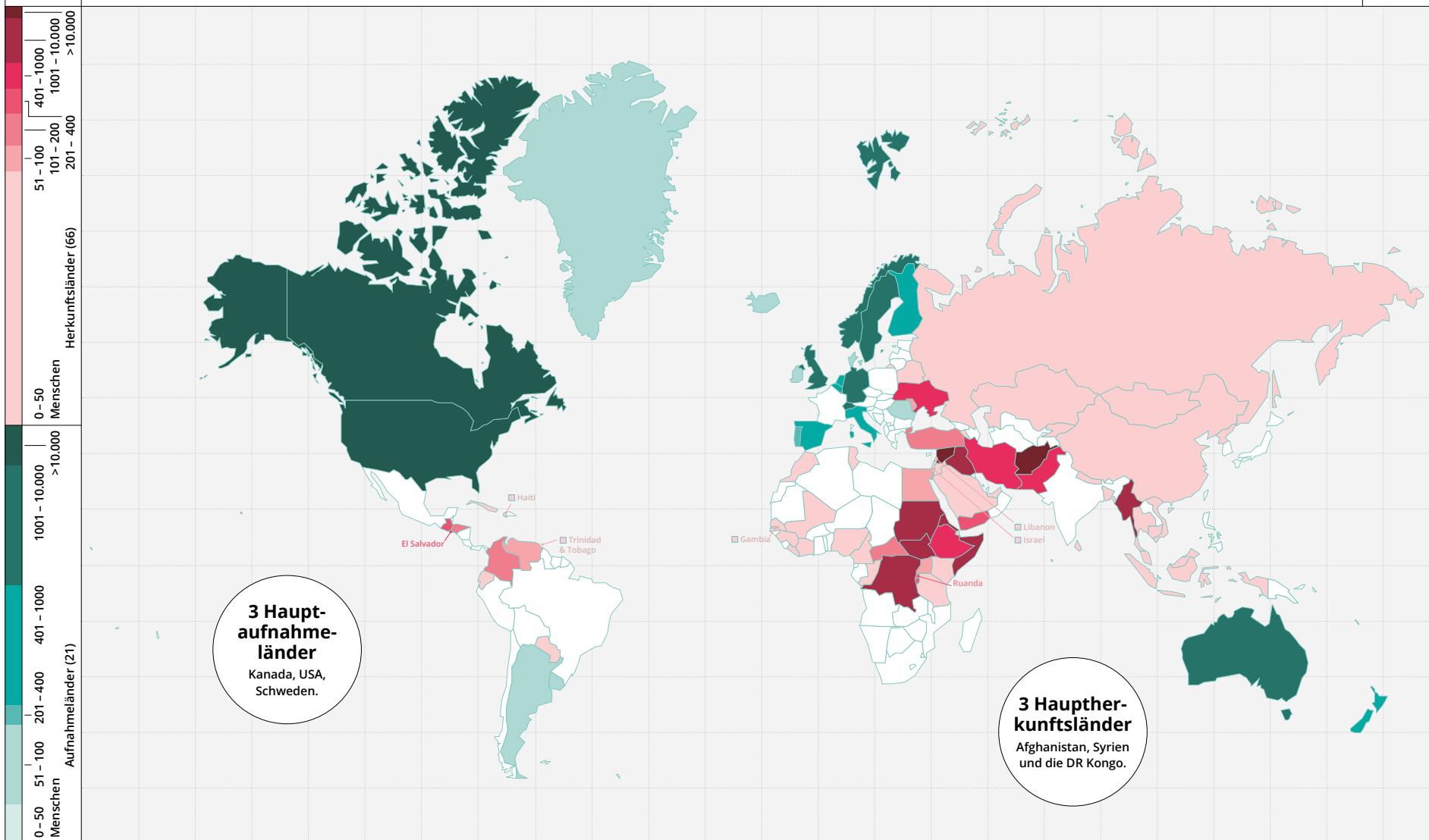
Weltweit wurden bis Ende 2021 89,3 Mio. Menschen gewaltsam vertrieben. 72 % von ihnen waren in Nachbarländern und 83 % in Ländern mit niedrigem Einkommen untergebracht. Mehr als 2/3 der Flüchtlinge und geflüchteten Venezolaner kamen aus nur 5 Ländern. Seit dem Krieg in der Ukraine wurden bis Mitte 2022 mehr als 103 Mio. Menschen vertrieben oder einer von 78 Menschen.





Umsiedlung von Flüchtlingen 2021

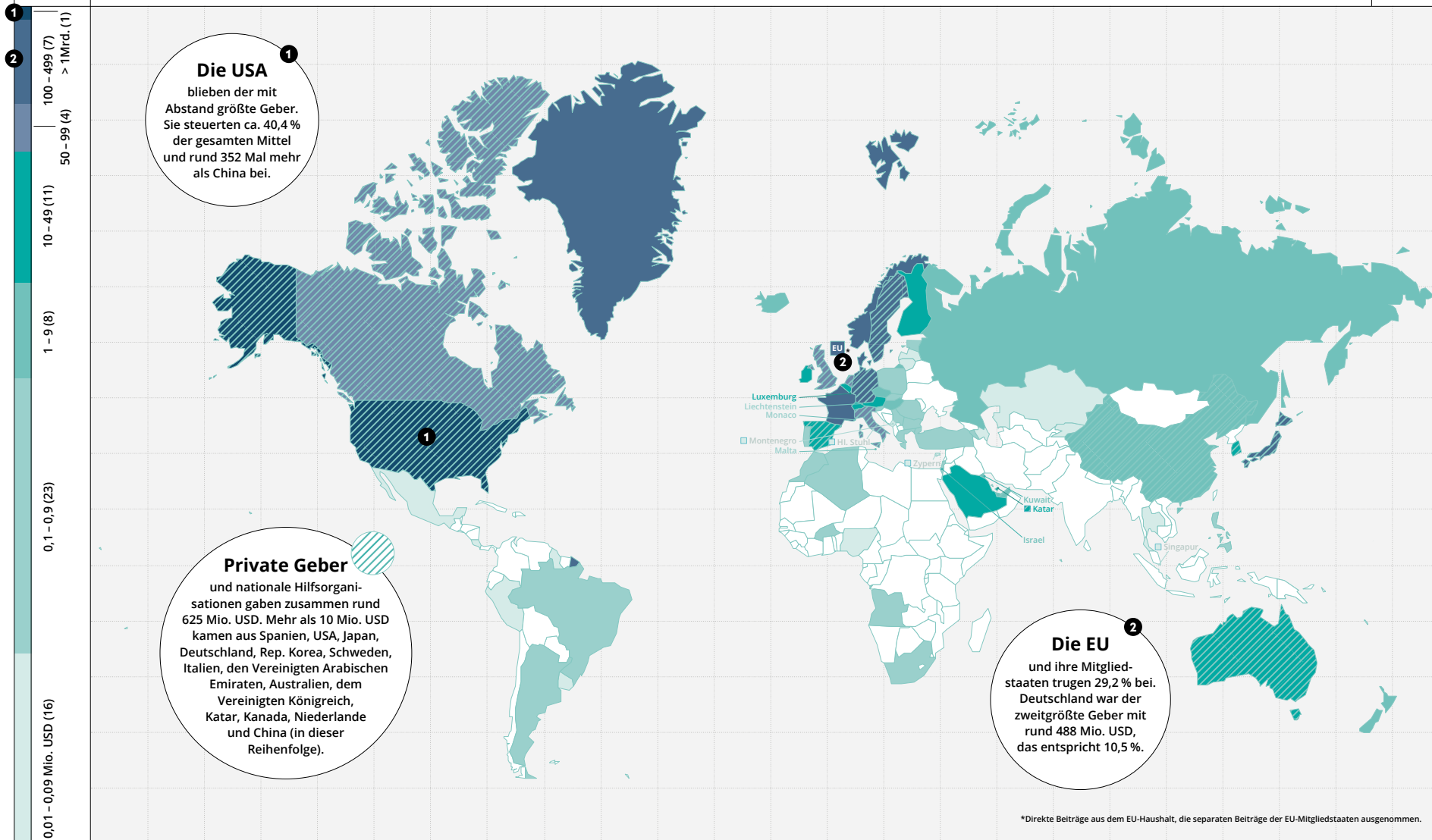
Laut UNHCR ist Umsiedlung neben Rückkehr und lokaler Integration eine von drei dauerhaften Lösungen für Flüchtlinge. 2021 gab es weltweit 89,3 Mio. gewaltsam Vertriebene. Von 1,4 Mio. Flüchtlingen, die umgesiedelt werden sollten, erhielten nur 4% (57.436) einen Platz. Dies waren 2/3 mehr als noch 2020, als Umsiedlungen wegen COVID-19 ein historisches Tief erreichten.





Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2021

Im Jahr 2021 erhielt das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) insgesamt 5,1 Mrd. USD, was nur 56 % des Gesamthaushalts entsprach. Nur etwa 11 % der Beiträge waren nicht zweckgebunden und konnten daher frei verwendet werden. Die Karte zeigt alle Beiträge von Regierungen und der Europäischen Union, die insgesamt 83 % ausmachten. Private Geber steuerten 13 % bei.





Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2022

Im Jahr 2022 erhielt das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) insgesamt 5,9 Mrd. USD, was nur 56 % des Gesamthaushalts entsprach. Lediglich 6 % der Beiträge waren nicht zweckgebunden und konnten daher frei verwendet werden. Die Karte zeigt alle Beiträge von Regierungen und der Europäischen Union, welche insgesamt 76 % ausmachten. Private Geber steuerten 21 % bei.

Die USA

blieben mit Abstand größter Geber. Sie steuerten ca. 38 % der gesamten Mittel bei und rund 1580 Mal mehr als China.

Private Geber

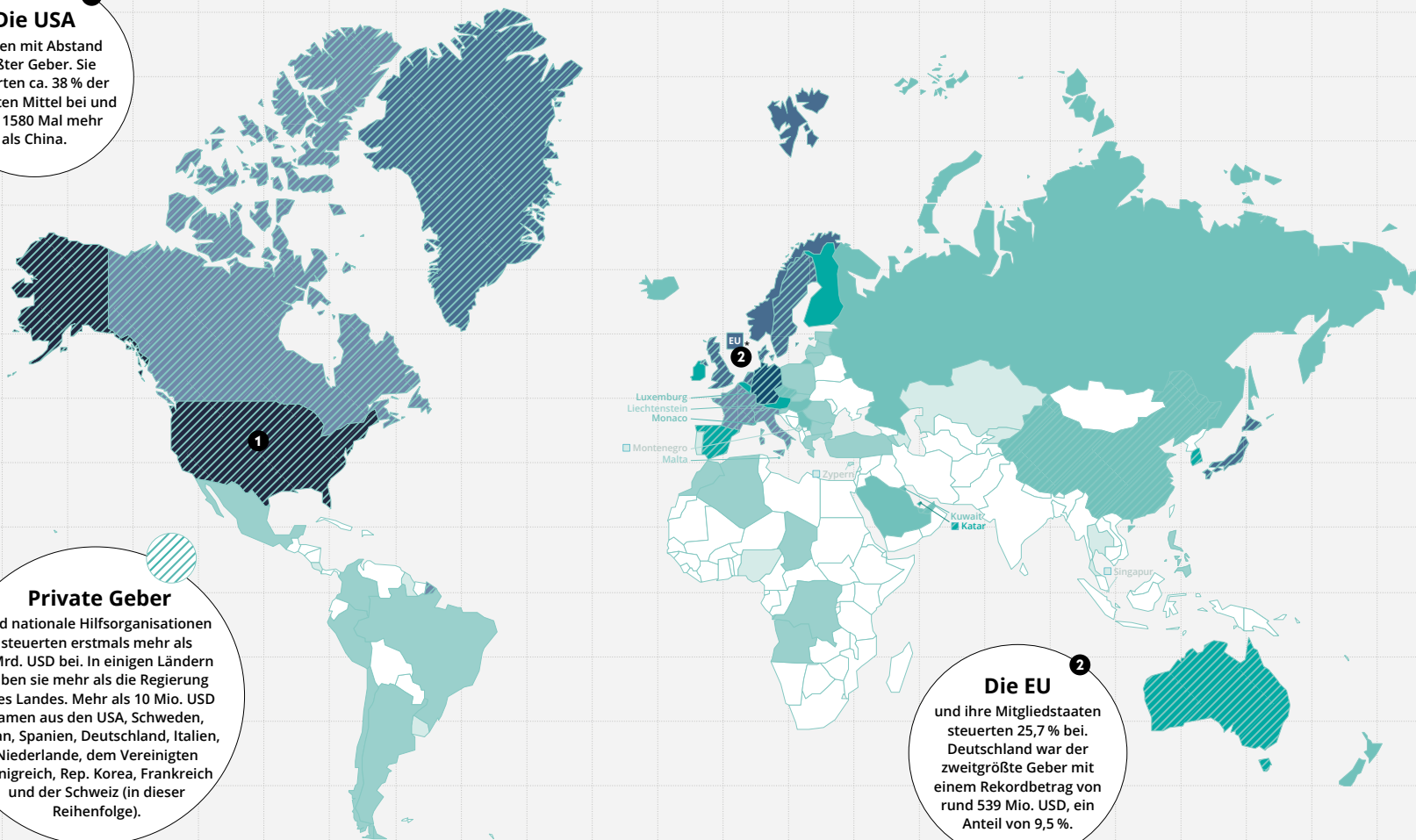
und nationale Hilfsorganisationen steuerten erstmals mehr als 1 Mrd. USD bei. In einigen Ländern gaben sie mehr als die Regierung ihres Landes. Mehr als 10 Mio. USD kamen aus den USA, Schweden, Japan, Spanien, Deutschland, Italien, Niederlande, dem Vereinigten Königreich, Rep. Korea, Frankreich und der Schweiz (in dieser Reihenfolge).

Die EU

und ihre Mitgliedstaaten steuerten 25,7 % bei. Deutschland war der zweitgrößte Geber mit einem Rekordbetrag von rund 539 Mio. USD, ein Anteil von 9,5 %.

*Direkte Beiträge aus dem EU-Haushalt, die separaten Beiträge der EU-Mitgliedstaaten ausgenommen.

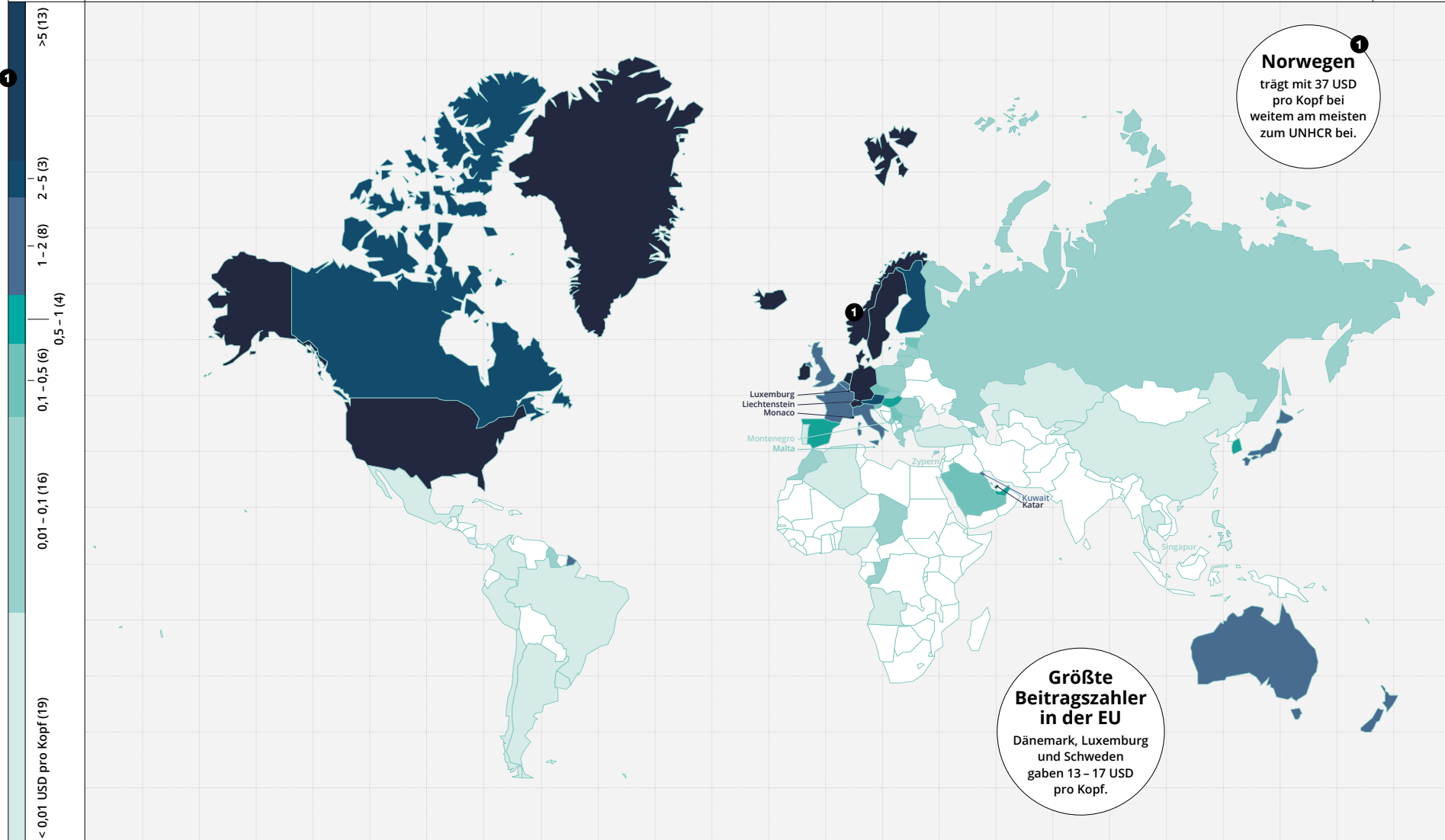
1
2
100 – 499 (7)
0,5 – 1 Mrd. (1)
> 1 Mrd. (1)
50 – 99 (4)
10 – 49 (8)
1 – 9 (12)
0,1 – 0,9 (28)
0,01 – 0,09 Mio. USD (13)





Pro-Kopf-Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2022

Die Karte veranschaulicht die Pro-Kopf-Beiträge für den Gesamthaushalt des UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) im Jahr 2021. Insgesamt 13 Länder gaben mehr als 5 USD pro Kopf, 6 davon waren EU-Länder. 76 % der Beiträge kamen von Regierungen und der EU, 21 % hingegen von privaten Gebern.

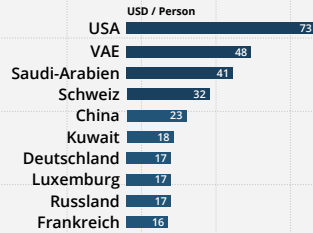




Herkunftsländer von internationalen Rücküberweisungen 2021

Im Jahr 2021 stiegen die internationalen Rücküberweisungen als Geld- oder Sachtransfers von Migranten an Familien oder Gemeinschaften in ihren Herkunftsländern um 10,2% und erreichten 781 Mrd. USD. Länder mit hohem Einkommen sind fast immer die Herkunftsländer von Rücküberweisungen. Seit Jahrzehnten werden die meisten Überweisungen aus den USA getätigt.

1 - 5 (16)
5 - 10 (11)
10 - 30 (10)
< 30 (4)



Bahamas
Bermuda
St. Kitts & Nevis
Antigua & Barbuda
Dominica
St. Lucia
Haiti
Jamaika
St. Vincent & die Grenadinen
Grenada
Trinidad & Tobago
Aruba
Curaçao
El Salvador
Belize

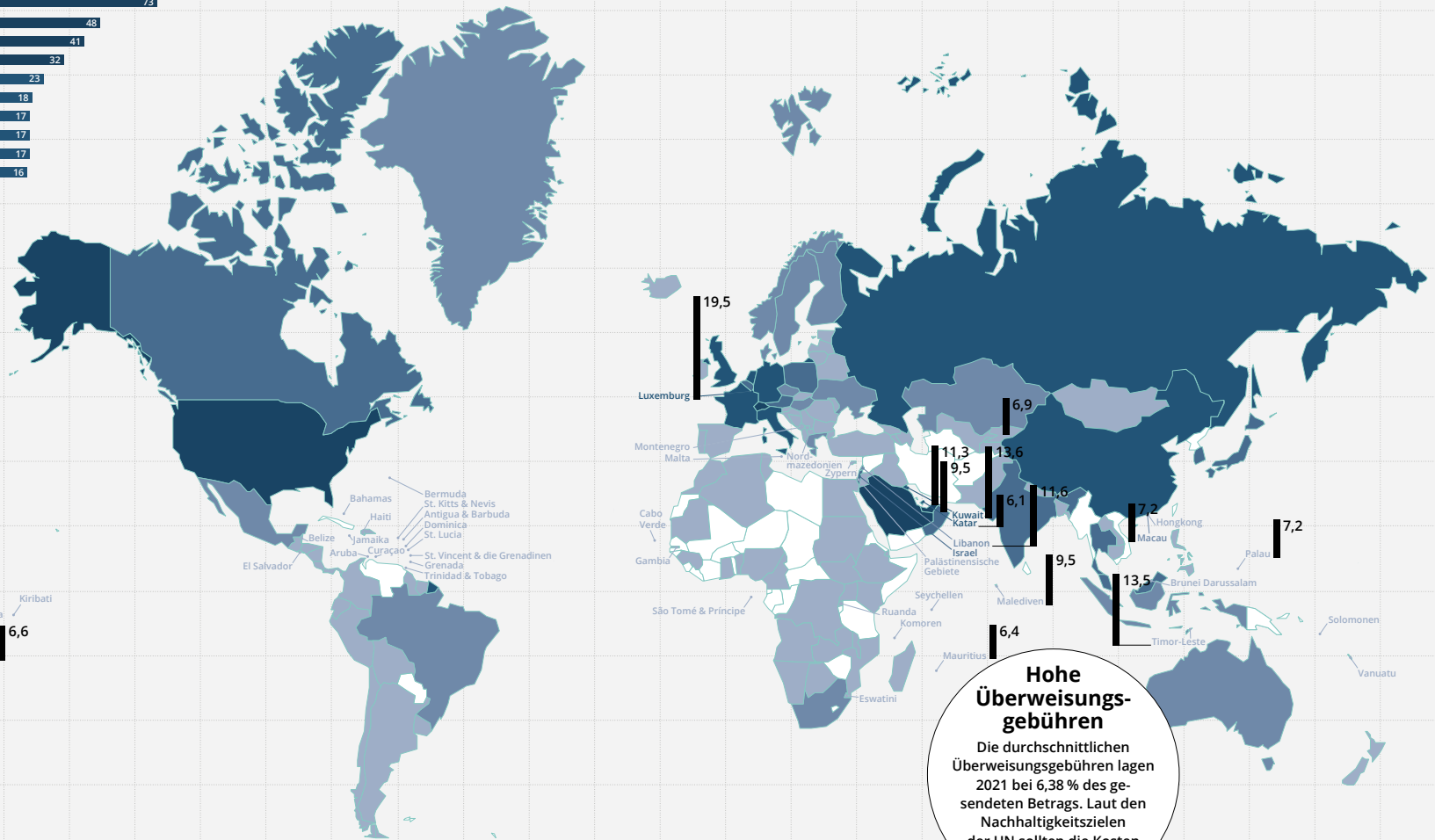
Tuvalu
Samoa
Kiribati
Fidschi
Tonga
6,6

37,8

Anteil am BIP im Jahr 2021 > 5%

< 1 Mrd. USD (117)

Keine Daten



Hohe Überweisungsgebühren
Die durchschnittlichen Überweisungsgebühren lagen 2021 bei 6,38% des gesendeten Betrags. Laut den Nachhaltigkeitszielen der UN sollten die Kosten weniger als 3% betragen.

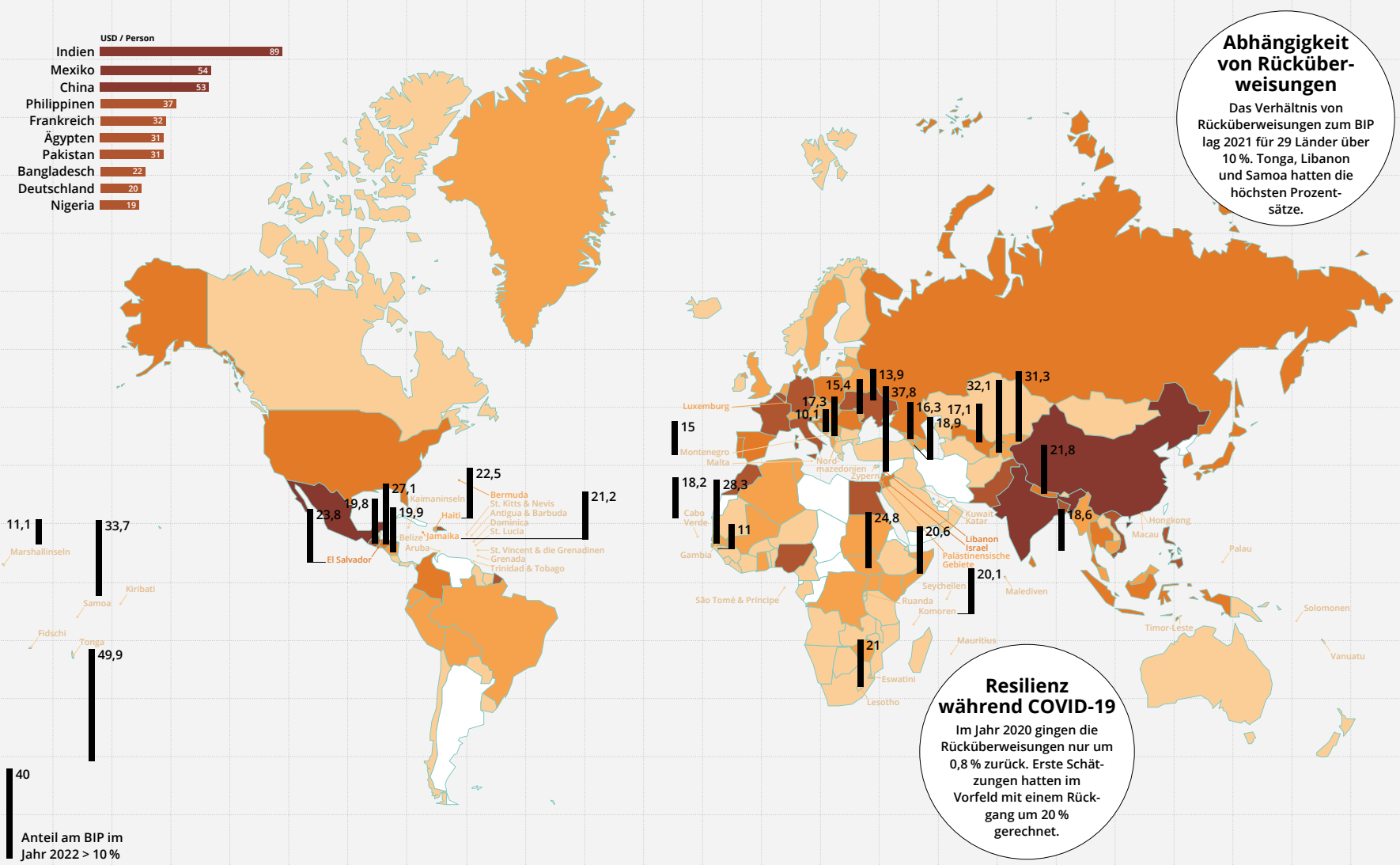


Zielländer für internationale Rücküberweisungen 2021

Im Jahr 2021 stiegen internationale Rücküberweisungen um 10,2% an und erreichten 781 Mrd. USD, das höchste Wachstum seit 2010. Für 2022 - 23 rechnet die Weltbank jedoch nur noch mit einstelligen Wachstumsraten. Seit Mitte der 1990er Jahre übertreffen internationale Rücküberweisungen das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe um ein Vielfaches.

< 1 Mrd. USD (91)
1 - 5 (46)
5 - 10 (20)
10 - 50 (14)
> 50 (3)

Land	USD / Person
Indien	89
Mexiko	54
China	53
Philippinen	37
Frankreich	32
Ägypten	31
Pakistan	31
Bangladesch	22
Deutschland	20
Nigeria	19



Abhängigkeit von Rücküberweisungen

Das Verhältnis von Rücküberweisungen zum BIP lag 2021 für 29 Länder über 10%. Tonga, Libanon und Samoa hatten die höchsten Prozentsätze.

Resilienz während COVID-19

Im Jahr 2020 gingen die Rücküberweisungen nur um 0,8% zurück. Erste Schätzungen hatten im Vorfeld mit einem Rückgang um 20% gerechnet.

Keine Daten
Anteil am BIP im Jahr 2022 > 10%

Handel in
Krisenzeiten

Inmitten zunehmender geopolitischer Spannungen neigen einige Beobachter dazu, die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) in der heutigen krisengeschüttelten Welt herunterzuspielen. Als einzige multilaterale und regelbasierte Handelsinstitution ist die WTO jedoch die Hüterin der wichtigsten Abkommen, die den weltweiten Handel mit Waren, Dienstleistungen und geistigem Eigentum regeln.

Pandemiebekämpfung

Die WTO spielte während der COVID-19-Pandemie eine wichtige Rolle und trug dazu bei, verschleierte protektionistische Maßnahmen zu ermitteln und die Verteilung von medizinischen Produkten zu verfolgen. Die Organisation war ebenfalls bei der Reaktion auf die Pandemie gefragt, als COVID-19-Impfstoffe verfügbar wurden. Über 60 WTO-Mitglieder forderten die vorübergehende Aussetzung bestimmter Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Übereinkommen) für COVID-19-Gesundheitsprodukte (sog. „TRIPS-Waiver“; S. 126 – 127). Dieser Vorschlag wurde unter anderem von der EU, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz und Japan abgelehnt, da sie nachhaltige negative Auswirkungen für Forschung und Entwicklung befürchteten. Die Offenlegung wissenschaftlicher Durchbrüche, die jahrelanger Forschung und erheblicher Investitionen bedürfen, würde das Vertrauen und die Anreize beschädigen, die zur Förderung dieser Art von Innovationen erforderlich seien. Bei der 12. Ministerkonferenz der WTO (MK12) wurde ein Kompromiss als Teil des „Genfer Pakets“ verkündet. Die angenommene Ausnahmeregelung gilt nur für Zutaten, welche der Herstellung von COVID-19-Vakzinen dienen, und schließt Therapeutika oder Diagnostika nicht mit ein. Die Verhandlungen über die Aussetzung der Patentrechte für letztere erweisen sich ebenfalls als mühsam – Ende 2022 war noch keine Lösung in Sicht.

Nachhaltiger
Handel

Die Verabschiedung des Übereinkommens über Fischeisubventionen ist ein weiterer Meilenstein der MK12. Die Annahme eines Vertrags zur Eindämmung schädlicher Subventionen und der Überfischung auf hoher See beendete

Vorläufige Lösung für
blockierte Streitbeilegung

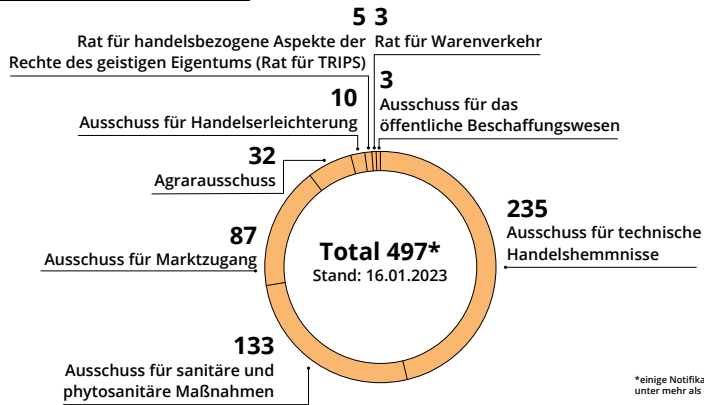
jahrzehntelange Verhandlungen. Das Abkommen betrifft auch Fragen der Nachhaltigkeit: Ein Thema, das angesichts der Rolle des Handels im Kampf gegen den Klimawandel zunehmend an Bedeutung für die WTO gewinnt. Nichtsdestotrotz sind wichtige Funktionen der WTO reformbedürftig. Zu den dringendsten Problemen gehören die unzureichenden Regeln für den Umgang mit staatskapitalistischen Praktiken und die Wiederherstellung der zweistufigen WTO-Streitbeilegung.

Die Streitbeilegungsfunktion - ein Grundpfeiler der WTO - wurde durch die Blockade der USA bei der Ernennung neuer Mitglieder für das Berufungsgremium ausgehöhlt. Deshalb können Einsprüche gegen Entscheidungen des Streitbeilegungsgremiums derzeit nicht bearbeitet werden. Die Blockade ist das Ergebnis der Unzufriedenheit Washingtons mit Entscheidungen des Gremiums und mit der Art und Weise, wie es seine Aufgaben wahrnimmt. Sie ist auch ein Mittel, um ihre Forderung nach grundlegenden WTO-Reformen zu unterstreichen. Angesichts des ausgesetzten Berufungsgremiums richteten 47 WTO-Mitglieder im Jahr 2020 die Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA) als vorübergehende zweite Instanz ein (S. 132 – 133). Die MPIA steht allen WTO-Mitgliedern offen und soll nur bis zur Wiedereinrichtung des Berufungsgremiums in Kraft bleiben. Im Januar 2023 waren bereits zwei MPIA-Streitfälle abgeschlossen, und drei weitere Fälle wurden ohne MPIA-Berufung beigelegt.

Koalition der
Willigen

Vor dem Hintergrund der zunehmend schwierigen Konsensfindung in der WTO versuchen einige Mitglieder, im Rahmen von „Koalitionen der Willigen“, in bestimmten Themenbereichen voranzukommen. Laut Handelsexperten wurden bisher bis zu 18 plurilaterale Abkommen (einschl. in GATT) initiiert. Bei der 11. Ministerkonferenz in Buenos Aires 2017 riefen WTO-Mitglieder fünf neue plurilaterale Verhandlungen ins Leben (S. 130 – 131). Von den 164 WTO-Mitgliedern nehmen nur 14 Staaten nicht an mindestens einer der plurilateralen Verhandlungen von 2017 teil, wobei Indien und Südafrika zu den entschiedensten Gegnern plurilateraler Verhandlungen gehören.

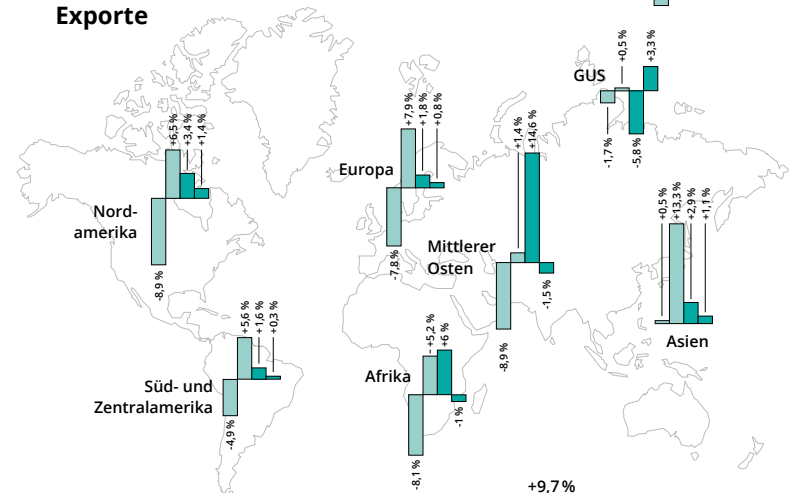
Notifikationen von WTO Mitgliedern bzgl. COVID-19, nach Art



*einige Notifikationen fallen unter mehr als eine Kategorie

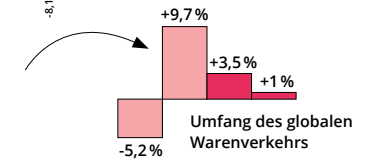
Aufkommen des Warenverkehrs (inkl. Projektionen für 2022 und 2023)

Exporte

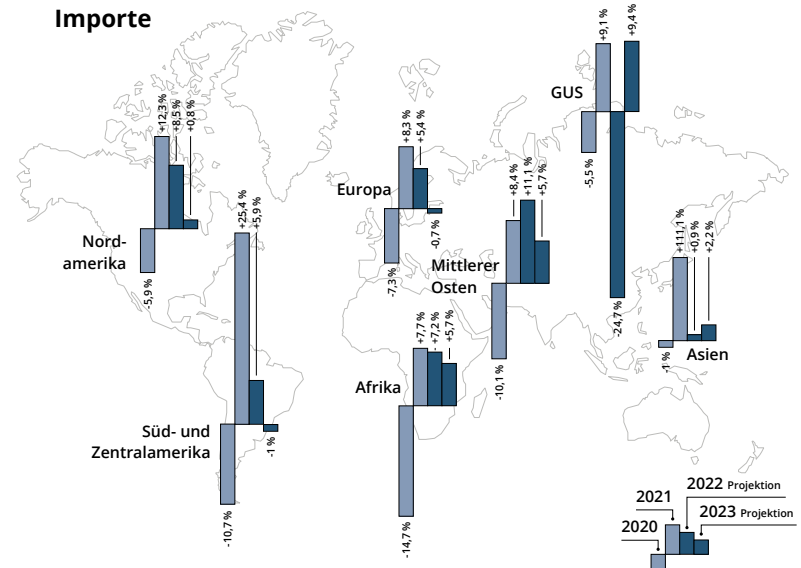


Der globale Warenverkehr

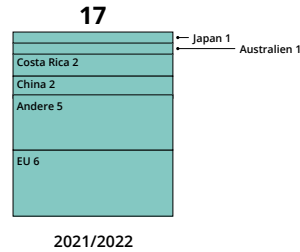
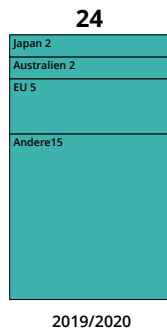
erwies sich als resilient und stieg nach dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie in 2020 wieder stark an.



Importe



WTO Streitfälle 2019/2020 - 2021/2022 nach Kläger



WTO Streitfälle 2019/2020 - 2021/2022 nach Beklagtem





Mitglieder der Welthandelsorganisation

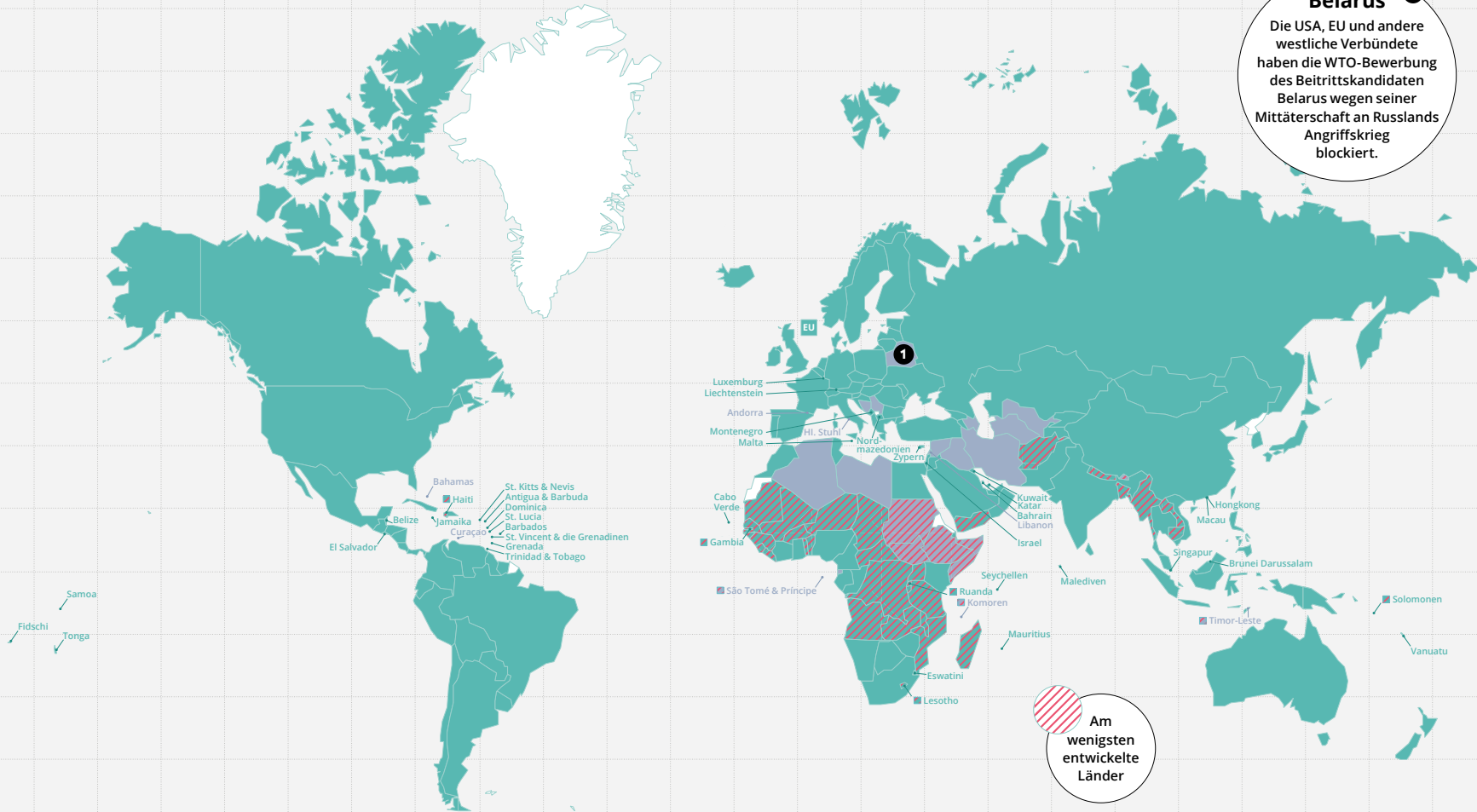
Die Welthandelsorganisation (WTO) mit Sitz in Genf befasst sich mit der Regulierung des internationalen Handels. Sie hat 164 Mitglieder und 25 Beobachter, die ebenfalls eine Mitgliedschaft anstreben. Neben den Nationalstaaten können auch Zollgebiete mit Außenbeziehungen Mitglieder sein.

WTO-Beobachter (25)

1

Belarus 1

Die USA, EU und andere westliche Verbündete haben die WTO-Bewerbung des Beitrittskandidaten Belarus wegen seiner Mittäterschaft an Russlands Angriffskrieg blockiert.



Am
wenigsten
entwickelte
Länder

WTO-Mitglieder (164)



Regionale Verhandlungsgruppen der WTO

Viele WTO-Mitglieder stimmen sich innerhalb von Verhandlungsgruppen ab, um mit einer Stimme oder über einen Vertreter aufzutreten. Die Gruppen können themenspezifisch oder allgemeiner Natur sein. Einige Verhandlungsgruppen umfassen WTO-Beobachter und/oder Nicht-Mitglieder. Die Karte bildet beispielhaft vier aktive Verhandlungsgruppen ab.

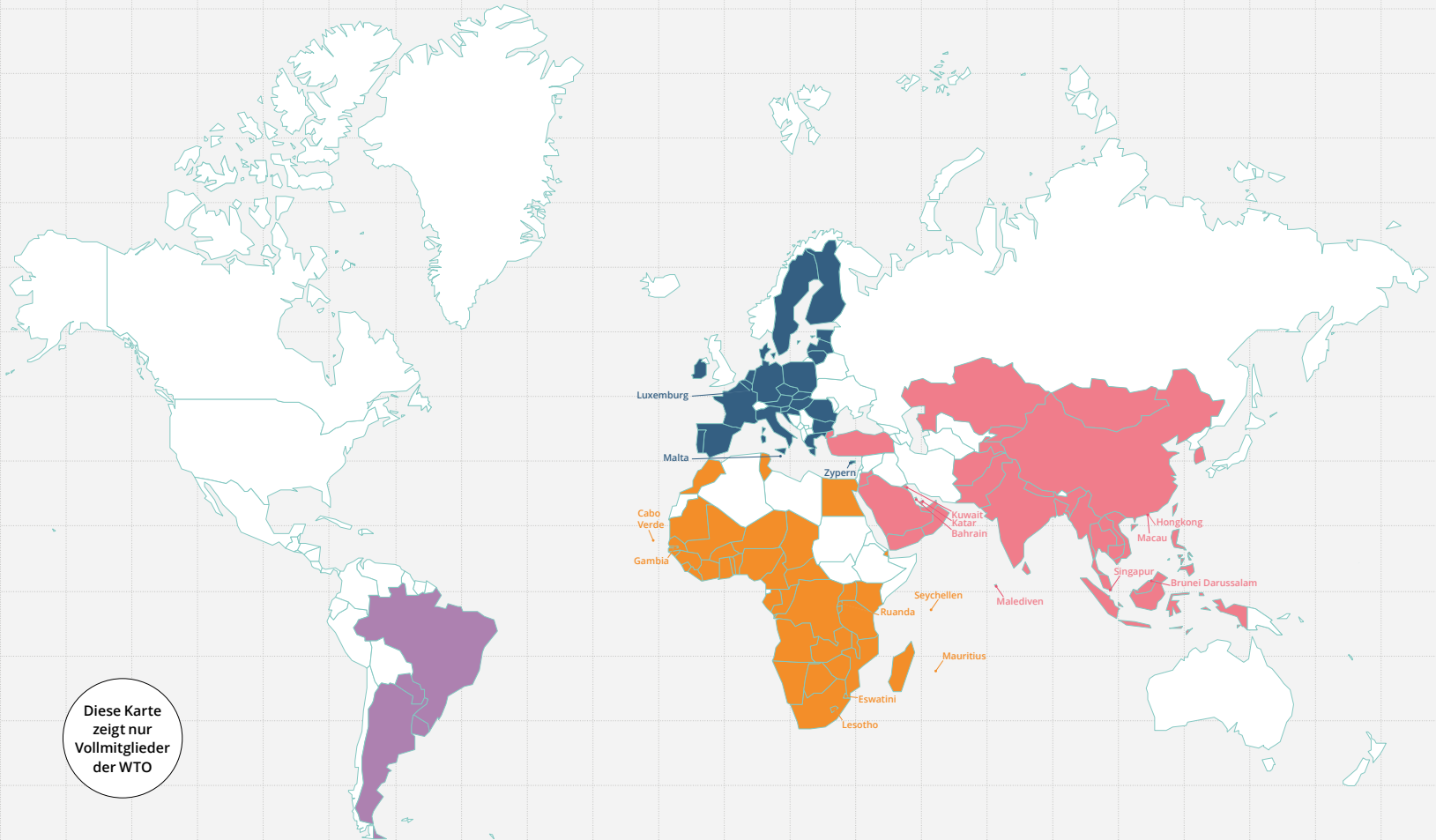
Afrikanische Gruppe (44)

Asiatische sich entwickelnde Mitglieder (35)

EU (27)

Mercosur (4)

Diese Karte zeigt nur Vollmitglieder der WTO



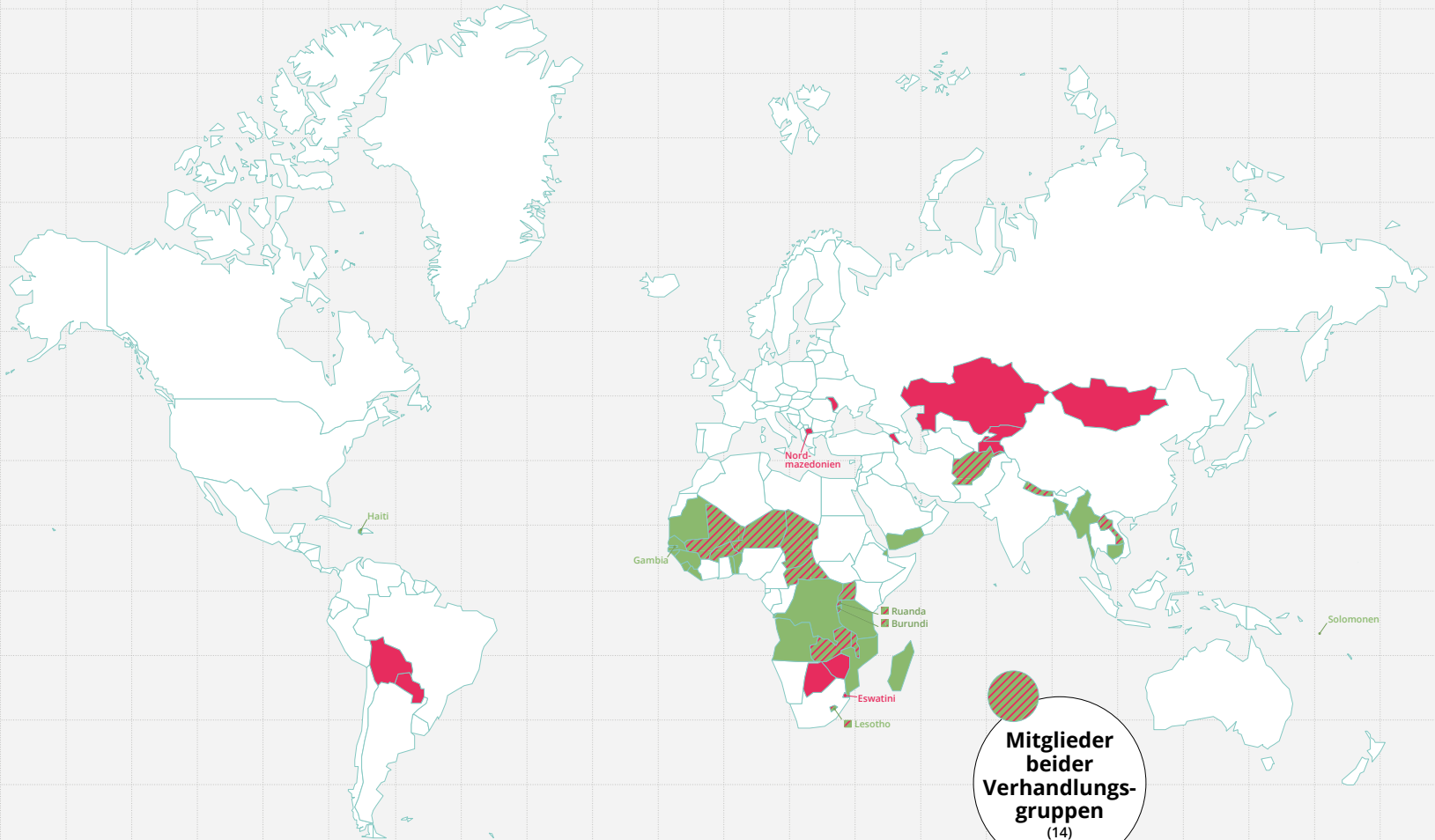


Verhandlungsgruppen von Entwicklungsländern in der WTO

Viele WTO-Mitglieder stimmen sich innerhalb von Verhandlungsgruppen ab, um mit einer Stimme oder über einen Vertreter aufzutreten. Die Zusammensetzung der WTO-Verhandlungsgruppen kann im Vergleich zu ihren UN-Pendants variieren. Bei der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) legt die WTO jedoch dieselben Mitglieder zu Grunde wie die UN.

LDCs (35)

Binnenentwicklungsländer (26)





Unterstützer einer TRIPS-Ausnahmeregelung für COVID-19 Vakzine

Zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie forderten im Jahr 2021 mehr als 60 WTO-Mitglieder und Beobachter die Aussetzung der Rechte auf geistiges Eigentum („TRIPS-Waiver“), um die „weltweite Produktion von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika“ zu diversifizieren. Bei der WTO-Ministerkonferenz im Juni 2022 einigten sich die Mitglieder auf einen begrenzten Kompromiss.

Initiator, WTO-Mitglied (2)

Unterzeichner, WTO-Mitglied (62)

Unterzeichner, WTO-Mitglied (11)
Unterzeichner, kein WTO-Mitglied (3)

Diese Karte

bezieht sich lediglich auf die Unterzeichner des Vorschlags und berücksichtigt nicht diejenigen Staaten, die den Vorschlag lediglich öffentlich unterstützen.

Die Mitglieder

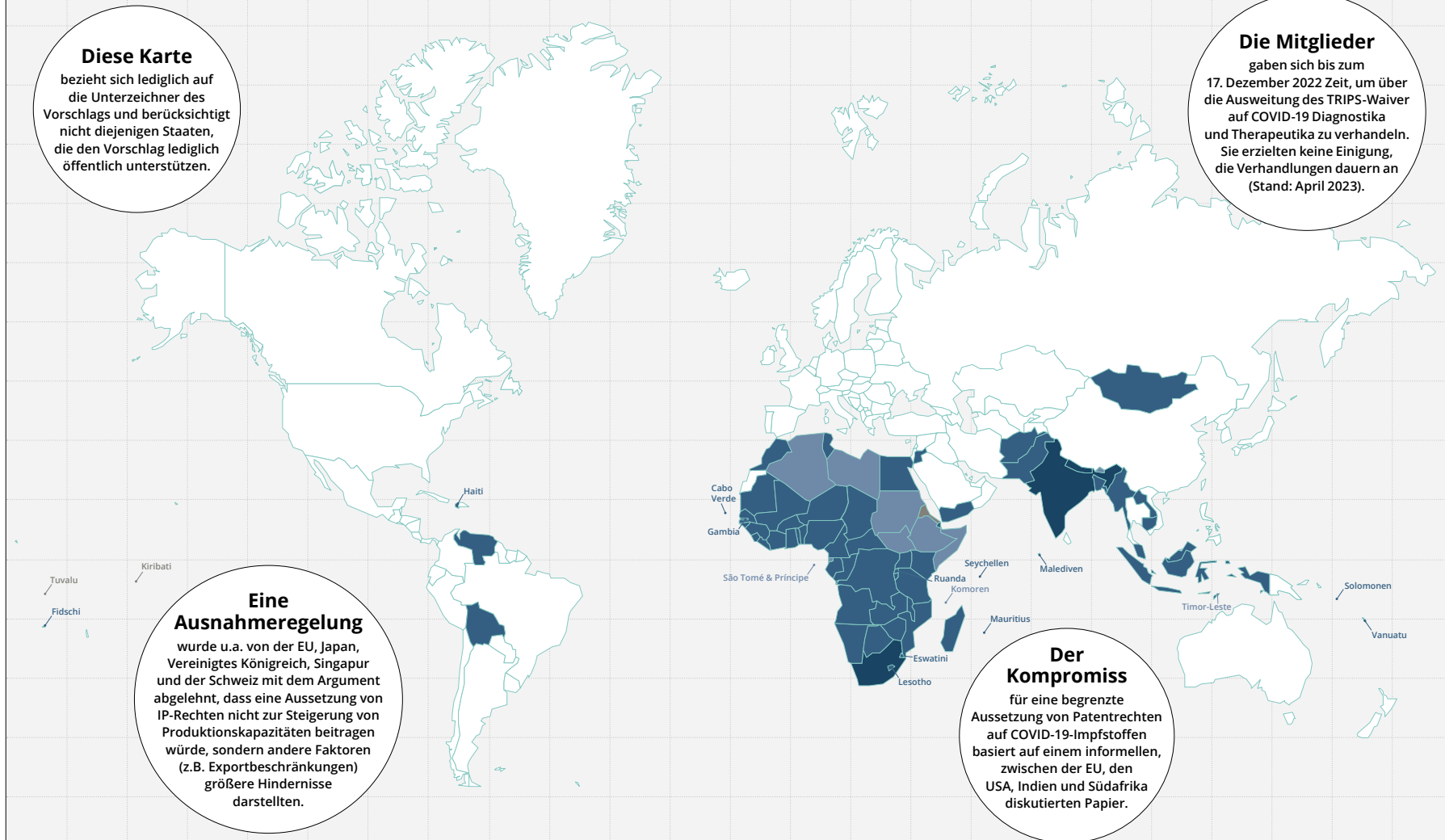
gaben sich bis zum 17. Dezember 2022 Zeit, um über die Ausweitung des TRIPS-Waiver auf COVID-19 Diagnostika und Therapeutika zu verhandeln. Sie erzielten keine Einigung, die Verhandlungen dauern an (Stand: April 2023).

Eine Ausnahmeregelung

wurde u.a. von der EU, Japan, Vereinigtes Königreich, Singapur und der Schweiz mit dem Argument abgelehnt, dass eine Aussetzung von IP-Rechten nicht zur Steigerung von Produktionskapazitäten beitragen würde, sondern andere Faktoren (z.B. Exportbeschränkungen) größere Hindernisse darstellten.

Der Kompromiss

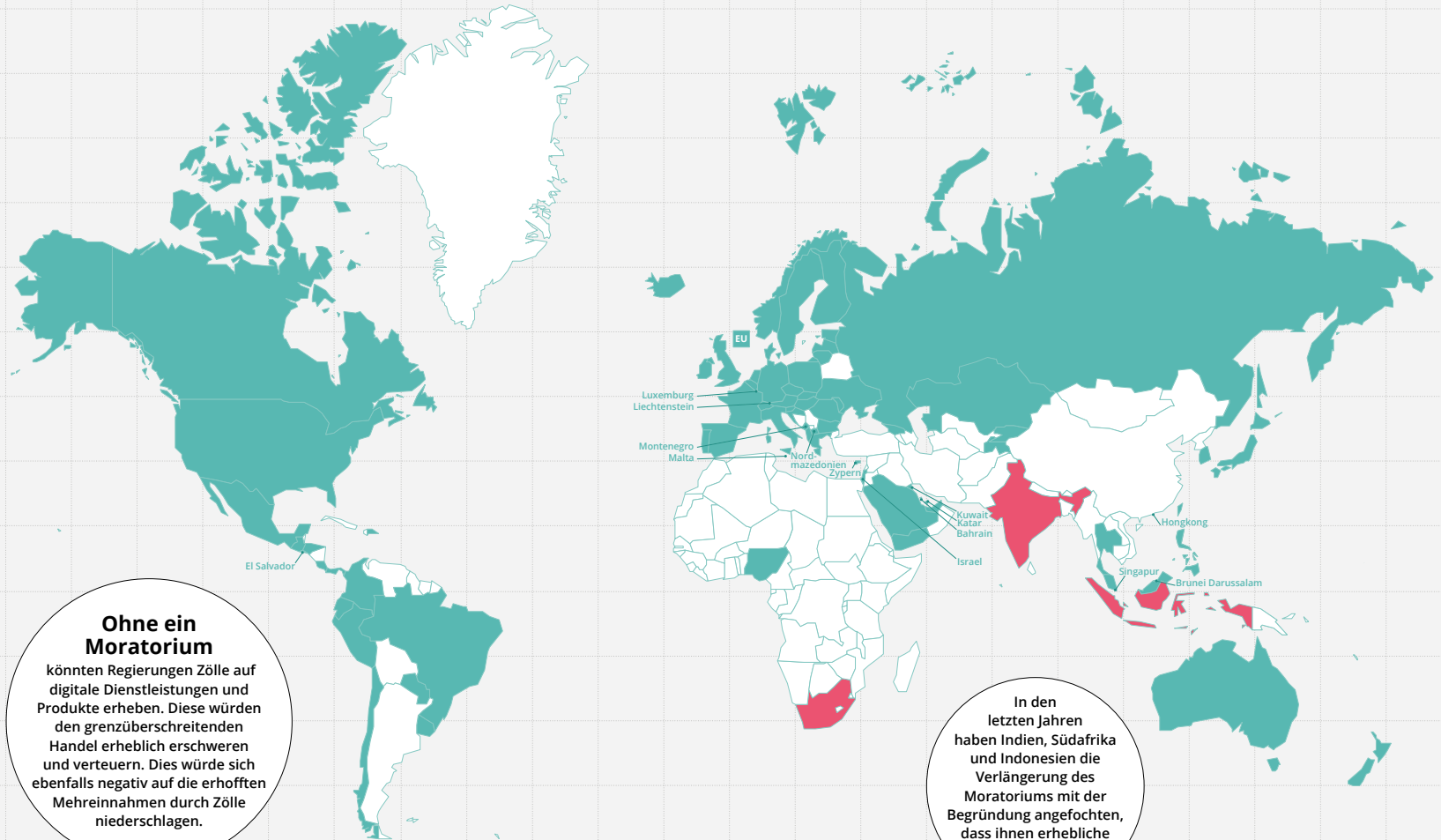
für eine begrenzte Aussetzung von Patentrechten auf COVID-19-Impfstoffen basiert auf einem informellen, zwischen der EU, den USA, Indien und Südafrika diskutierten Papier.



Arbeitsprogrammvorschlage zu elektronischem Handel (inkl. Moratorium)

Bei der 12. WTO-Ministerkonferenz verständigten sich die Mitglieder auf eine Verlängerung des Arbeitsprogramms für elektronischen Geschäftsverkehr einschließlich des Moratoriums für Zölle auf elektronische Übertragungen. Das seit 1998 bestehende Moratorium wurde bereits mehrfach verlängert. Die Karte zeigt die Befürworter der konkurrierenden Vorschläge.

Gegner (3)



Ohne ein Moratorium

könnten Regierungen Zölle auf digitale Dienstleistungen und Produkte erheben. Diese würden den grenzüberschreitenden Handel erheblich erschweren und verteuern. Dies würde sich ebenfalls negativ auf die erhofften Mehreinnahmen durch Zölle niederschlagen.

In den letzten Jahren haben Indien, Südafrika und Indonesien die Verlängerung des Moratoriums mit der Begründung angefochten, dass ihnen erhebliche Zolleinnahmen entgingen.

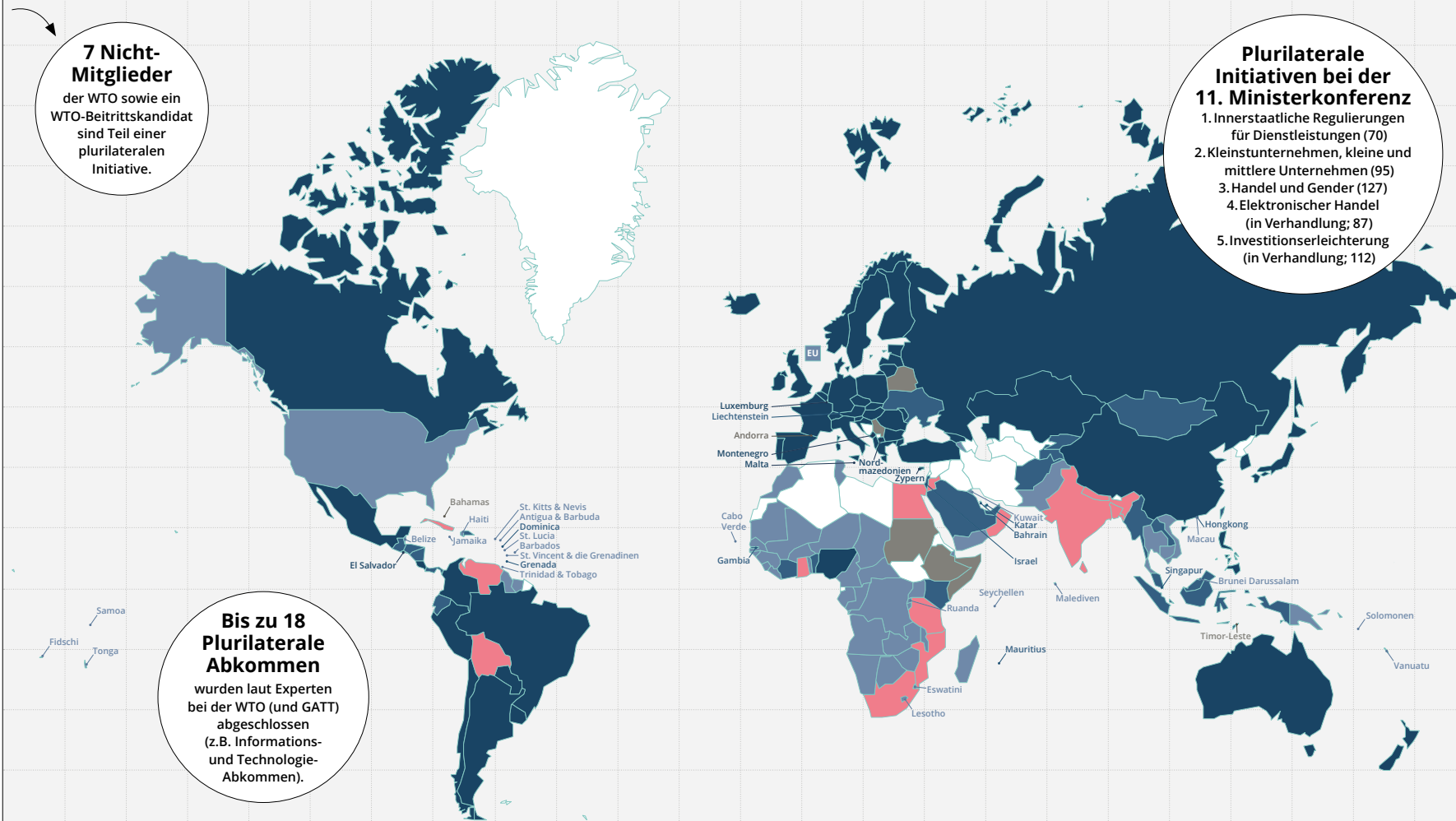
Befürworter (78)



Mitgliedschaft von WTO-Mitgliedern an plurilateralen Initiativen

Plurilaterale Initiativen werden von einem Teil der WTO-Mitglieder bei Themen initiiert, bei denen nicht alle WTO-Mitglieder verhandlungsbereit sind. Diese Gruppen stehen in der Regel allen Mitgliedern offen und unterliegen dem Prinzip der Meistbegünstigung (MFN). Nachstehend sind fünf plurilaterale Initiativen aufgeführt, die 2017 bei der MK11 lanciert wurden.

0 Plurilaterale Initiativen/JSI (14)
1 – 2 Plurilaterale Initiativen/JSI (14)
3 – 4 Plurilaterale Initiativen/JSI (62)
5 Plurilaterale Initiativen/JSI (31)
6 Plurilaterale Initiativen/JSI (57)
Beobachter (8)





Abkommen über eine Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA)

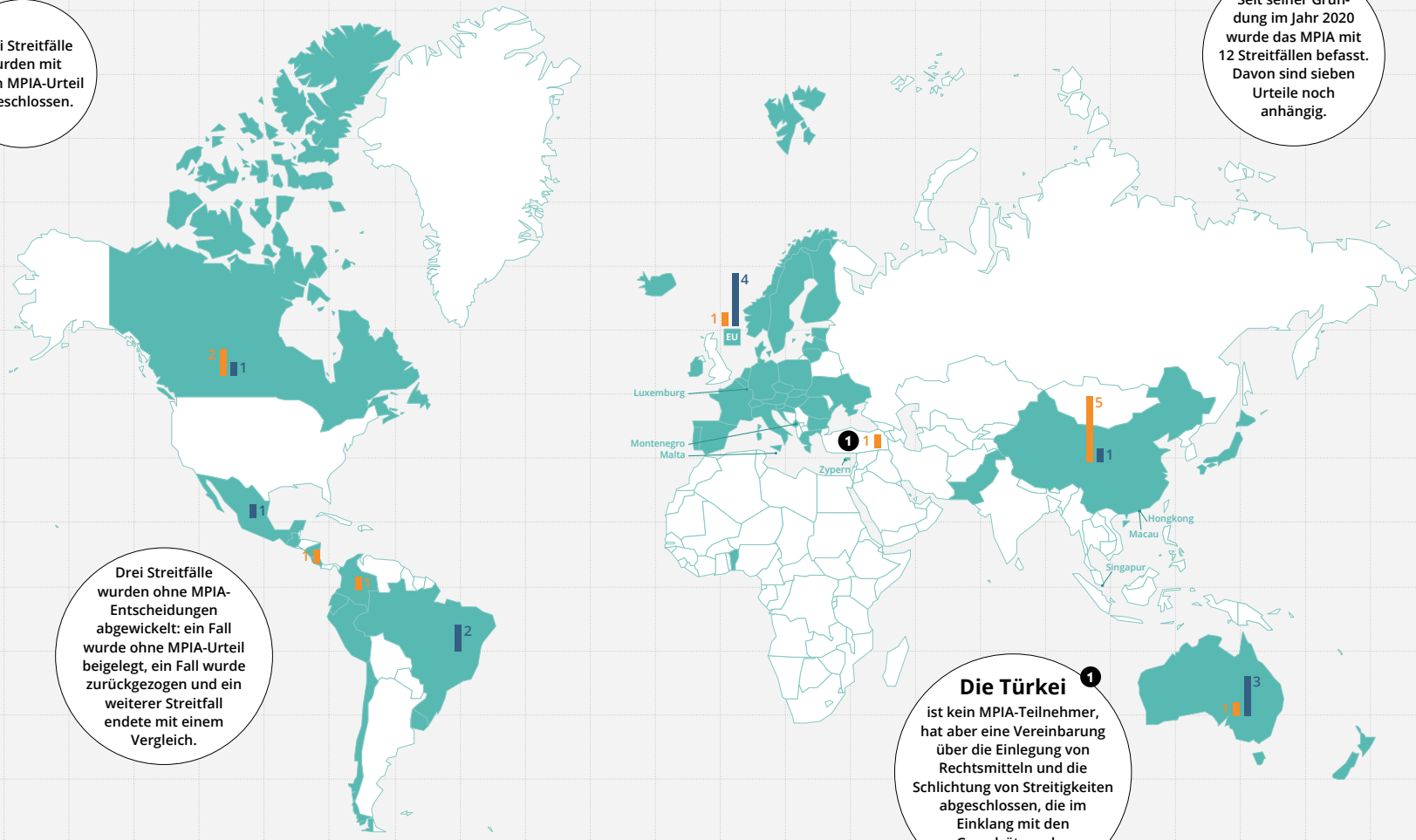
Im April 2020 schufen 47 WTO-Mitglieder die Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA) als zweite Instanz für die Beilegung von WTO-Streitigkeiten, solange das WTO-Berufungsgremium nicht außer Kraft ist. Stand März 2023 gehören 52 Mitglieder dem MPIA an. Es steht allen WTO-Mitgliedern offen.

Zwei Streitfälle wurden mit einem MPIA-Urteil abgeschlossen.

Seit seiner Gründung im Jahr 2020 wurde das MPIA mit 12 Streitfällen befasst. Davon sind sieben Urteile noch anhängig.

Drei Streitfälle wurden ohne MPIA-Entscheidungen abgewickelt: ein Fall wurde ohne MPIA-Urteil beigelegt, ein Fall wurde zurückgezogen und ein weiterer Streitfall endete mit einem Vergleich.

Die Türkei ist kein MPIA-Teilnehmer, hat aber eine Vereinbarung über die Einlegung von Rechtsmitteln und die Schlichtung von Streitigkeiten abgeschlossen, die im Einklang mit den Grundsätzen des MPIA steht.





Gemeinsame Erklärung zum Erhalt von Ernährungssicherheit

In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg und der damit verbundenen Nahrungsmittelkrise präsentierte das Vereinigte Königreich im Namen von 51 WTO-Mitgliedern eine gemeinsame Erklärung. Sie bekunden ihre Solidarität mit der Ukraine und appellieren an die Mitglieder, Lebensmittel- und Agrarmärkte offen zu halten, um Ernährungsunsicherheit zu verringern.

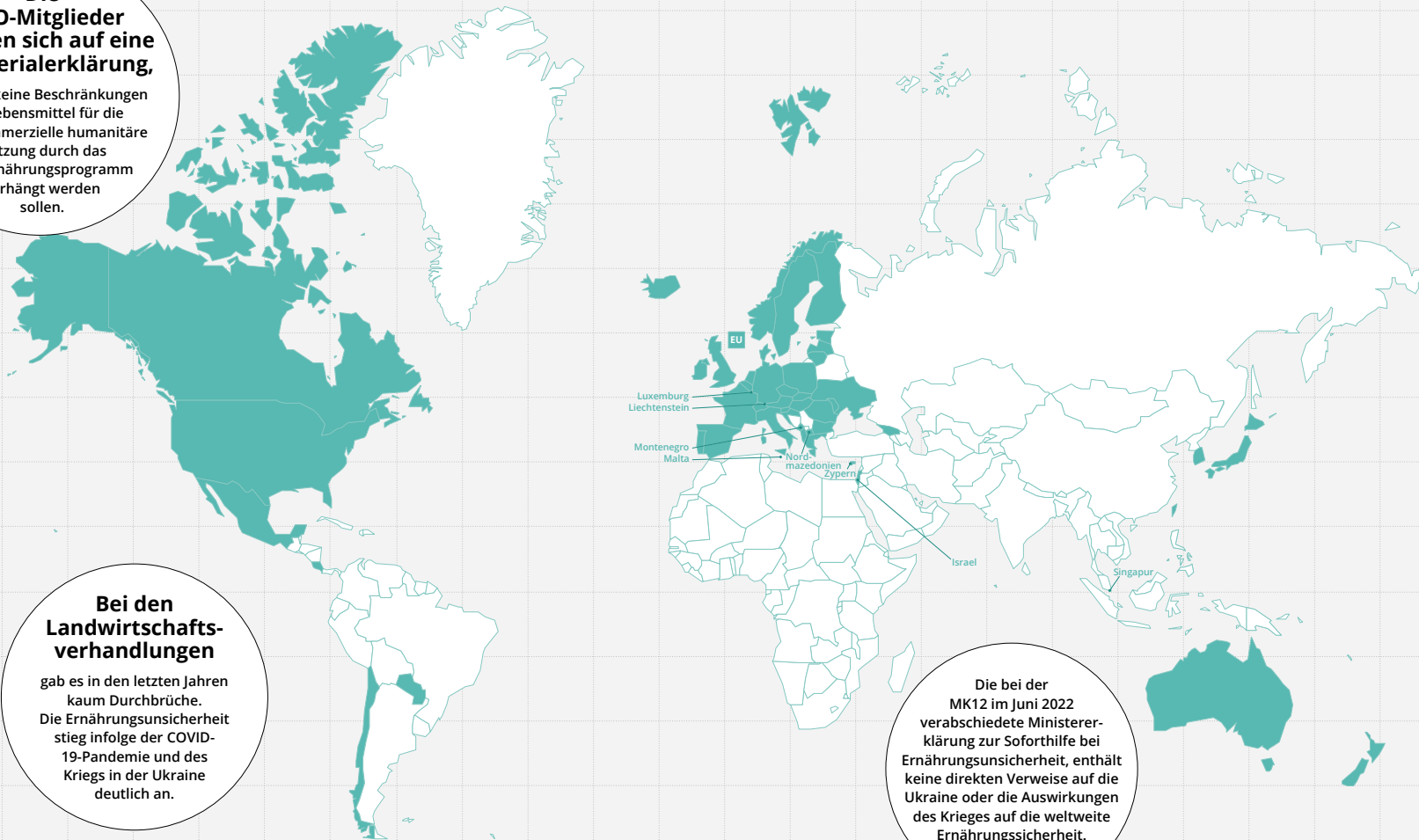
Die WTO-Mitglieder einigten sich auf eine Ministerialerklärung,

wonach keine Beschränkungen auf Lebensmittel für die nichtkommerzielle humanitäre Nutzung durch das Welternährungsprogramm verhängt werden sollen.

Bei den Landwirtschaftsverhandlungen

gab es in den letzten Jahren kaum Durchbrüche. Die Ernährungsunsicherheit stieg infolge der COVID-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine deutlich an.

Die bei der MK12 im Juni 2022 verabschiedete Ministererklärung zur Soforthilfe bei Ernährungsunsicherheit, enthält keine direkten Verweise auf die Ukraine oder die Auswirkungen des Krieges auf die weltweite Ernährungssicherheit.





Genf ist ein digital- und technologiepolitisch bedeutender Ort. In der Stadt finden derzeit Verhandlungen statt, die von der Regulierung letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) über die Entwicklung technischer Standards für künstliche Intelligenz (KI) bis hin zu einem möglichen (plurilateralen?) Abkommen über elektronischen Handel reichen (S. 128 – 129). Kurzum, digitale Themen überwinden die Silos internationaler Organisationen, da fast alle Bereiche von digitalen Veränderungen betroffen sind.

Unter den zahlreichen internationalen Organisationen befindet sich in Genf das globale Forum für geistiges Eigentum (IP): die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO). Diese spezialisierte UN-Agentur – bekannt für die jährliche Veröffentlichung ihres Globalen Innovationsindex (S. 154 – 155) – gestaltet internationale Regeln und Strategien für geistiges Eigentum, bietet Dienstleistungen im Zusammenhang mit geistigem Eigentum an (z.B. Patente und Marken) und kann als Streitbeilegungsstelle in Fragen von geistigem Eigentum auftreten. Der Schutz von Erfindungen und Ideen ist von grundlegender Bedeutung für die Förderung von Innovationen und neuen Technologien.

In Genf befindet sich auch die UN-Sonderorganisation für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die u.a. für die Zuweisung von Funkfrequenzen und Satellitenbahnen zuständig ist, internationale IKT-Normen entwickelt und Bestrebungen zur Überwindung der digitalen Kluft(en) koordiniert. Aufgrund der organisationellen Entscheidungsstrukturen, die stark von Mitgliedstaaten geprägt sind, wird sie von Befürwortern des Multistakeholder-Modells der Internet Governance häufig kritisiert. Diese zeigen sich besorgt darüber, dass Staaten wie China und Russland versuchen, die dezentrale Architektur des globalen Internets zu verändern (z.B. NewIP) und potenziell schädliche Technologien zu legitimieren (z.B. Gesichtserkennungsstandards). Solche Umgestaltungen könnten schwerwiegende Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Grundfreiheiten und Menschenrechten im Internet haben.

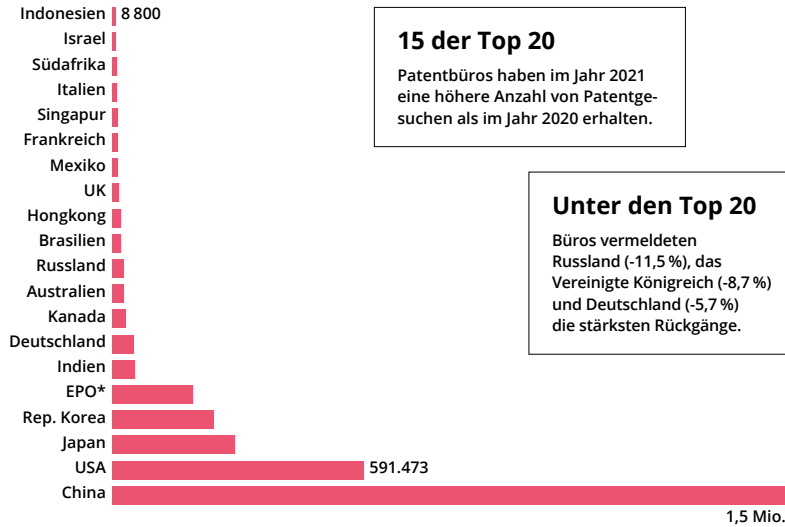
Neben der ITU gibt es zwei weitere internationale Normungsorganisationen mit Sitz in Genf: die Internationale Organisation für Normung (ISO) und die Internationale Elektrotechnische Kommission (IEC). Der Rückzug vieler europäischer und westlicher Unternehmen und nationaler Ressourcen aus diesen internationalen Normungsgremien im letzten Jahrzehnt spiegelt sich in der vergleichsweise geringen Anzahl von Führungspositionen in (ITU-)Studienkommissionen wider, in denen neue Normen entwickelt werden (S. 146 – 147).

Die Aufstockung des ITU-Budgets um 3,9 Mio. USD pro Jahr und die beträchtlichen Zusagen in Höhe von 29,74 Mrd. USD für die Partner2Connect-Digitalkoalition zur Förderung umfassender Konnektivität und des digitalen Wandels auf der ganzen Welt, unterstreichen das Engagement der Beitragszahler für die Überwindung der digitalen Kluft(en) (S. 142 – 143).

Aus den schwierigen Verhandlungen über das Aktionsprogramm (PoA; S. 148 – 149) zur Förderung eines verantwortungsvollen staatlichen Verhaltens bei der Nutzung von IKT im Kontext internationaler Sicherheit lässt sich ableiten, dass es noch immer keinen allumfassenden Konsens über Normen für das Verhalten von Staaten im Internet gibt. Obwohl das Programm vom Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung in New York verabschiedet wurde, fanden in Genf zahlreiche Konsultationen und Hintergrundgespräche statt. Einige Verhandlungspartner waren sich über die Frage der Beteiligung mehrerer Interessengruppen uneins und unterstützten die Resolution daher nicht. Das neue Gremium wird 2025 – 2026 im Anschluss an das zweite Mandat der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (OEWG) für die Sicherheit von und bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (2021 – 2025) eingerichtet.

Die jüngsten geopolitischen Spannungen haben erneut Besorgnis über die Fragmentierung des Internets und sogenannte „Splinternets“ ausgelöst. Daher verdoppeln eine Reihe von Akteuren und Staaten ihre Bemühungen zur Förderung eines offenen, freien und vernetzten Internets (S. 152 – 153).

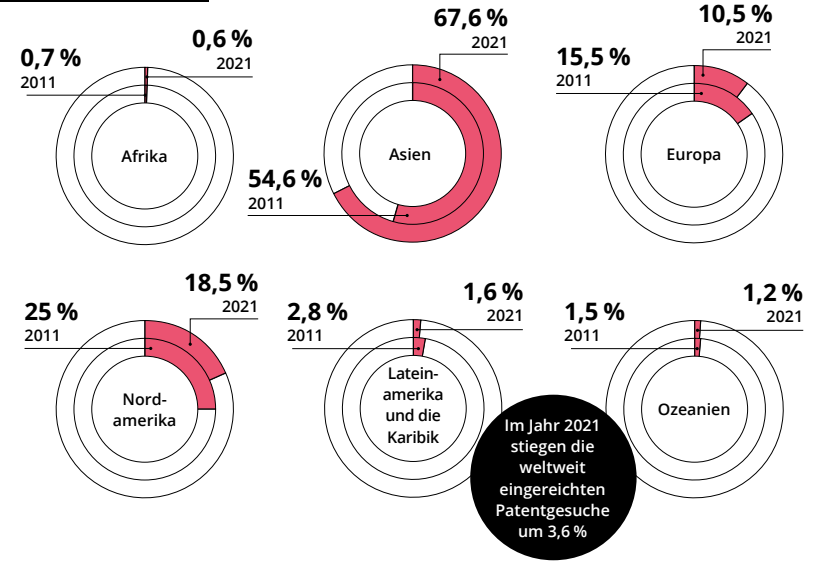
Patentgesuche der Top 20 Patentbüros, 2021



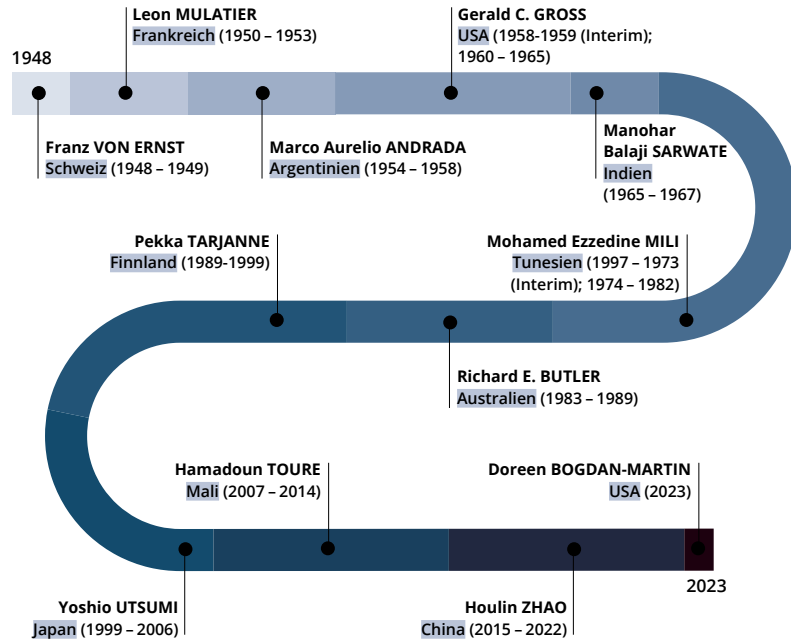
15 der Top 20
Patentbüros haben im Jahr 2021 eine höhere Anzahl von Patentgesuchen als im Jahr 2020 erhalten.

Unter den Top 20
Büros vermeldeten Russland (-11,5 %), das Vereinigte Königreich (-8,7 %) und Deutschland (-5,7 %) die stärksten Rückgänge.

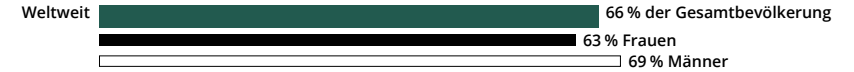
Patentgesuche nach Region



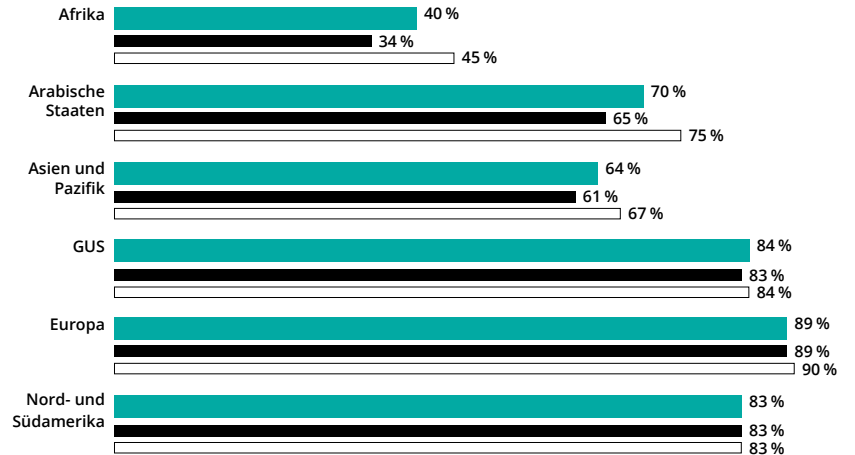
ITU-Generalsekretäre seit 1948



Prozentualer Anteil von Internetnutzern und -nutzerinnen und die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern, 2022



„Heute nutzen schätzungsweise 5,3 Milliarden Menschen, also 66 Prozent der Weltbevölkerung, das Internet [...] damit sind 2,7 Milliarden Menschen offline.“





ITU-Mitgliedstaaten nach Regionalgruppen und Sitzen im ITU-Rat

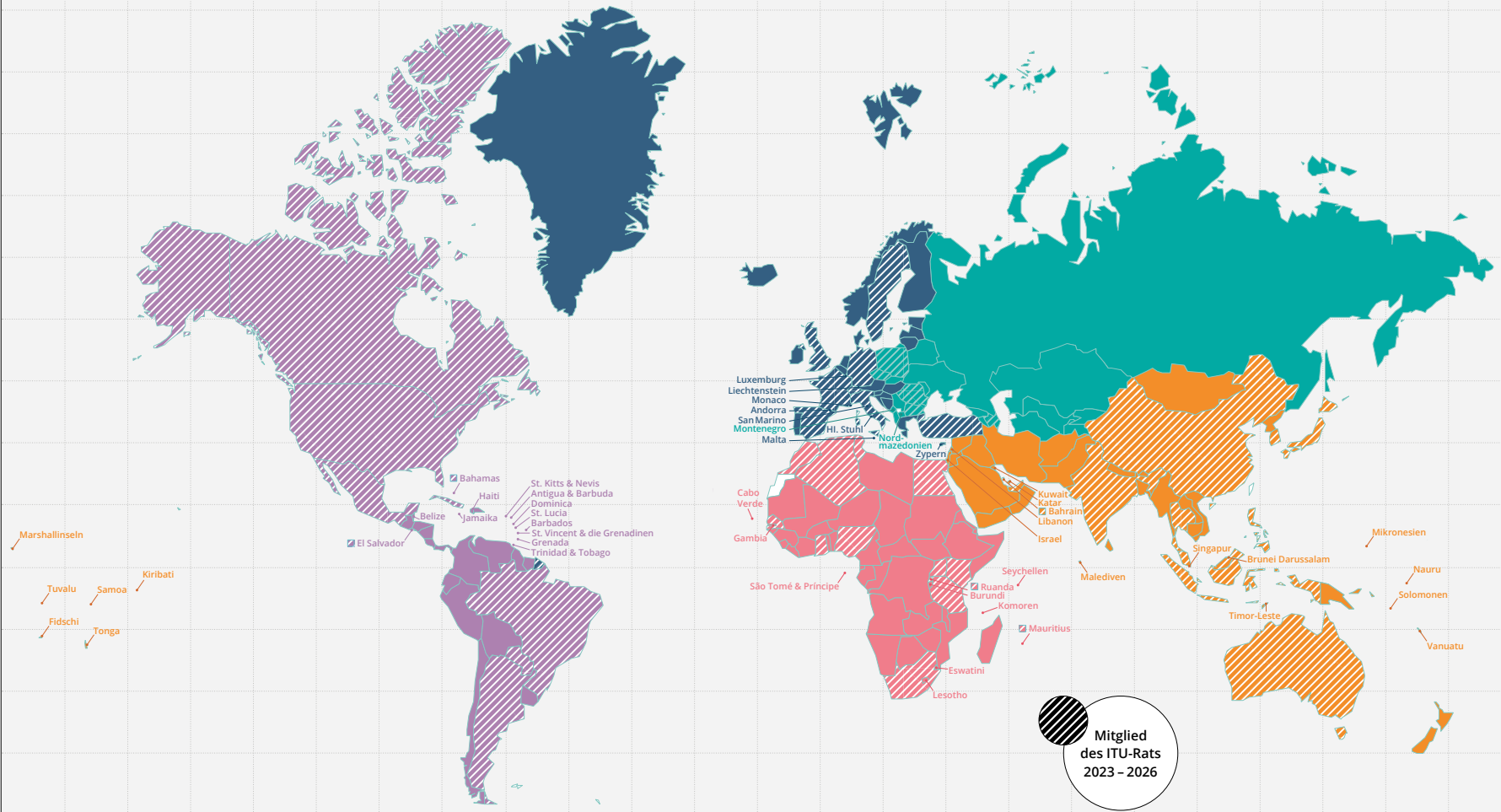
Die 193 UN-Mitgliedstaaten sind auch Teil der Internationalen Fernmeldeunion (ITU). Sie sind in fünf Regionen unterteilt. Der ITU-Rat ist das höchste Leitungsgremium der ITU. Er setzt sich aus 48 Mitgliedstaaten zusammen, die alle vier Jahre auf der Bevollmächtigtenkonferenz gewählt werden.

E (Asien und Australasien) (50)

D (Afrika) (54)

C (Osteuropa und Nordasien) (21)

Region A (Amerika) (35)
B (Westeuropa) (33)



**Mitglied
des ITU-Rats
2023 – 2026**

- Marshallinseln
- Tuvalu
- Fidschi
- Samoa
- Kiribati
- Tonga
- Bahamas
- El Salvador
- Haiti
- Jamaika
- St. Kitts & Nevis
- Antigua & Barbuda
- Dominica
- St. Lucia
- Barbados
- St. Vincent & die Grenadinen
- Grenada
- Trinidad & Tobago

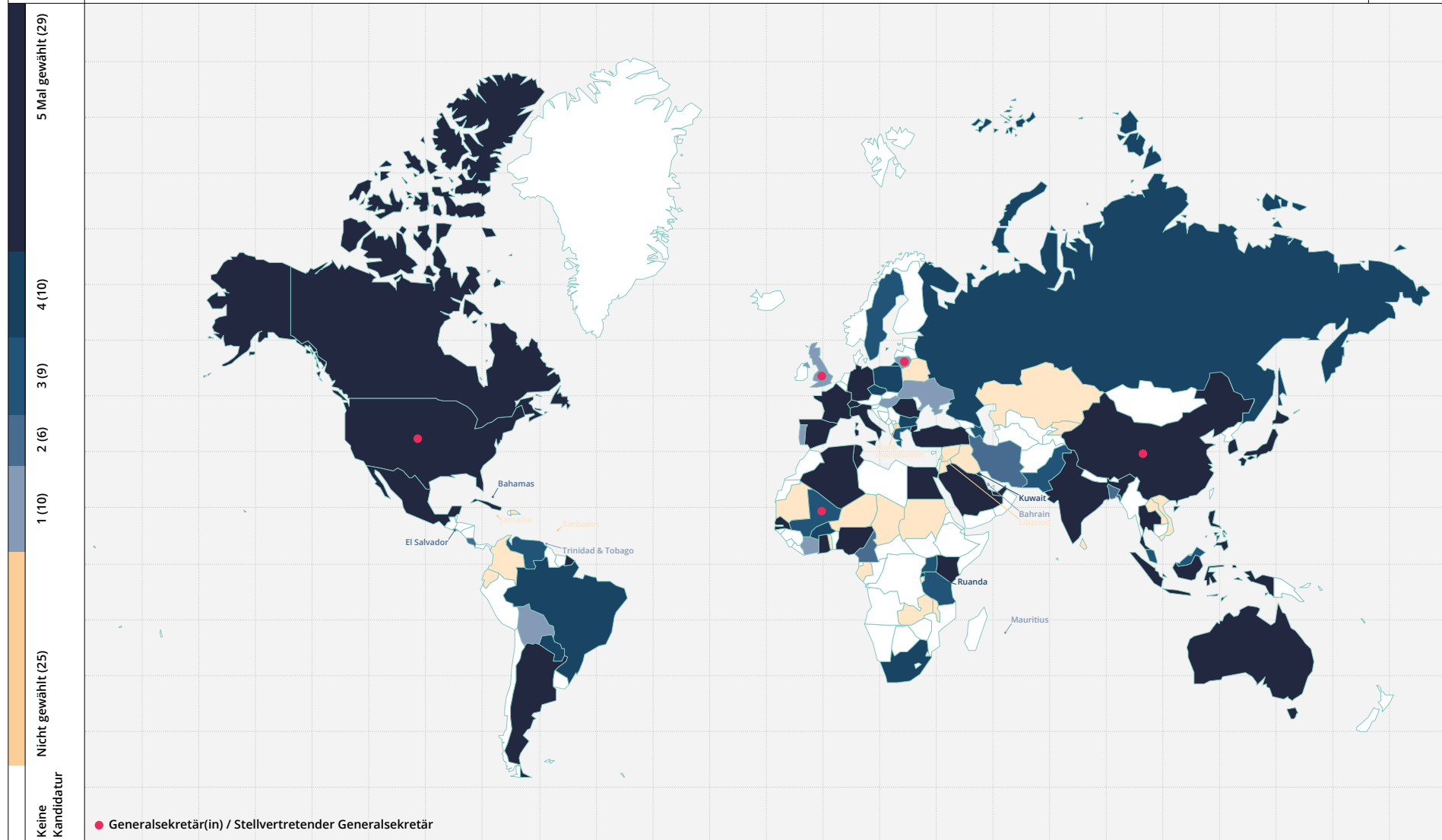
- Luxemburg
- Liechtenstein
- Monaco
- Andorra
- San Marino
- Montenegro
- Malta
- Hi. Stuhl
- Nordmazedonien
- Zypern

- Cabo Verde
- Gambia
- São Tomé & Príncipe
- Ruanda
- Burundi
- Komoren
- Eswatini
- Lesotho
- Mauritius
- Seychellen
- Kuwait
- Katar
- Bahrain
- Libanon
- Israel
- Malediven
- Singapur
- Brunei Darussalam
- Timor-Leste
- Mikronesien
- Nauru
- Solomonen
- Vanuatu



ITU-Ratsmitgliedschaft 2006 – 2026

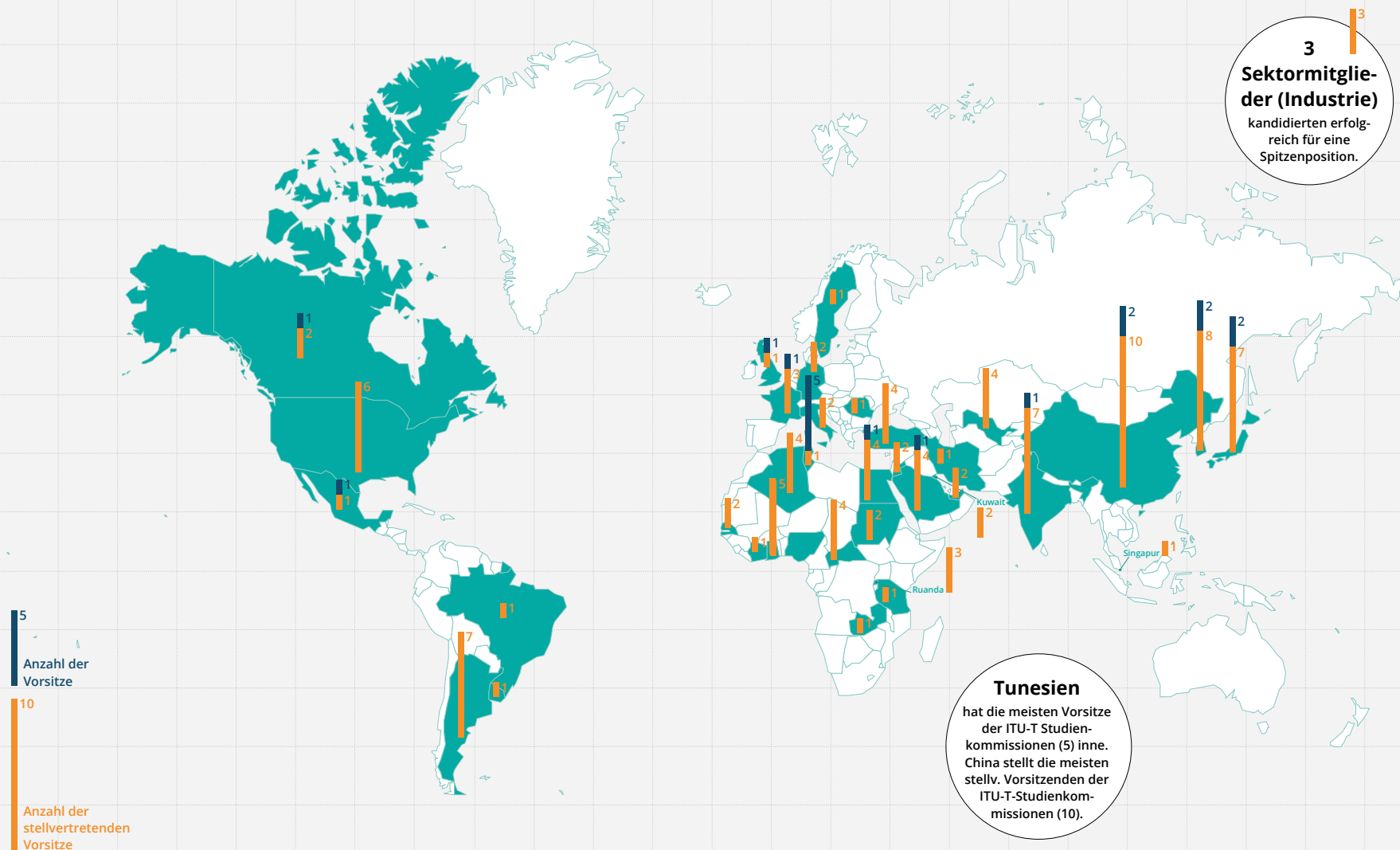
Der ITU-Rat ist das Leitungsgremium zwischen den Bevollmächtigtenkonferenzen. Diese sind das höchste Organ der ITU für politische Entscheidungen. Der Rat ist maßgeblich für das Tagesgeschäft der UN-Sonderorganisation zuständig, wie z.B. der Koordinierung der Arbeitsprogramme. Die Karte zeigt die Mitglieder des ITU-Rates seit 2006 (einschließlich 2023 – 2026).





Herkunftsländer des Leitungspersonals der ITU-Studienkommissionen

Bei der Weltstandardisierungsversammlung (WTS-20) im März 2022 wurden insgesamt 133 Kandidaten in Führungspositionen der ITU-T-Studienkommissionen gewählt. Diese bestehen in der Regel aus je einem Vertreter der Regionalgruppen (S. 140 – 141). Aufgrund des russischen Angriffskrieges wurden bei der letzten Versammlung keine russischen Kandidaturen zugelassen.





Mitglieder der Freedom Online Coalition (FOC)

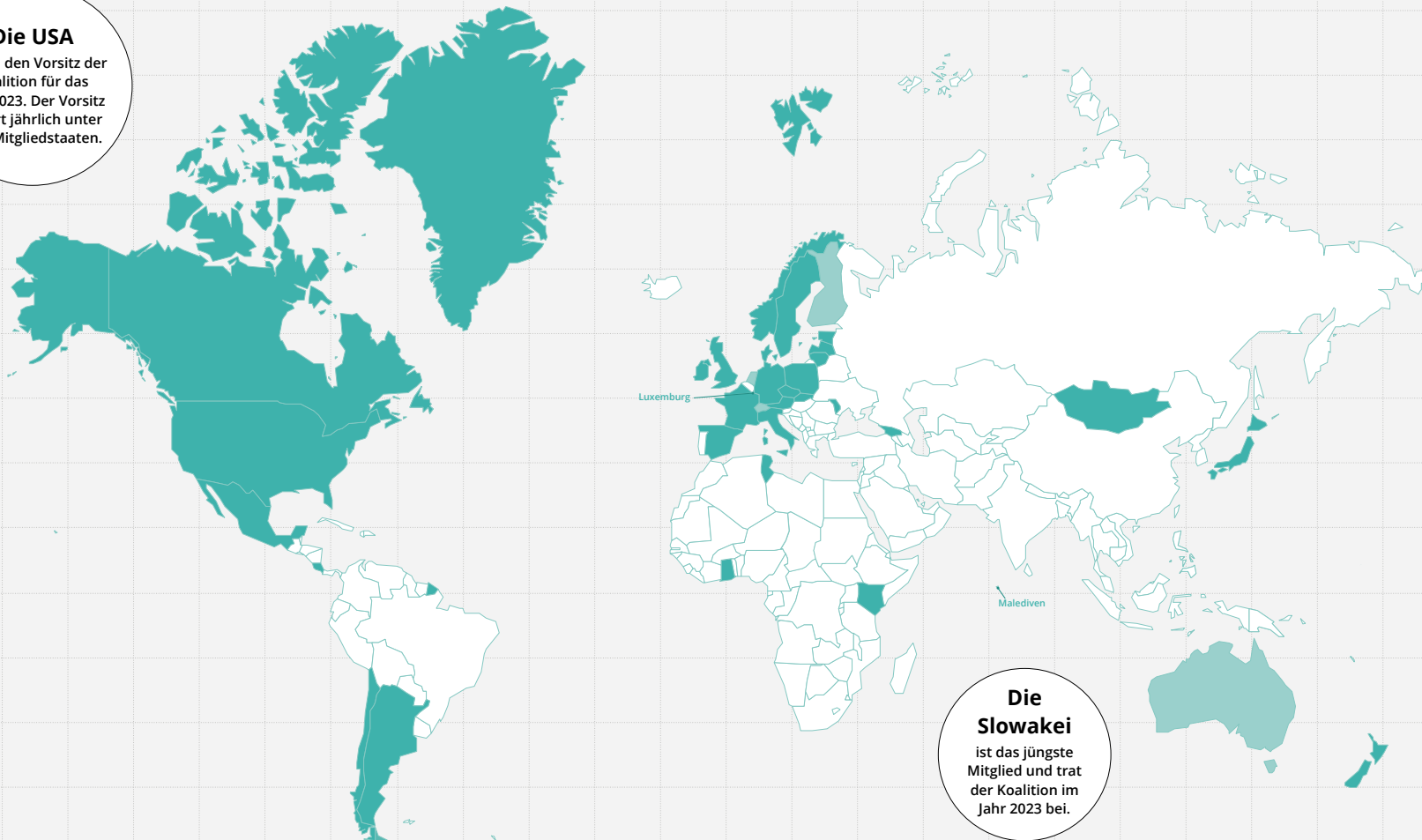
Die zwischenstaatliche „Freedom Online Coalition“ (FOC) ist eine Gruppe von Ländern, die sich Menschenrechten und Grundfreiheiten verpflichtet hat und 2011 von 15 Mitgliedstaaten gegründet wurde; derzeit hat sie 36 Mitglieder. Die Koalition erleichtert die Koordinierung zwischen den Mitgliedern in Foren wie dem UN-Menschenrechtsrat und dem Internet Governance Forum.

Derzeitige FOC-Förderer (4)

Die USA

haben den Vorsitz der Koalition für das Jahr 2023. Der Vorsitz rotiert jährlich unter den Mitgliedstaaten.

Mitgliedstaaten (36)

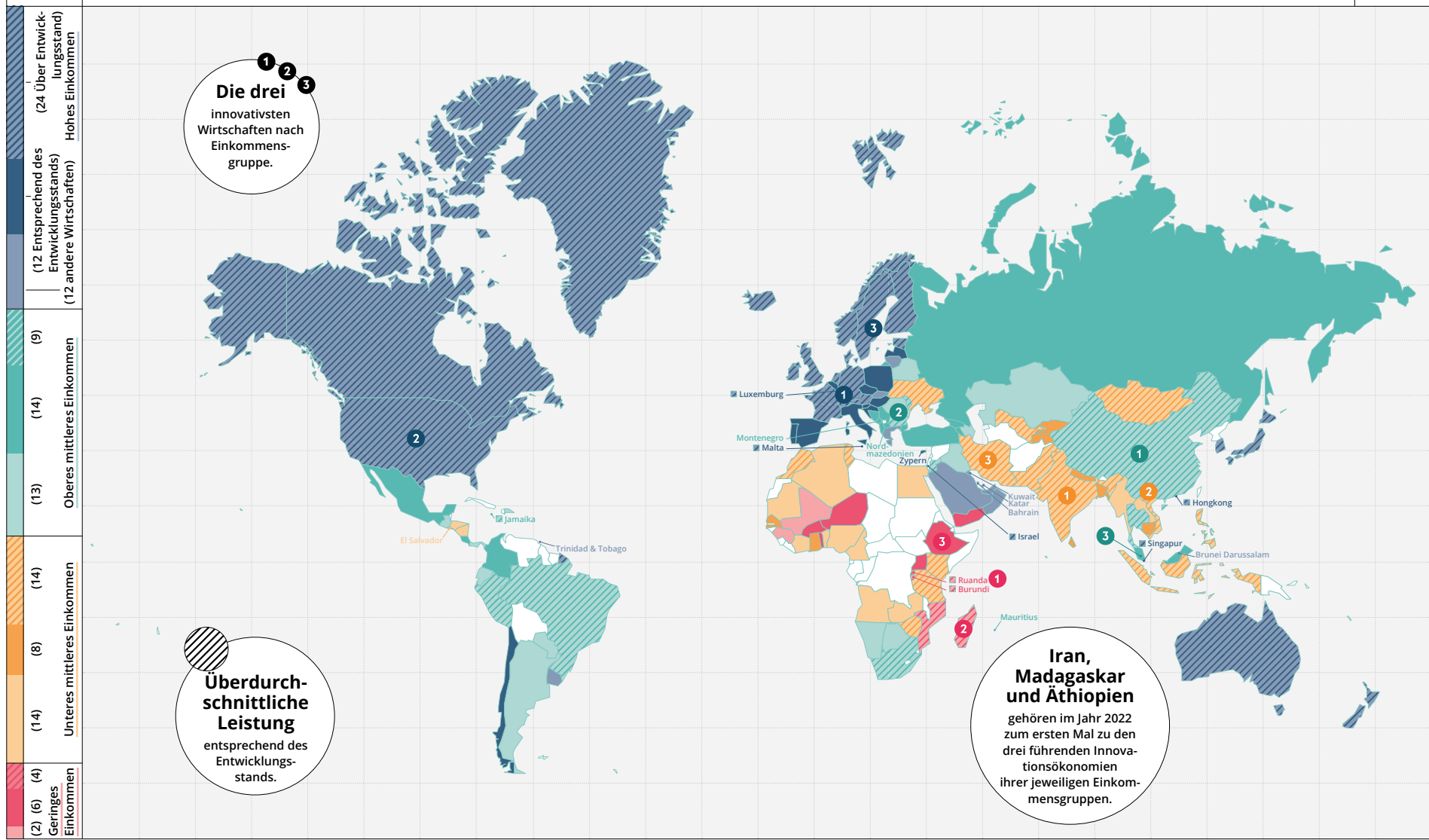


Die Slowakei
ist das jüngste Mitglied und trat der Koalition im Jahr 2023 bei.



Innovationsleistungen 2022

Der Globale Innovationsindex 2022 – der jährliche Bericht der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) – zeigt, dass die Budgets für F&E in den innovativsten Ländern in den Jahren 2020 und 2021 stark angestiegen sind. 26 Entwicklungsländer übertrafen das erwartete Innovationsniveau. Geopolitische Spannungen könnten diesen Trend im Jahr 2022 jedoch umkehren.



Die drei innovativsten Wirtschaften nach Einkommensgruppe.

Überdurchschnittliche Leistung entsprechend des Entwicklungsstands.

Iran, Madagaskar und Äthiopien gehören im Jahr 2022 zum ersten Mal zu den drei führenden Innovationsökonomien ihrer jeweiligen Einkommensgruppen.



Der Kampf gegen die Folgen der COVID-19-Pandemie bleibt eine der Prioritäten in den globalen Gesundheitsorganisationen in Genf. Während 2021 v.a. das Krisenmanagement im Vordergrund stand, rückte nach und nach auch die Verbesserung von Prävention und Reaktion auf künftige Pandemien in den Blickpunkt.

Im Jahr 2021 war Genf Ort hitziger Diskussionen über die Frage der möglichst gerechten Verteilung von COVID-Impfstoffen und Medikamenten. Besonders kontrovers verlief die Debatte über den Mehrwert einer möglichen Aussetzung von Urheberrechten. Zwar werden Entscheidungen über solche sogenannten „TRIPS Waiver“ in der Welthandelsorganisation (WTO) (S. 126 – 127) getroffen, doch wurde die Debatte auch in anderen Foren geführt. Ein neues Instrument zur Bekämpfung des „Impfnationalismus“ vieler Staaten und der Unterstützung einer gerechteren Verteilung von Impfstoffen war der COVAX-Mechanismus unter Führung der globalen Impfallianz GAVI, der internationalen Impfstoff-Initiative CEPI (Koalition für Innovationen in der Epidemievorbereitung) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) als Lieferpartner. Trotz oft kritisierten Schwächen darf COVAX durchaus als Beispiel internationaler Solidarität gelten. Die Karten auf den Seiten 162 – 165 zeigen jedoch, dass zum Zeitpunkt der höchsten Nachfrage (2021) das Instrument nicht angemessen ausgestattet war, um den erheblichen Bedarf in vielen sich entwickelnden Ländern zu erfüllen. Bemerkenswert: Der Mechanismus wurde nahezu ausschließlich durch die EU, die USA und wohlhabende freiheitlich-demokratische Länder finanziert.

Seit 2021 und besonders seit der 74. Weltgesundheitsversammlung (WHA) im Mai 2021 haben mehrere Berichte hochrangiger Expertenpanels eine grundlegende Reform zur Stärkung der Vorbereitung und Reaktion auf künftige Pandemien gefordert. Eine wichtige Empfehlung, die Reform der Finanzierung der WHO und insbesondere die stufenweise Anhebung der Festbeiträge der Beitragszahler wurde auf der 75. Weltgesundheitsversammlung verabschiedet, auch dank des engagierten

deutschen Vorsitzes in der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Finanzierung“. Ein weiterer Schritt war die Schaffung eines Verfahrens zur gegenseitigen Begutachtung (peer review) von Mitgliedstaaten (Universal Health and Preparedness Review, UHPR) zur Stärkung der nationalen Pandemievorbereitung.

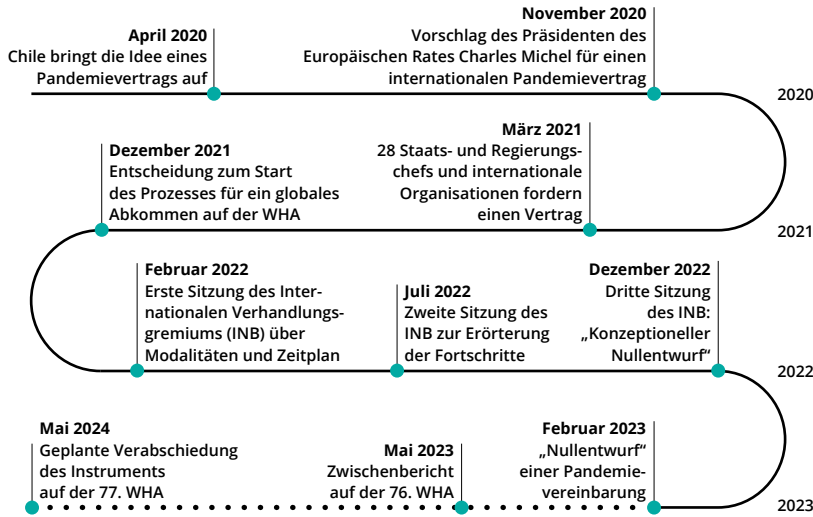
Darüber hinaus wurden zwei historische Prozesse angestoßen: Erstens starteten die Mitgliedstaaten einen Prozess zur gezielten Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) von 2005, völkerrechtlich verbindlichen Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Ausbreitung von Krankheiten. Ende 2022 hatten bereits 16 Länder oder Ländergruppen konkrete Vorschläge für solche Anpassungen vorgelegt (S. 172 – 173). Zweitens initiierten die Mitgliedstaaten einen Prozess zur Erarbeitung einer Pandemievereinbarung (S. 170 – 171). Beide Prozesse – die Überarbeitung der IGV und die Pandemievereinbarung – sollen zur 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 zum Abschluss kommen – ein ehrgeiziger Zeitplan.

Jenseits von COVID-19 bleiben andere gesundheitliche Herausforderungen dringlich, sei es die HIV-Inzidenzrate oder die so sogenannte „stille Pandemie“ antimikrobieller Resistenzen (AMR). Gleichzeitig werden einige Gesundheitsfragen zunehmend kontrovers debattiert. Ein Beispiel dafür ist das Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit: In der so genannten "Genfer Konsenserklärung" (S. 174-175) äußerte sich eine Gruppe von Mitgliedstaaten sehr kritisch zur Abtreibung. Ein zweites Beispiel war die Debatte während der 75. WHA im Mai 2022 zur Verabschiedung der neuen globalen Strategie für HIV, Hepatitis B und sexuell übertragbare Infektionen: Die Strategie wurde anders als üblich nicht im Konsens verabschiedet, da nicht wenige Staaten sich an für sie zu weit gehenden Begrifflichkeiten störten.

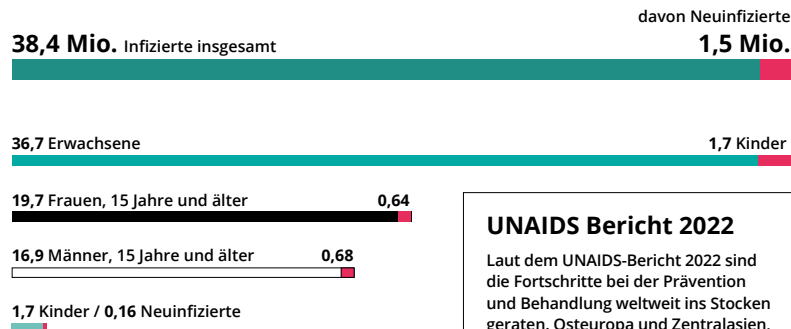
Pandemievereinbarung

Entwicklungen im Bereich der globalen Gesundheit

Eine der wichtigsten Entwicklungen war die Aufnahme von Verhandlungen über eine internationale Vereinbarung zur Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion, bisweilen auch „Pandemievertrag“ genannt. Die Idee entstand im Frühling 2020. Ziel ist es, ein solches Instrument auf der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 zu verabschieden.



Erwachsene und Kinder mit HIV weltweit in Millionen, 2021



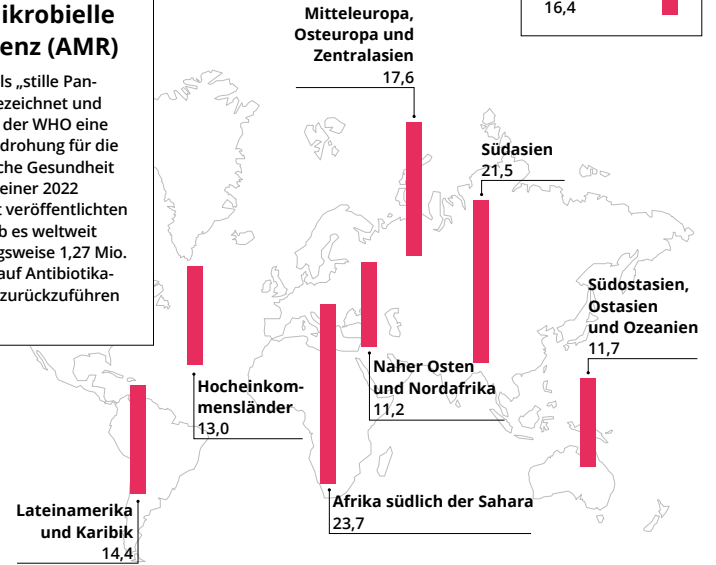
UNAIDS Bericht 2022

Laut dem UNAIDS-Bericht 2022 sind die Fortschritte bei der Prävention und Behandlung weltweit ins Stocken geraten. Osteuropa und Zentralasien, Lateinamerika sowie der Nahe Osten und Nordafrika verzeichnen seit mehreren Jahren einen Anstieg der jährlichen HIV-Neuinfektionen.

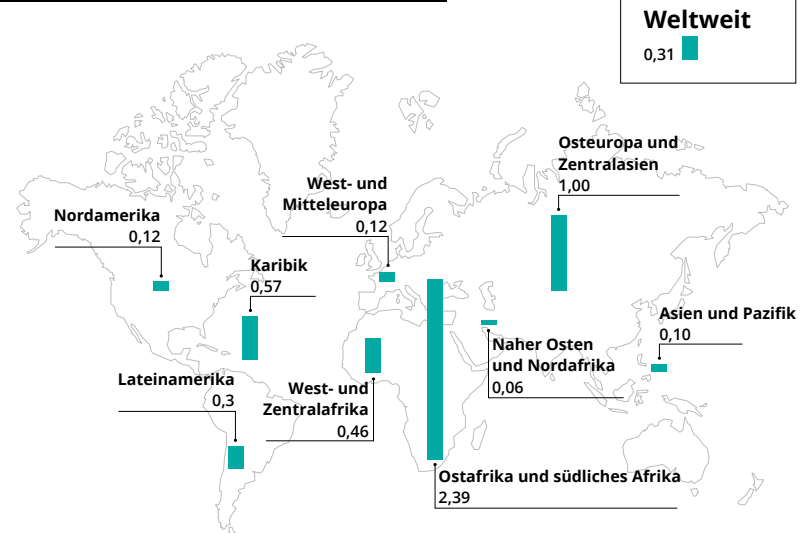
Todesrate pro 100.000 Einwohner, die auf antimikrobielle Resistenzen zurückzuführen ist (Schätzung 2019)

Antimikrobielle Resistenz (AMR)

wird oft als „stille Pandemie“ bezeichnet und stellt laut der WHO eine ernste Bedrohung für die menschliche Gesundheit dar. Laut einer 2022 im Lancet veröffentlichten Studie gab es weltweit schätzungsweise 1,27 Mio. Tote, die auf Antibiotikaresistenz zurückzuführen sind.



HIV-Inzidenz auf 1.000 Personen (Erwachsene 15 - 49), 2021





Mitgliedstaaten des WHO-Exekutivrats 2022

Der Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) setzt sich aus 34 Regierungsvertreterinnen und -vertretern zusammen, die von der Weltgesundheitsversammlung (WHA) für drei Jahre gewählt werden. Seine Hauptaufgaben: Beratung, Unterstützung und Umsetzung der Beschlüsse und Strategien der Weltgesundheitsversammlung (WHA).

Östlicher
Mittelmeerraum (5)

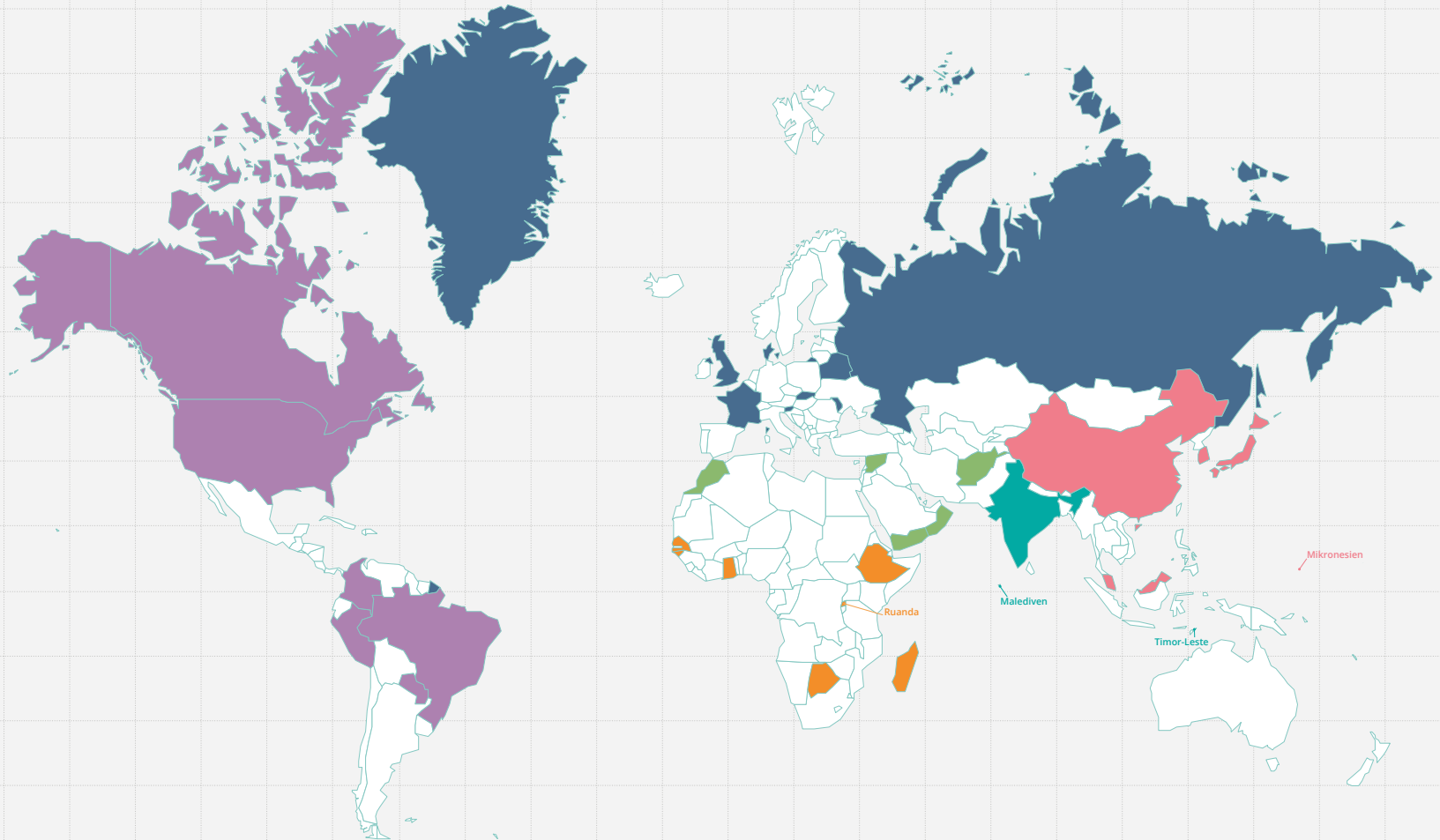
Afrika (7)

Westpazifik (5)

Südostasien (3)

Europa (8)

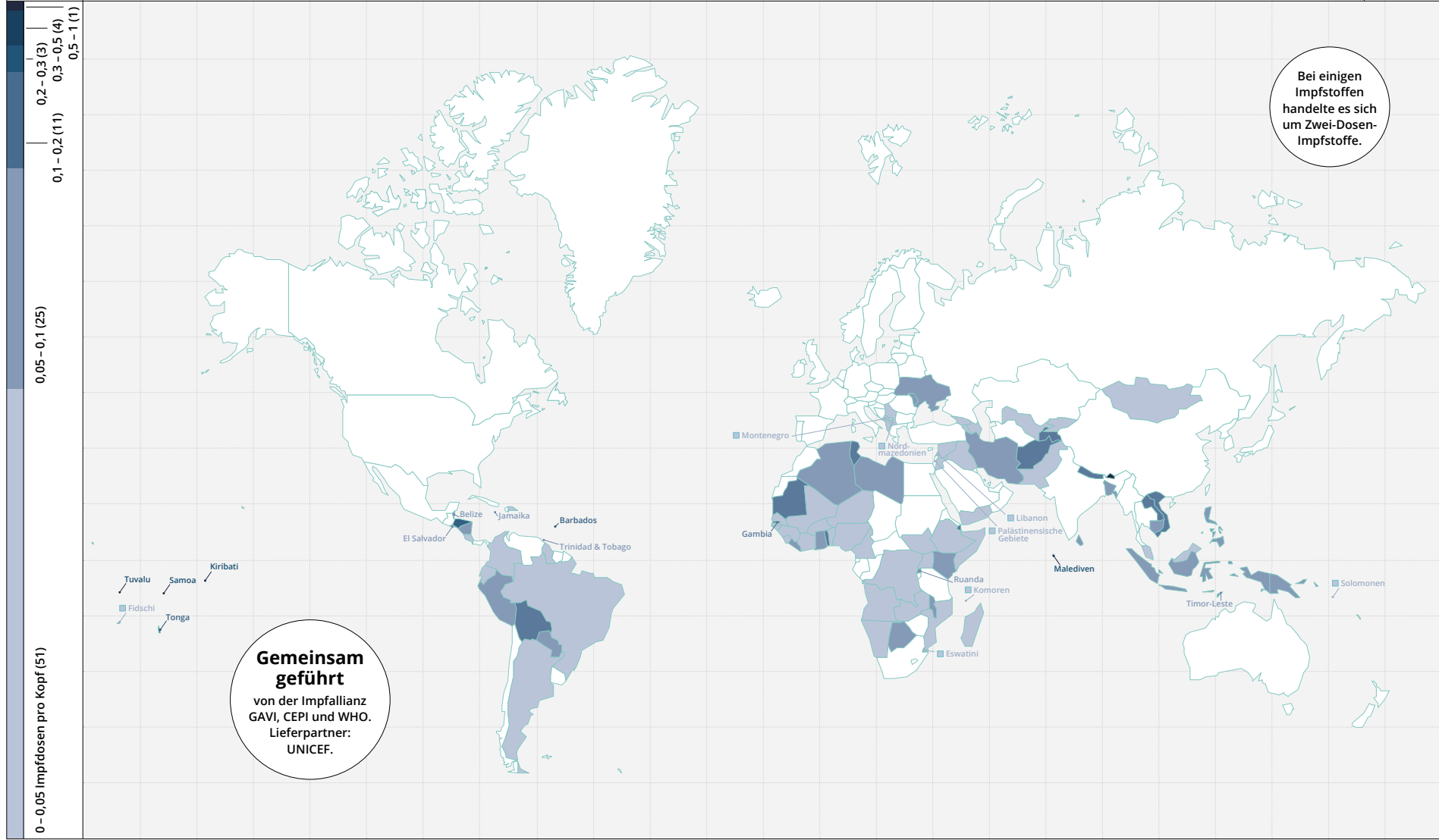
Amerika (6)





Empfänger von Impfstoffen durch die COVAX-Initiative pro Kopf 2021

Die COVAX-Initiative beschafft und verteilt Impfstoffe vor allem an 92 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Zwischen der ersten internationalen Lieferung nach Ghana im Februar 2021 und September 2021 wurden über 313 Mio. COVID-19-Impfdosen verteilt. Das ursprüngliche Ziel von 2 Milliarden Impfdosen musste auf 2022 verschoben werden.





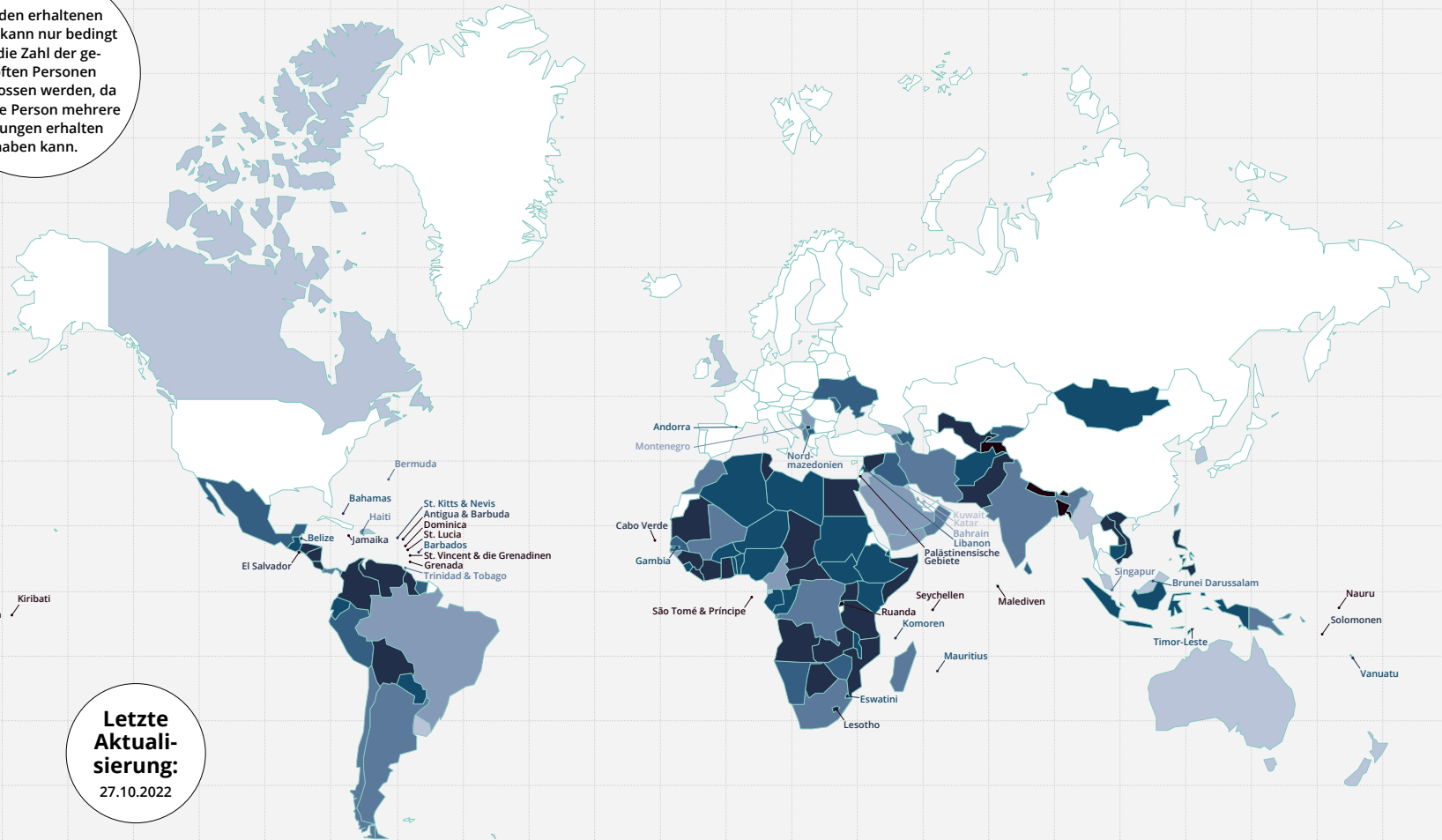
Empfänger von Impfstoffen durch die COVAX-Initiative pro Kopf 2022

Seit den ersten Auslieferungen im Februar 2021 hat die COVAX-Initiative bis Oktober 2022 mehr als 1,8 Mrd. COVID-19-Impfstoffdosen in 146 Volkswirtschaften geliefert. Obwohl sie ihr 2-Milliarden-Ziel auch Ende 2022 nicht erreichen konnte, gelang eine signifikante Steigerung der Lieferungen.

> 1 (15)
 0,5 – 1 (40)
 0,3 – 0,5 (34)
 0,2 – 0,3 (15)
 0,1 – 0,2 (18)
 0,05 – 0,1 Impfdosen pro Kopf (9)
 0 – 0,05 (14)

Von den erhaltenen Dosen kann nur bedingt auf die Zahl der geimpften Personen geschlossen werden, da dieselbe Person mehrere Impfungen erhalten haben kann.

Letzte Aktualisierung:
 27.10.2022



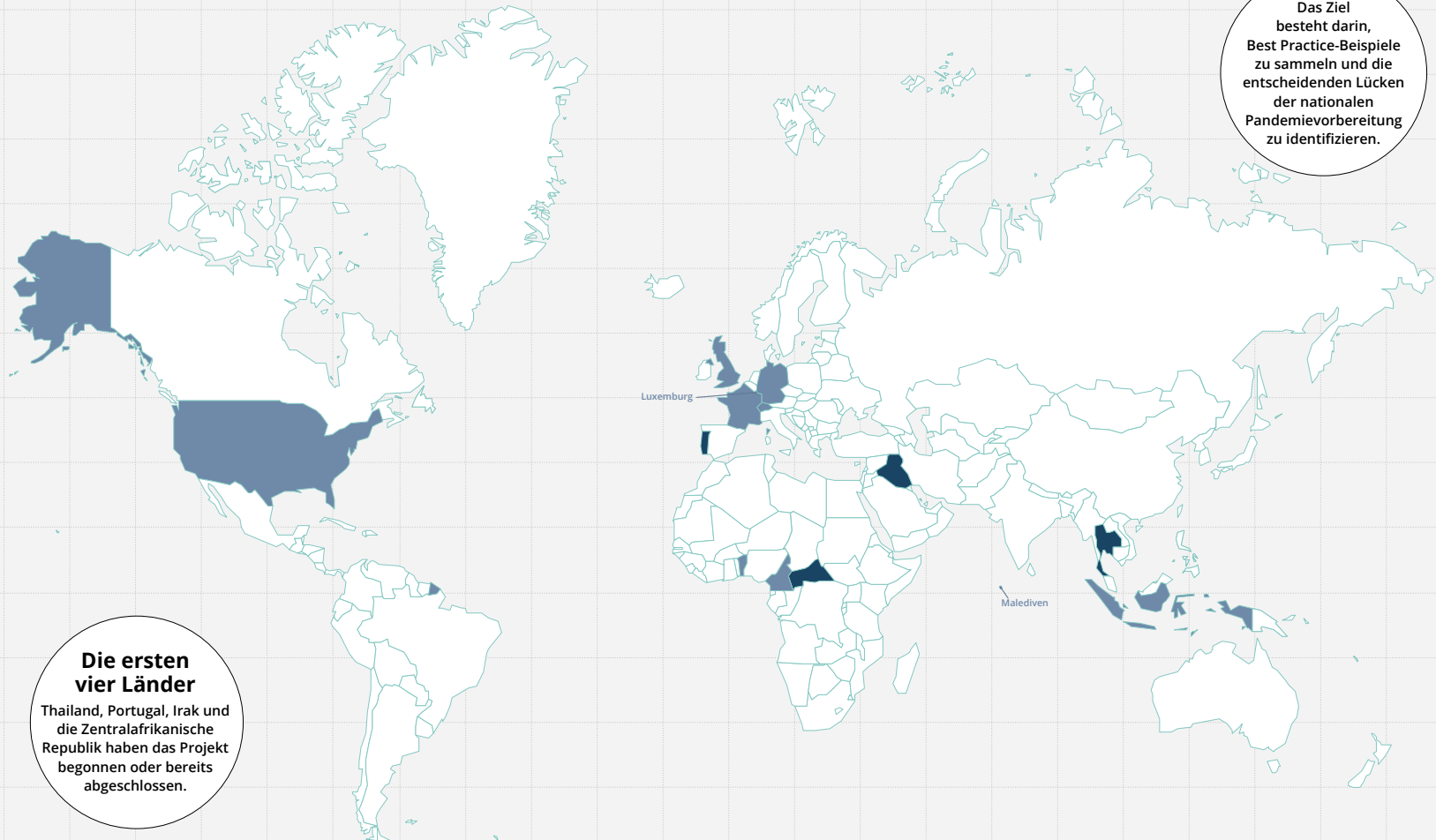


Teilnehmer am Universal Health and Preparedness Review (UHPR)

Im November 2020 kündigte WHO-Generaldirektor Dr. Tedros den „Universal Health and Preparedness Review“ (UHPR) an, einen von den Mitgliedstaaten getragenen gegenseitigen Konsultationsmechanismus mit dem Ziel der Stärkung nationaler Fähigkeiten zur Pandemievorbereitung und allgemeinen Gesundheitsversorgung. 14 Länder nehmen am Pilotprojekt teil.

Länder, die das Pilotprojekt bereits begonnen oder abgeschlossen haben (4)

Am UHPR-Pilotprojekt teilnehmende Länder (14)





Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Auf der 150. Tagung des WHO-Exekutivrats im Januar 2022 vereinbarten die WHO-Mitgliedstaaten, eine Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) aus dem Jahr 2005 einzuleiten. Dies wurde durch die USA eingebracht und von über 40 Staaten unterstützt. Die USA hatten zuvor konkrete Vorschläge zur Änderung der IGV eingereicht.

Die IGV sind für die 194 WHO-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich.

Zielgerichtete Änderungen

Eine umfassende Neuverhandlung der IGV ist nicht vorgesehen.

Ziel 2024
Ein Reformpaket soll auf der Weltgesundheitsversammlung (WHA) 2024 vorgestellt werden.

Luxemburg
Monaco
Montenegro
Malta

Zypern



Unterstützung für die Verhandlung einer Pandemievereinbarung

Auf der Sondersitzung der Weltgesundheitsversammlung (WHA) Ende 2021 wurde im Konsens beschlossen, ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium (INB) einzurichten, das mit der Ausarbeitung und Aushandlung eines WHO-Übereinkommens, eines Abkommens oder eines anderen Instruments zur Prävention, Vorbereitung und Reaktion von Pandemien beauftragt wird.





Änderungsvorschläge für Internationale Gesundheitsvorschriften

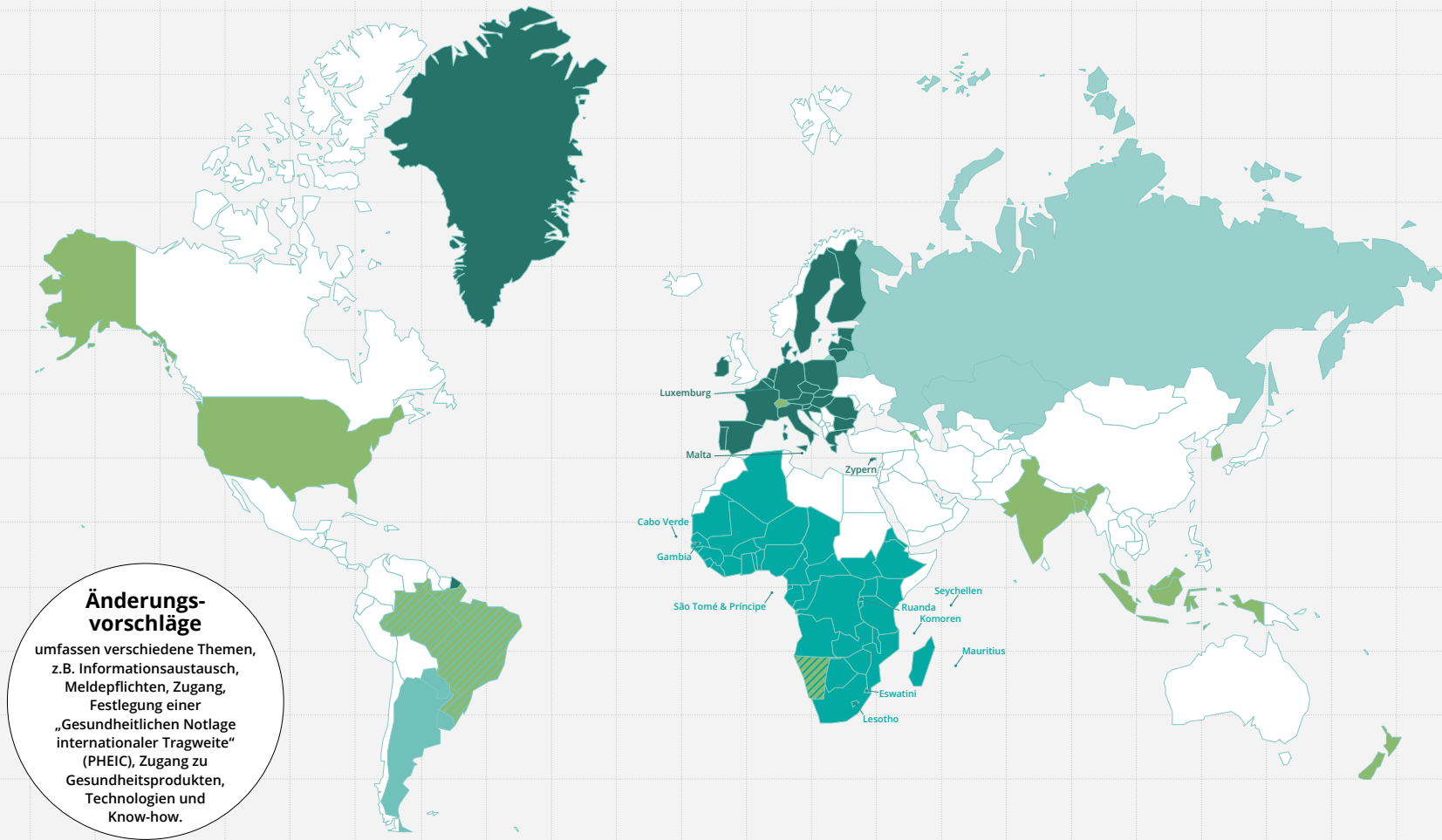
Die 75. Weltgesundheitsversammlung lud die Mitgliedstaaten dazu ein, bis zum 30. September 2022 Änderungsvorschläge zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften einzureichen. Diese Karte zeigt Staaten, die bereits Änderungen vorgeschlagen haben (4 Staaten haben Vorschläge auch im Namen anderer Staaten eingereicht).

Vorschläge einzelner Länder (11)

EU (vorgelegt von Tschechien) (27)

WHO-Region Afrika (47)
Vorschlag der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) (5)

Mercosur-Staaten (4)
Vorschlag der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) (5)



Änderungsvorschläge
umfassen verschiedene Themen, z.B. Informationsaustausch, Meldepflichten, Zugang, Festlegung einer „Gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite“ (PHEIC), Zugang zu Gesundheitsprodukten, Technologien und Know-how.

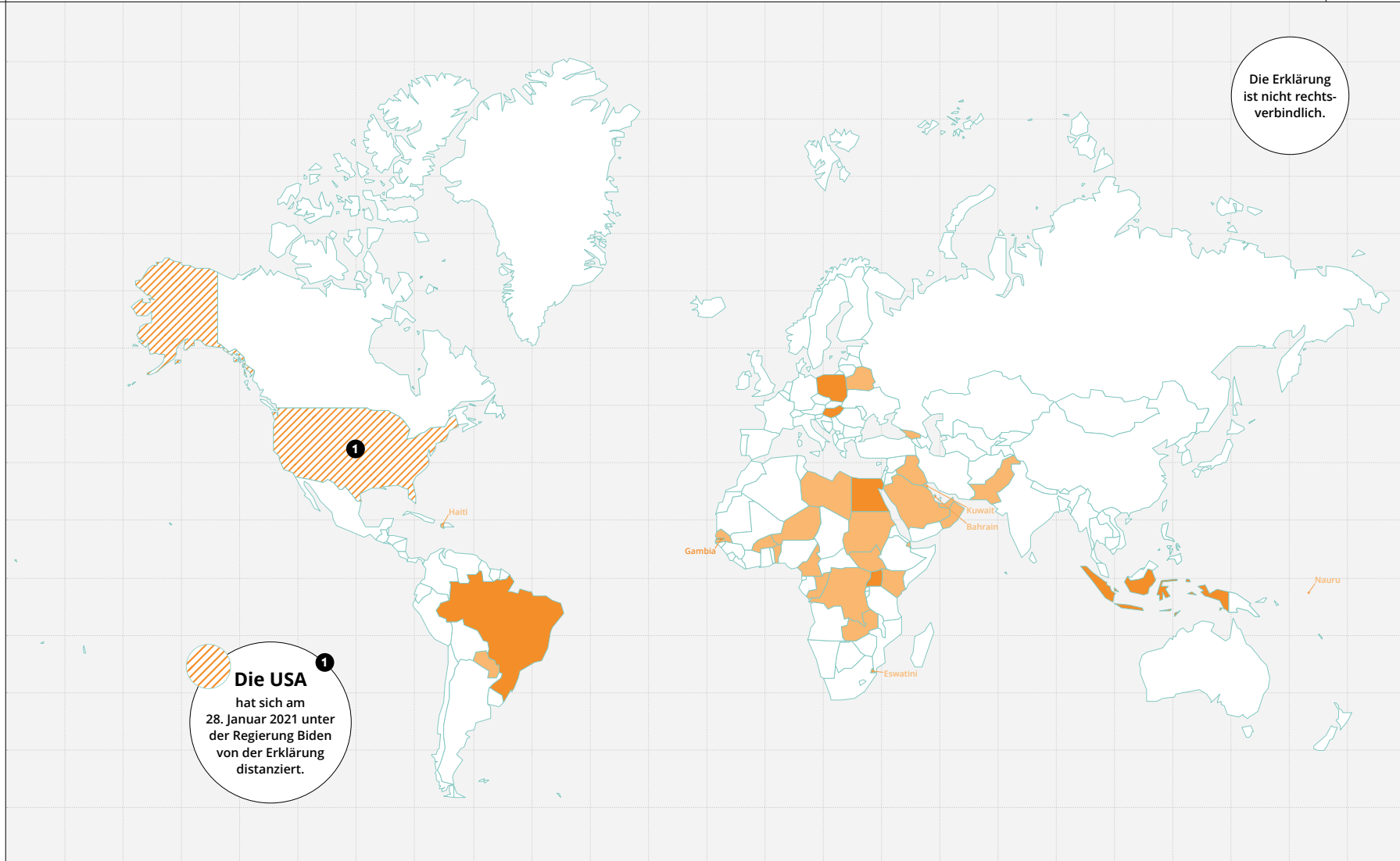


Unterzeichner der „Genfer Konsenserklärung“

Am 22. Oktober 2020 signierten 34 Staaten die „Genfer Konsenserklärung zur Förderung der Frauengesundheit und Stärkung der Familie“, initiiert vom damaligen US-Außenminister Mike Pompeo. Die Unterzeichner betonen, „dass es kein internationales Recht auf Abtreibung gibt“ und „dass Abtreibung in keinem Fall als Familienplanungsmethode gefördert werden sollte“.

Co-Sponsoren (8)

Unterzeichner der Genfer Konsenserklärung (26)





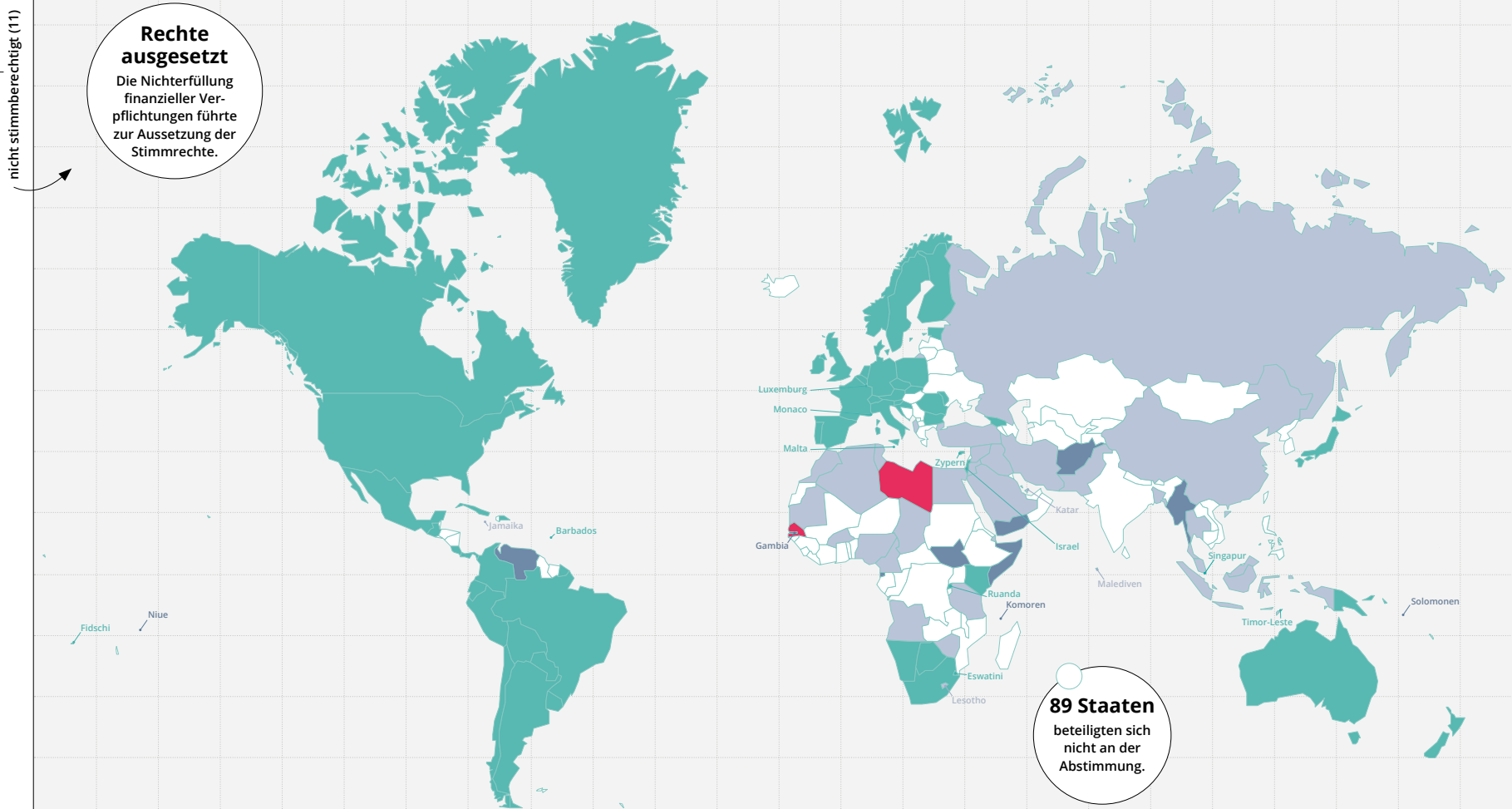
WHA: Globale Strategie zur sexuellen Gesundheit

Auf der 75. Weltgesundheitsversammlung (WHA) im Juni 2022 wurde eine neue Globale Strategie zu HIV, Hepatitis B und sexuell übertragbaren Infektionen 2022 bis 2030 verabschiedet. Zahlreiche Länder stürten sich an Formulierungen zur sexuellen Gesundheit und sexuellen Rechten. Aufgrund fehlenden Konsenses über den Wortlaut musste eine Abstimmung durchgeführt werden.

Gegenstimmen (2)

Enthaltungen (31)

Zustimmung (61)





Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist die erste und älteste Sonderorganisation der Vereinten Nationen und auch die einzige dreigliedrige Organisation: So setzt sich ihr Verwaltungsrat nicht nur aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen, sondern auch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern (S. 182 – 183). Diese Einbindung der Sozialpartner hat sich aufgrund der erheblichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Beschäftigung und Arbeitswelt als großer Vorteil erwiesen. Arbeitsmärkte in allen Kontinenten wurden durch die Krise massiv getroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Ende 2022 hatten die geleisteten Arbeitsstunden nur auf dem amerikanischen Kontinent das Vorkrisenniveau erreicht. (siehe Dashboard).

Umso wichtiger war die Existenz tragfähiger sozialer Sicherungssysteme. Wie der Weltsozialschutzbericht 2020 – 2022 der ILO aufzeigt, variiert der Anteil der Bevölkerung, die zumindest durch eine Sozialschutzleistung abgesichert sind, von einem Land zum anderen jedoch erheblich (S. 186 – 187).

In vielfacher Hinsicht war 2022 ein sehr wichtiges Jahr für die ILO: Am 25. März 2022 wählte ihr Verwaltungsrat mit dem ehemaligen togolesischen Premier Gilbert Houngbo (zu diesem Zeitpunkt noch Präsident des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung) erstmals einen Generaldirektor vom afrikanischen Kontinent an ihre Spitze. Houngbo trat sein Amt im Oktober 2022 an und nannte den informellen Sektor als eine seiner Prioritäten.

Darüber hinaus gelang auf der 110. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) im Mai/Juni 2022 die Aufnahme des Rechts auf eine „sichere und gesunde Arbeitsumwelt“ als fünftes grundlegendes Prinzip und Recht in die ILO-Erklärung von 1998 über die grundlegenden Prinzipien und Rechte. Alle Mitgliedstaaten der ILO verpflichten sich zur Achtung und Förderung dieser grundlegenden Prinzipien, unabhängig davon, ob sie die damit verbundenen Übereinkommen ratifiziert haben. Im Falle des neuen Prinzips der „sicheren und gesunden Arbeitsumwelt“ gelten die Übereinkommen 155 (Ü155) über

Erster Generaldirektor
aus Afrika

Neues grundlegendes
Prinzip

Sorgen über Lage
in Xinjiang

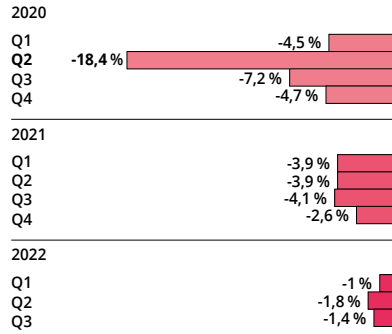
Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Ü187 über den Förderungsrahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz als grundlegend. Im Vorfeld hatten einige Mitglieder des Verwaltungsrats Bedenken bezüglich der entsprechenden Klassifizierung des Übereinkommens 155 angemeldet, da es als sehr weitreichend gilt und für einige Mitgliedstaaten nur schwer umzusetzen sein könnte. 2022 hatten zahlreiche Mitgliedstaaten entweder nur eines oder überhaupt keines der beiden Übereinkommen ratifiziert (S. 184 – 185).

Die ILO musste sich auch mit einigen wichtigen, politisch heiklen Fragen auseinandersetzen: Die Diskussionen über Zwangsarbeit in Xinjiang (siehe auch S. 50 – 57 im Menschenrechtskapitel des Atlas) spielte 2022 eine wichtige Rolle im Normenanwendungsausschuss, konkret ging es hier um die fehlende Einhaltung des Übereinkommens 111 („Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf“). Auch Belarus sah sich aufgrund der Unterdrückung der freien Gewerkschaften und der Verhaftung eines stellvertretenden (Arbeitnehmer-)Mitglieds des ILO-Verwaltungsrats starker Kritik ausgesetzt.

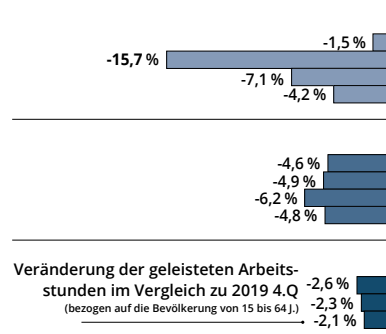
Schließlich unterstützte die ILO auf vielfältige Weise die Ukraine und auch die benachbarte Republik Moldau angesichts des russischen Angriffs, unter anderem durch Beratung, aber auch durch Nahrungsmittellieferungen für Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge (siehe Dashboard).

Einfluss von COVID-19 und anderen Krisen auf Beschäftigung

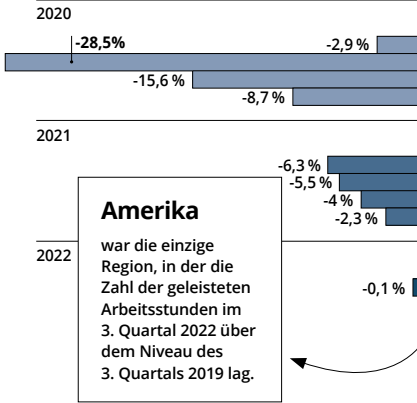
Welt



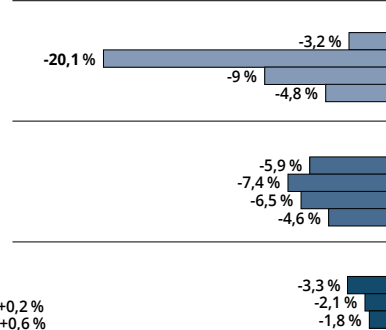
Afrika



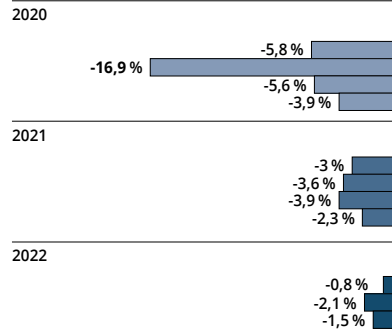
Amerika



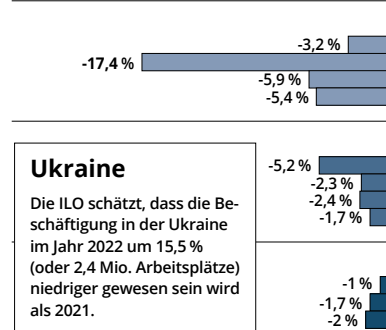
Arabische Staaten



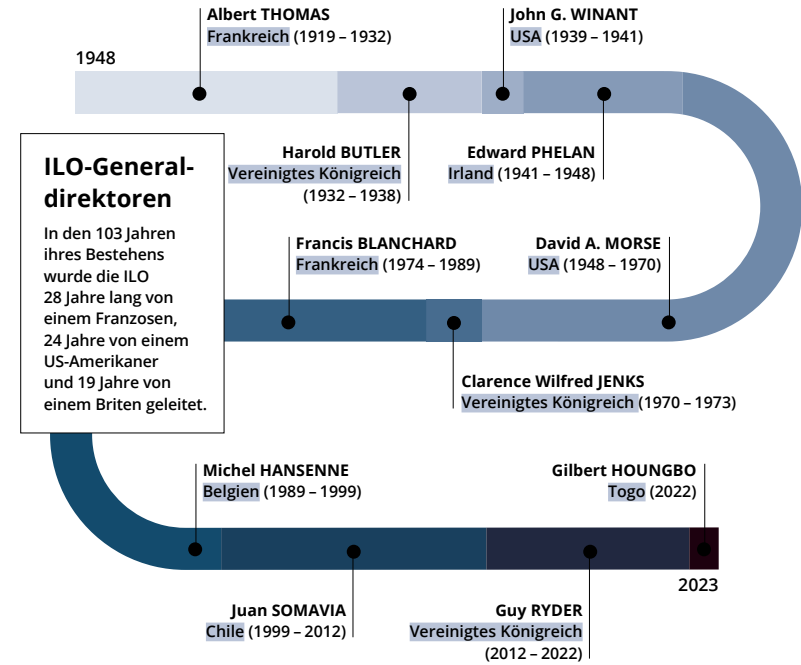
Asien und Pazifik



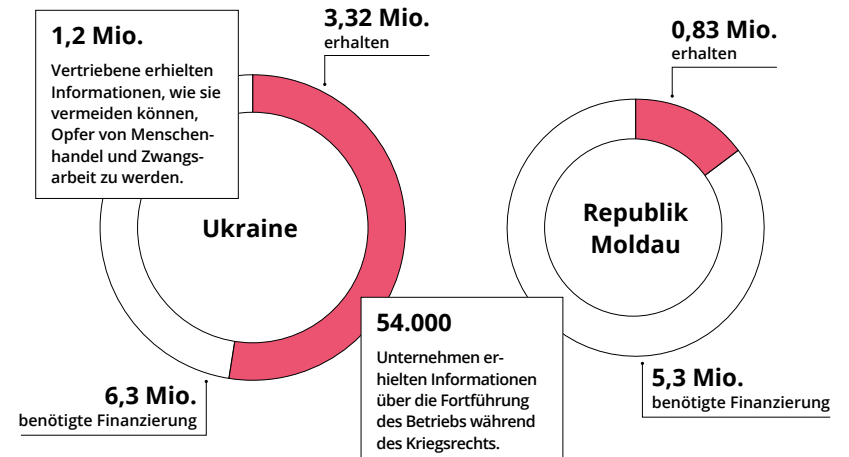
Europa und Zentralasien



Zeitleiste der ILO-Generaldirektoren



Unterstützung der ILO für die Ukraine



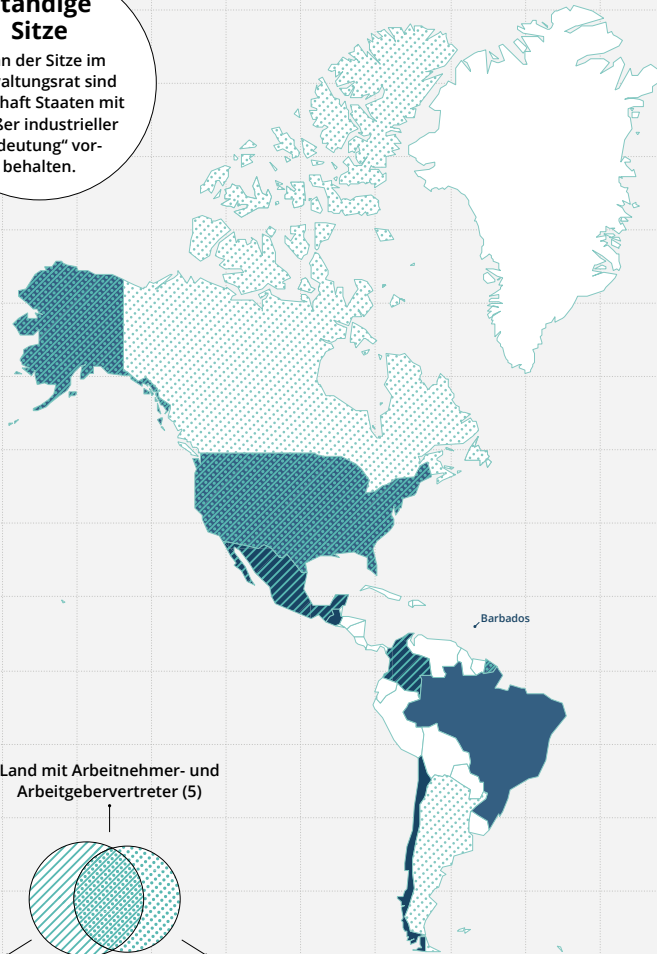


Zusammensetzung des ILO-Verwaltungsrats 2021 – 2024

Der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation ist das Exekutivorgan der ILO. Er trifft Entscheidungen über die Schwerpunktsetzung, die Agenda der jährlichen Internationalen Arbeitskonferenz, nimmt das Programm und den Haushalt der Organisation an und wählt den Generaldirektor.

Staaten mit „großer industrieller Bedeutung“ (nicht wählbare Sitze) (10)

Ständige Sitze
Zehn der Sitze im Verwaltungsrat sind dauerhaft Staaten mit „großer industrieller Bedeutung“ vorbehalten.

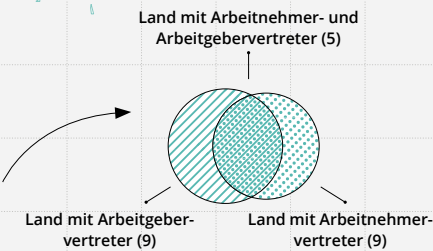


Barbados

Ruanda

Eswatini

Reguläre Regierungsmitglieder (18)

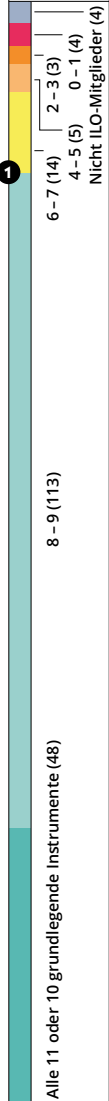


Dreigliedrigkeit
Der dreigliedrige Charakter der ILO spiegelt sich im Verwaltungsrat wider: von 56 Vertretern sind 28 Regierungen, 14 Arbeitgeber und 14 Arbeitnehmer.



Ratifizierung von ILO-Kernarbeitsnormen

Die fünf grundlegenden Prinzipien der ILO finden sich in ILO-Übereinkommen oder Instrumenten. Die Annahme eines neuen Grundprinzips bedeutet, dass sich alle ILO-Mitgliedstaaten zu dessen Einhaltung und Förderung verpflichten, unabhängig von der Ratifizierung entsprechender Übereinkommen. Diese Karte zeigt den Stand der Ratifizierung in den Mitgliedstaaten.

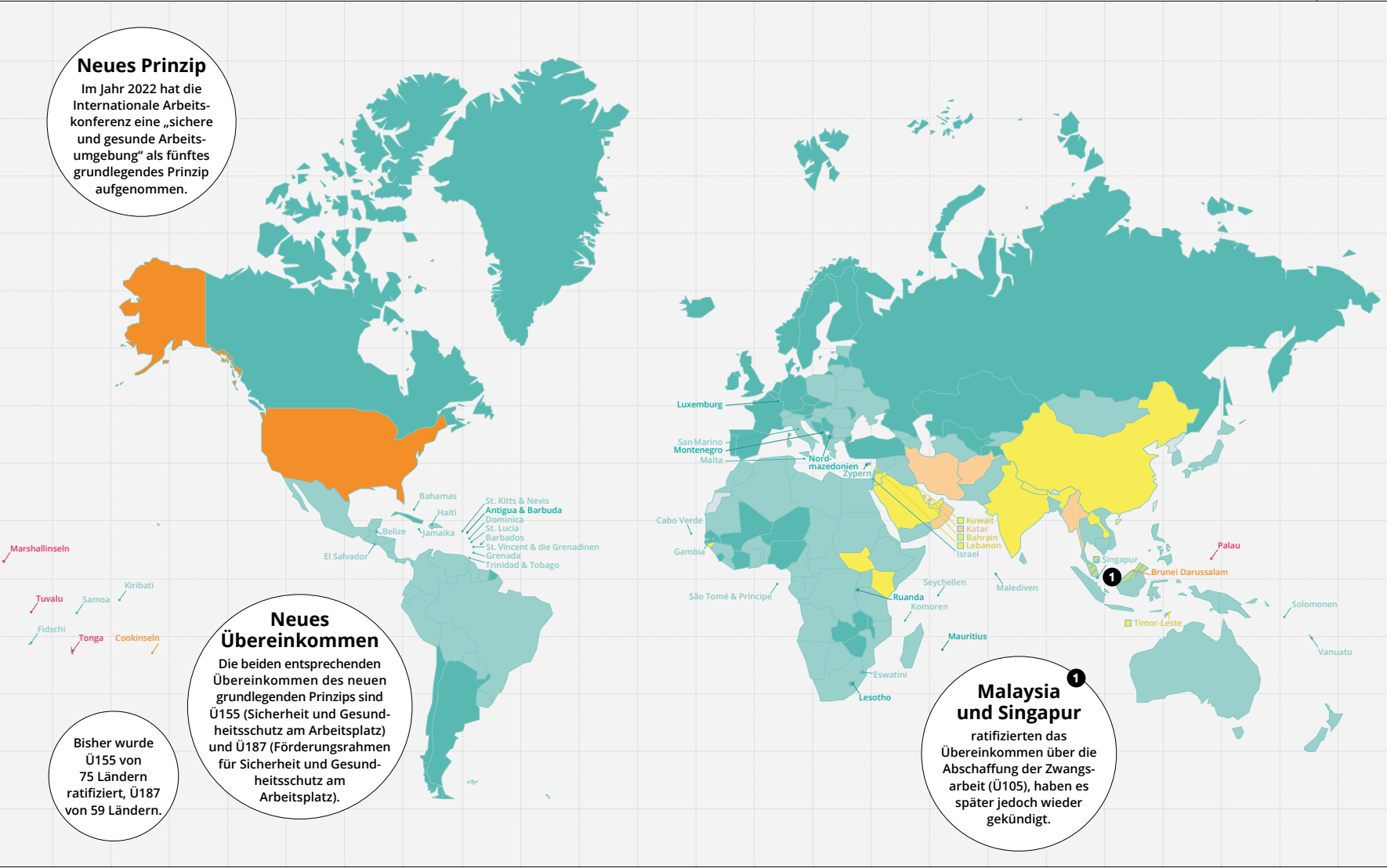


Neues Prinzip
 Im Jahr 2022 hat die Internationale Arbeitskonferenz eine „sichere und gesunde Arbeitsumgebung“ als fünftes grundlegendes Prinzip aufgenommen.

Bisher wurde Ü155 von 75 Ländern ratifiziert, Ü187 von 59 Ländern.

Neues Übereinkommen
 Die beiden entsprechenden Übereinkommen des neuen grundlegenden Prinzips sind Ü155 (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) und Ü187 (Förderungsrahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz).

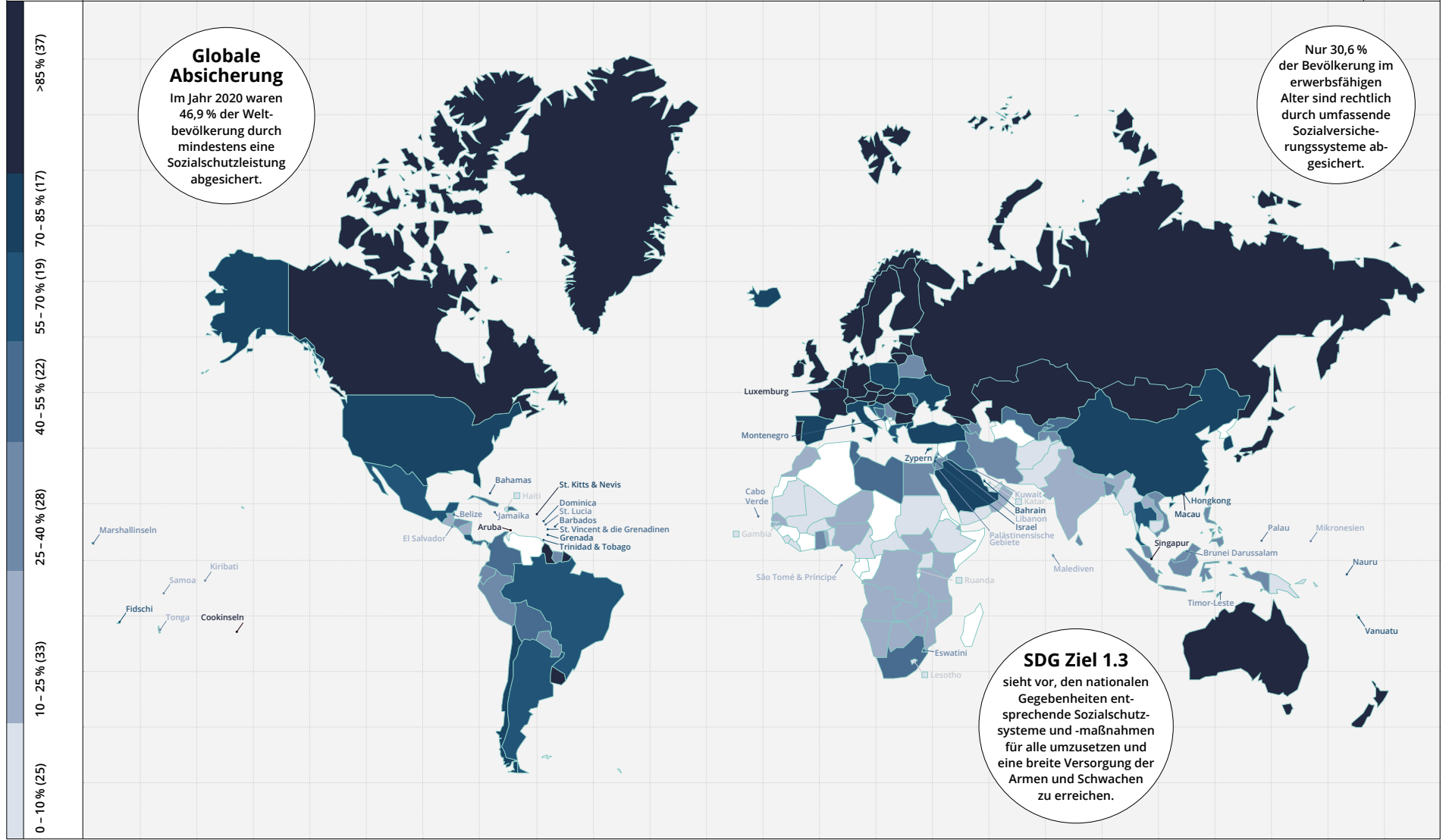
Malaysia und Singapur
 ratifizierten das Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit (Ü105), haben es später jedoch wieder gekündigt.





Sozialversicherungsschutz weltweit laut ILO 2020 – 2022

Der Weltsozialschutzbericht 2020-2022 der ILO gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung an, der im Jahr 2020 durch zumindest eine Sozialschutzleistung abgesichert war (Gesundheit ausgenommen).



Genf, Stadt
des Friedens

Genf wird oft als „Stadt des Friedens“ bezeichnet, v.a. aufgrund der langjährigen Tradition als Gastgeberin von Friedensverhandlungen und Institutionen wie dem Roten Kreuz. Außerdem beherbergt Genf eine lebendige Gemeinschaft von NROs und Instituten, welche in den Bereichen Frieden und Mediation, Sicherheit und Abrüstung tätig sind.

Am bedeutendsten ist die Abrüstungskonferenz (CD), welche mit ihren 65 Mitgliedern, darunter den fünf im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag genannten Kernwaffenstaaten und jährlich wechselnden Beobachterstaaten, dreimal jährlich in Genf tagt (S. 190 – 191). Entsprechend unterhalten mehrere Länder eigens für die CD zuständige Botschafterinnen und Botschafter. Die Konferenz ist formal unabhängig von der UN und hat zusammen mit ihrer Vorgängerin, der Konferenz des Komitees für Abrüstung, wichtige Rüstungskontrollabkommen auf den Weg gebracht, u.a. den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV, 1968), das Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen (BWÜ, 1972), das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ, 1993) oder den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT, 1996). Im Jahr 2009 richtete sie mehrere Arbeitsgruppen ein, die sich u.a. mit dem Verbot der Produktion von spaltbare Material für Waffenzwecke (FMCT) oder der Ausarbeitung praktischer Schritte zur Reduzierung von Kernwaffen und der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS) beschäftigen.

Obwohl ihre Arbeit in den letzten zwei Jahrzehnten ins Stocken geriet, bleibt sie das einzige multilaterale Abrüstungsforum weltweit. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden mehrere Überprüfungskonferenzen verschoben, konnten aber schließlich im Jahr 2022 abgehalten werden. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine wird unter Diplomatinen und Diplomaten als Wendepunkt angesehen. Er hat die Arbeit der Konferenz weiter erschwert. Die internationalen Gespräche über ein Verbot von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS), die seit 2017 in Genf geführt werden, kamen nach der russischen Invasion zum Stillstand; allerdings konnte man sich auch zuvor nicht

Anhaltende Relevanz der
AbrüstungskonferenzTrends und Entwicklungen
der vergangenen Jahre

auf die Begrenzung autonomer Waffen einigen. Seit der Veröffentlichung der 11 Leitprinzipien zu LAWS durch die Gruppe der Regierungssachverständigen (GGE) sind mithin keine großen Fortschritte erzielt worden. Die Positionen einiger Mitglieder der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW), vor allem die der USA (nur unverbindlicher Verhaltenskodex) und Russlands (keine neue Regelung für LAWS), machen einen Durchbruch in naher Zukunft unwahrscheinlich. Auch auf der 10. NVV-Überprüfungskonferenz, die im August 2022 stattfand, konnte kein Konsens erzielt werden, da Russland mit einigen Formulierungen nicht einverstanden war. Nach einer Reihe gegenseitiger Anschuldigungen, vor allem zwischen den USA und Russland, wegen der angeblichen Unterhaltung von Anlagen für biologische Waffen in der Ukraine, verabschiedete die 9. BWÜ-Überprüfungskonferenz im Konsens ein Abschlussdokument. Es zielt darauf ab, das Übereinkommen zu stärken und an das 21. Jahrhundert anzupassen. Darüber hinaus fiel der 25. Jahrestag des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen (S. 192 – 193), der im November in Genf gefeiert wurde, mit beunruhigenden neuen Entwicklungen zusammen: Antipersonenminen werden erneut von Myanmar und Russland eingesetzt, wobei letzteres seit der Invasion mindestens sieben Typen in der Ukraine verlegt hat. Außerdem ist die Ukraine das einzige Land der Welt, in dem noch immer Streumunition (S. 194 – 195) eingesetzt wird, insbesondere in großem Umfang von Russland.

Der Weg zu Wiederaufbau und Entwicklung von Ländern in Konfliktsituationen, ist oft beschwerlich und anspruchsvoll. Da dies eine interdisziplinäre und ganzheitliche Herangehensweise erfordert, haben sich die g7+, eine Gruppe fragiler oder von Konflikten betroffener Länder, mit der WTO zusammengeslossen, um die Integration ihrer Volkswirtschaften in das multilaterale Handelssystem zu erleichtern (S. 196 – 197). Das Programm betrachtet Handel als Teil der Lösung und versucht, die Vorteile wirtschaftlicher Integration zur Unterstützung von Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau zu nutzen.



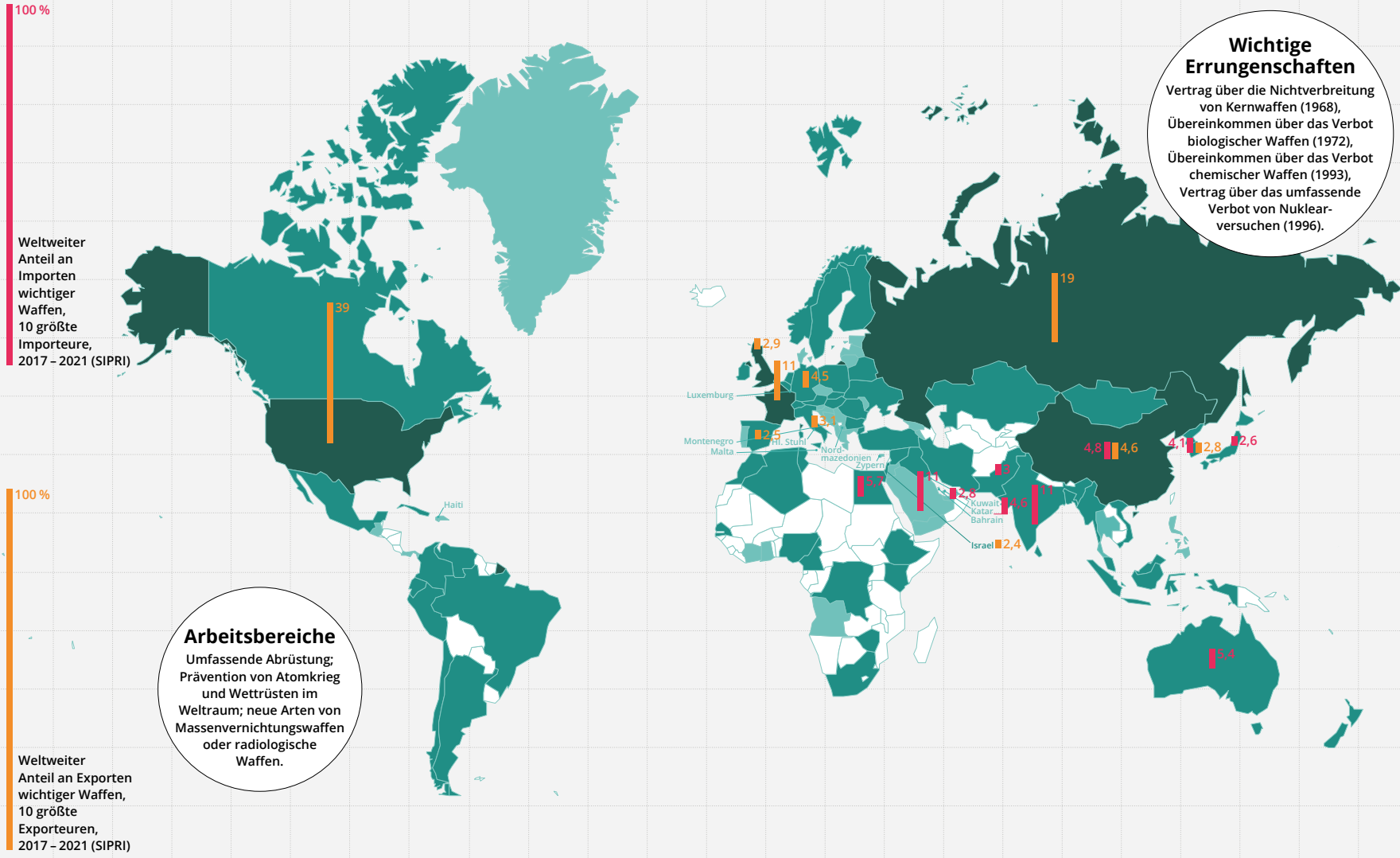
Mitgliedstaaten und Beobachter der Abrüstungskonferenz

Die 1978 gegründete und formal von den Vereinten Nationen unabhängige Abrüstungskonferenz (CD) ist das einzige multilaterale Verhandlungsforum auf globaler Ebene für Abrüstungsfragen und tagt dreimal jährlich in Genf. Die Konferenz hat 65 Mitgliedstaaten, darunter die fünf NVV-Kernwaffenstaaten. Darüber hinaus nehmen auch jedes Jahr Beobachterstaaten teil.

CD-Beobachter im Jahr 2022 (37)

CD-Mitglied (60)

CD-Mitglied und NVV-Kernwaffenstaat (5)





Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen

2022 markierte das 25-jährige Bestehen des Minenverbotsvertrags, welcher den Einsatz, Entwicklung und Lagerung von Landminen verbietet. Die 164 Vertragsstaaten treffen sich jährlich in Genf. 2021 waren weltweit 67 Staaten oder Territorien kontaminiert. Mindestens 5.544 Menschen wurden getötet oder verletzt, davon 26 % in Afghanistan, 17 % in Syrien und 8 % im Jemen.

Vertragsstaat (164)

Unterzeichner (1)

Nicht-Unterzeichner (32)



>200 Todesopfer im Jahr 2021

Größte Lagerbestände
werden unterhalten von Russland (26,5 Mio.), Pakistan (6), Indien (4-5), China (5) und den USA (3).

11 Hersteller von Minen
China, Kuba, Indien, Iran, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Russland, Singapur, Rep. Korea und Vietnam.

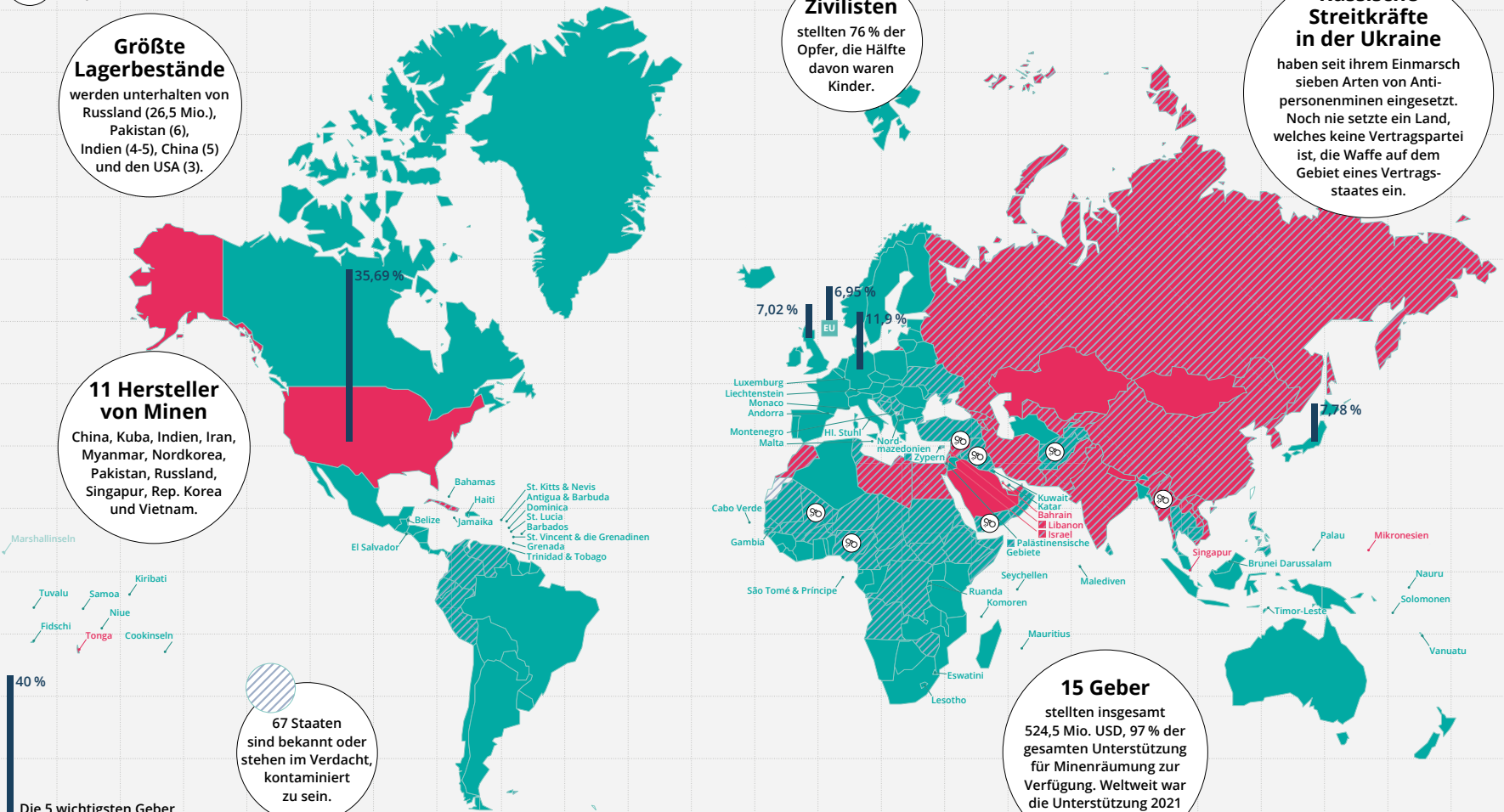
67 Staaten sind bekannt oder stehen im Verdacht, kontaminiert zu sein.

Die 5 wichtigsten Geber für Minenräumung in Mio. USD (Anteil am Gesamtbetrag)

Zivilisten
stellten 76 % der Opfer, die Hälfte davon waren Kinder.

Russische Streitkräfte in der Ukraine
haben seit ihrem Einmarsch sieben Arten von Antipersonenminen eingesetzt. Noch nie setzte ein Land, welches keine Vertragspartei ist, die Waffe auf dem Gebiet eines Vertragsstaates ein.

15 Geber
stellten insgesamt 524,5 Mio. USD, 97 % der gesamten Unterstützung für Minenräumung zur Verfügung. Weltweit war die Unterstützung 2021 um 7 % rückläufig.



- Marshallinseln
- Tuvalu
- Fidschi
- Samoa
- Niue
- Kiribati
- Tonga
- Cookinseln
- Bahamas
- Haiti
- Jamaika
- St. Kitts & Nevis
- Antigua & Barbuda
- Dominica
- St. Lucia
- Barbados
- St. Vincent & die Grenadinen
- Grenada
- Trinidad & Tobago
- El Salvador
- Belize

- Luxemburg
- Liechtenstein
- Monaco
- Andorra
- Montenegro
- Malta
- Hi. Stuhl
- Nordmazedonien
- Zypern
- Cabo Verde
- Gambia
- São Tomé & Príncipe
- Lesotho
- Eswatini
- Ruanda
- Komoren
- Seychellen
- Malediven
- Mauritius
- Kuwait
- Katar
- Bahrain
- Libanon
- Israel
- Palästinensische Gebiete
- Singapur
- Palau
- Brunei Darussalam
- Mikronesien
- Nauru
- Solomonen
- Vanuatu
- Timor-Leste





Übereinkommen über das Verbot von Streumunition

Das Übereinkommen über Streumunition wurde im Jahr 2008 angenommen. Im August 2022 gab es 110 Vertragsstaaten, die sich jährlich in Genf treffen. Streumunition gilt als De-facto-Landmine, da sie noch lange nach Beendigung des Konflikts wahllos tötet und verstümmelt. Während die Zahl der Opfer weltweit zurückging, verzeichnete die Ukraine einen dramatischen Anstieg.

Vertragsstaat (110)

Unterzeichner (13)

Nicht-Unterzeichner (74)

Das Übereinkommen verbietet die Verwendung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe von Streumunition und verlangt die Zerstörung von Lagerbeständen, Räumung und Opferhilfe.

Die Ukraine ist das einzige Land seit 2021, in dem Streumunition neu eingesetzt wurde. Russland hat mindestens sechs Typen in großem Umfang seit seiner Invasion eingesetzt. Die ukrainischen Streitkräfte scheinen sie laut Cluster Munition Monitor 2022 mindestens dreimal im Krieg eingesetzt zu haben.

97 % zivile Todesopfer
66 % von ihnen waren Kinder.

99 % der Bestände, welche von den Vertragsstaaten gemeldet wurden, sind seit der Verabschiedung des Übereinkommens vernichtet worden.

26 Staaten und 3 andere Gebiete/Territorien sind kontaminiert.

- Marshallinseln
- Tuvalu
- Fidschi
- Samo
- Niue
- Kiribati
- Tonga
- Cookinseln
- Bahamas
- Haiti
- Belize
- Jamaika
- St. Kitts & Nevis
- Antigua & Barbuda
- Dominica
- St. Lucia
- Barbados
- St. Vincent & die Grenadinen
- Grenada
- Trinidad & Tobago
- El Salvador
- Luxemburg
- Liechtenstein
- Monaco
- Andorra
- San Marino
- Montenegro
- Malta
- Hi. Stuhl
- Nord-mazedonien
- Zypern
- Cabo Verde
- Gambia
- São Tomé & Príncipe
- Eswatini
- Lesotho
- Ruanda
- Komoren
- Seychellen
- Malediven
- Mauritius
- Kuwait
- Katar
- Bahrain
- Libanon
- Israel
- Palästinensische Gebiete
- Singapur
- Brunei Darussalam
- Timor-Leste
- Palau
- Mikronesien
- Nauru
- Solomonen
- Vanuatu





WTO Trade for Peace

Das Trade-for-Peace-Programm der WTO unterstützt fragile oder von Konflikten betroffene Länder (FCS) bei ihrem Beitritt in das multilaterale Handelssystem. Es ging aus der 2017 gegründeten g7+ WTO-Beitrittsgruppe hervor. Die g7+, eine zwischenstaatliche Organisation von 20 konfliktbetroffenen Ländern, unterstützt die Bemühungen um Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau.

g7+ Mitgliedstaaten (20)
g7+ WTO-Beitrittsgruppe (9)

Fragile und von Konflikten betroffene Staaten (FCS) (36)

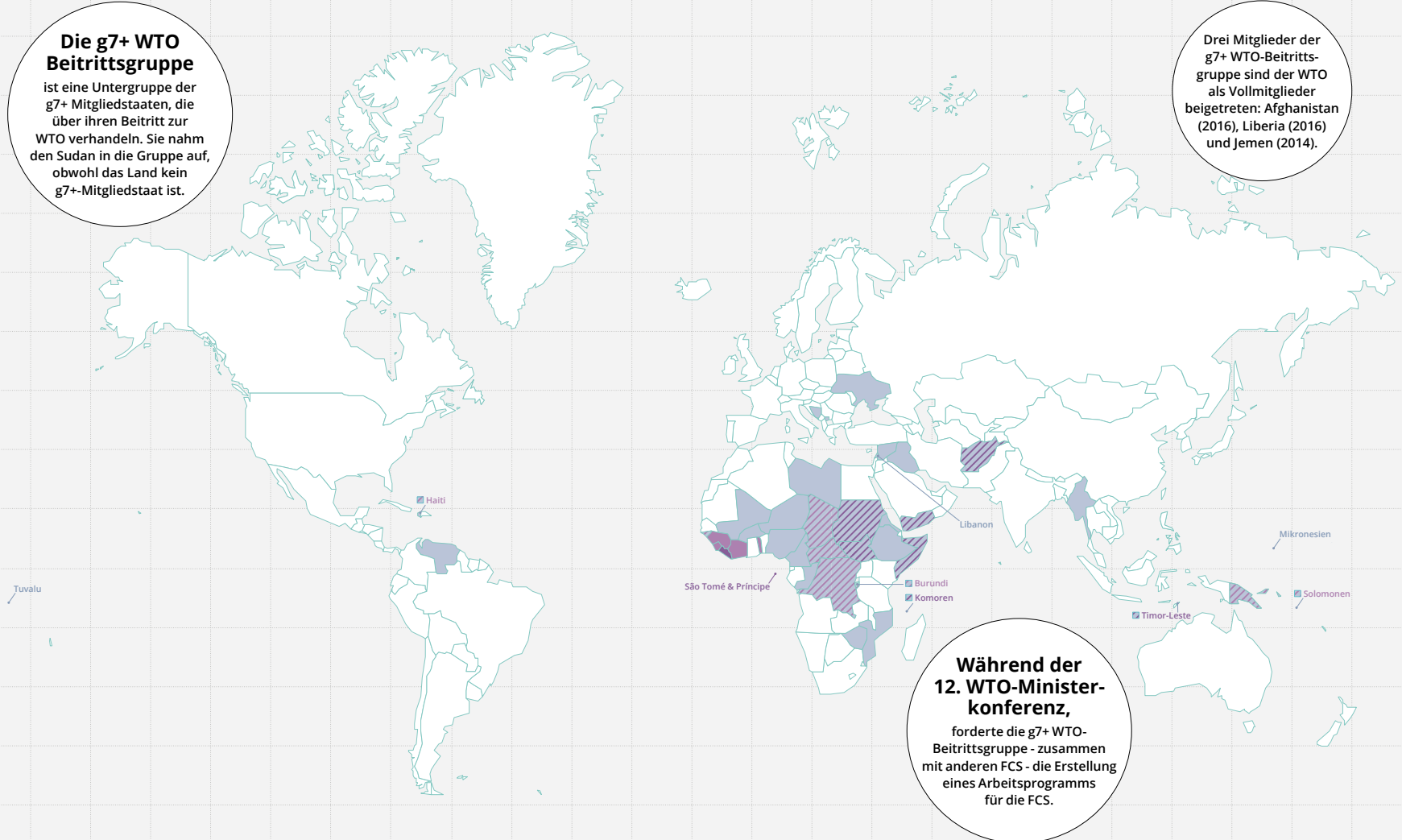
Die g7+ WTO Beitrittsgruppe

ist eine Untergruppe der g7+ Mitgliedstaaten, die über ihren Beitritt zur WTO verhandeln. Sie nahm den Sudan in die Gruppe auf, obwohl das Land kein g7+-Mitgliedstaat ist.

Drei Mitglieder der g7+ WTO-Beitrittsgruppe sind der WTO als Vollmitglieder beigetreten: Afghanistan (2016), Liberia (2016) und Jemen (2014).

Während der 12. WTO-Ministerkonferenz,

forderte die g7+ WTO-Beitrittsgruppe - zusammen mit anderen FCS - die Erstellung eines Arbeitsprogramms für die FCS.



2

Ukraine**Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) (2022)**

- Extranet of the Human Rights Council, Situation of human rights in Ukraine stemming from the Russian aggression, A/HRC/49/L.1, vote on 4 March 2022, URL: [https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/Regular/Sessions/49session/DL_Resolutions/A_HRC_49_L.1/Results%2049_L.1%20\(as%20orally%20revised\).pdf](https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/Regular/Sessions/49session/DL_Resolutions/A_HRC_49_L.1/Results%2049_L.1%20(as%20orally%20revised).pdf), retrieved: 01/10/2022.

Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) (2022)

- The States Parties to the Rome Statute, URL: <https://asp.icc-cpi.int/states-parties>, retrieved: 21/10/2022.
- Statement of ICC Prosecutor, Karim A.A. Khan QC, on the Situation in Ukraine: Receipt of Referrals from 39 States Parties and the Opening of an Investigation, 2 March 2022, URL: <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-qc-situation-ukraine-receipt-referrals-39-states>, retrieved: 21/10/2022.
- Situation in Ukraine, ICC-01/22, URL: <https://www.icc-cpi.int/ukraine>, retrieved: 21/10/2022.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (2022)

- Governing Body 344th session, Geneva, March 2022, Minutes of the 344th Session of the Governing Body of the International Labour Office, pp. 189-190, URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_852601.pdf, retrieved: 21/11/2022.

UN-Generalversammlung (UNGA) (2022)

- Aggression Ablehnung Ukraine, A/RES/ES-11/1, 2 March 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3959039?ln=en>, retrieved: 30/09/2022.
- Suspension of the rights of membership of the Russian Federation in the Human Rights Council, A/RES/ES-11/3, 7 April 2022, <https://digitallibrary.un.org/record/3967778?ln=en>, retrieved: 30/09/2022.
- Furtherance of remedy and reparation for aggression Ablehnung Ukraine, A/RES/ES-11/5, 14 November 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3994052?ln=en>, retrieved: 14/11/2022.
- Territorial integrity of Ukraine: defending the principles of the Charter of the United Nations, A/ES-11/L.5, 12 October 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3990400?ln=en>, retrieved: 12/10/2022.

UN Treaty Collection (2022)

- Rome Statute of the International Criminal Court, URL: https://treaties.un.org/pages/View-Details.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XVIII-10&chapter=18&clang=_en, retrieved: 21/10/2022.



Menschenrechte

Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) (2022)

- Extranet of the Human Rights Council, URL: <https://hrcmeetings.ohchr.org/Pages/default.aspx>, retrieved: 02/11/2022.
- LDCs/SIDS Trust Fund, URL: <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/trust-fund/ld-cs>, retrieved: 01/11/2022.
- Annual reports on reprisals for cooperation with the UN, URL: <https://www.ohchr.org/en/reprisals>, retrieved: 06/10/2022.
- Special Procedures, URL: <https://www.ohchr.org/en/special-procedures-human-rights-council>, retrieved: 12/12/2022.
- Funding and Budget, URL: <https://www.ohchr.org/en/about-us/funding-and-budget>, retrieved: 11/01/2023.
- Where we work, URL: <https://www.ohchr.org/en/about-us/where-we-work>, retrieved: 16/01/2023.

Ständige Vertretung von Kanada beim Büro der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf (2021)

- Joint statement on human rights situation in Xinjiang at 47th Session of UN Human Rights Council, 22 June, 2021, URL: https://www.international.gc.ca/world-monde/international_relations-relations_internationales/un-onu/statements-declarations/2021-06-22-statement-declaration.aspx?lang=eng, retrieved: 27/09/2022.

Ständige Vertretung der Volksrepublik China beim Büro der Vereinten Nationen in Genf und anderen internationalen Organisationen in der Schweiz (2022)

- Joint Statement Delivered by Cuba on Behalf of 69 Countries at the 50th session of the Human Rights Council, 16 June 2022, URL: http://geneva.china-mission.gov.cn/eng/dbdt/202206/t20220616_10703983.htm, retrieved: 03/10/2022.
- Joint Statement Delivered by Pakistan on Behalf of a Group of Countries at the 51st session of the Human Rights Council, 26 September 2022, URL: http://geneva.china-mission.gov.cn/eng/dbdt/202209/t20220927_10772151.htm, retrieved: 27/09/2022.

Ständige Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf (2022)

- Joint Statement on the Situation in Yemen, 8 March 2022, URL: <https://geneva.usmission.gov/2022/03/08/joint-statement-on-yemen-hrc-49/>, retrieved: 05/10/2022.

Ständige Vertretung des Königreichs Saudi-Arabien bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf (2022)

- Joint Statement on the situation in Yemen, 8 March 2022, URL: https://twitter.com/KSAPermanentGVA/status/1501238445863223296?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ctwcamp%5Eserp%7Ctwgr%5Etweet, retrieved: 05/10/2022.

UN-Generalversammlung (UNGA) (2021)

- Election of the Human Rights Council (14 October 2021), URL: <https://www.un.org/en/ga/76/meetings/elections/hrc.shtml>, retrieved: 14/10/2022.

UN-Generalversammlung (UNGA) (2022)

- Election of the Human Rights Council (11 October 2022), URL: <https://www.un.org/en/ga/77/meetings/elections/hrc.shtml>, retrieved: 05/10/2022.
- The human right to a clean, healthy and sustainable environment, A/76/L.75, 28 July 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3982659?ln=en>, retrieved: 21/10/2022.

Universal Rights Group (URG) (2021)

- 2021 elections to the UN Human Rights Council, URL: <https://yourhrc.org/2021-2/>, retrieved: 05/10/2022.

Universal Rights Group (URG) (2022)

- 2022 elections to the UN Human Rights Council, URL: <https://yourhrc.org/2022-2/>, retrieved: 14/10/2022.

UN WEB TV (2022)

- 19th plenary meeting, 76th session of the General Assembly, URL: <https://media.un.org/en/asset/k1v/k1vwz0cep>, retrieved: 14/10/2022.

Das Büro der Vereinten Nationen in Genf (UNOG) (2022)

- 12 countries elected to serve new terms on Human Rights Council, URL: <https://www.ungeneva.org/en/news-media/news/2022/10/12-countries-elected-serve-new-terms-human-rights-council>, retrieved: 14/10/2022.



Humanitäre Hilfe

Europäische Kommission (2023)

- EDGAR - Emissions Database for Global Atmospheric Research, CO₂ emissions of all world countries, URL: https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2022?vis=pop#emissions_table, retrieved: 05/01/2023.

Universität von Notre Dame (2023)

- ND-GAIN Notre Dame Global Adaption Initiative, ND-GAIN Country Index, URL: <https://gain.nd.edu/our-work/country-index/rankings/>, retrieved: 05/01/2023.

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA)

- Humanitarian aid contributions 2022, URL: <https://fts.unocha.org/>, retrieved: 03/01/2023.
- Funding progress on 2022 appeals, URL: <https://fts.unocha.org/>, retrieved: 03/01/2023.
- Response plans: Overview for 2023, URL: <https://humanitarianaction.info/article/response-plans-overview-2023>, retrieved: 05/01/2023.
- The climate crisis is a humanitarian crisis, URL: <https://humanitarianaction.info/article/climate-crisis-humanitarian-crisis>, retrieved: 05/01/2023.

Die Weltbank (2023)

- Population total, All Countries and Economies, URL: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?end=2020&name_desc=false&start=1960, retrieved: 05/01/2023.



Flucht und Migration

International Displacement Monitoring Center (IDMC) (2022)

- Global Internal Displacement Database, 2021 Internal Displacement, URL: <https://www.internal-displacement.org/database/displacement-data>, retrieved: 17/01/2023.

Internationale Organisation für Migration (IOM) (2022)

- McAuliffe, M. and A. Triandafyllidou (eds.) 2021, World Migration Report 2022, https://publications.iom.int/system/files/pdf/WMR-2022_0.pdf, retrieved: 16/01/2023.

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) (2021)

- Funding Update 2021, Global Overview as of 31 December 2021, URL: <https://reporting.unhcr.org/global-funding-overview-2021>, retrieved: 10/01/2023.

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) (2022)

- Funding Update 2022, Global Overview as of 28 December 2022, URL: <https://reporting.unhcr.org/global-funding-overview-2022>, retrieved: 09/01/2023.
- Global Focus, UNHCR Operations Worldwide, Donor Ranking 2021, URL: <https://reporting.unhcr.org/donor-ranking?year=2021>, retrieved: 17/01/2023.
- Global Trends. Forced Displacement in 2021, URL: <https://www.unhcr.org/publications/brochures/62a9d1494/global-trends-report-2021.html>, retrieved: 17/01/2023.
- Refugee Data Finder, <https://www.unhcr.org/refugee-statistics/download?url=2bxU2f>, retrieved: 21/11/2022.

Die Weltbank (2023)

- Population total, All Countries and Economies, URL: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?end=2020&name_desc=false&start=1960, retrieved: 10/01/2023.
- GDP (current US\$), All Countries and Economies, URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2020&start=1960>, retrieved: 10/01/2023.
- Personal remittances, received (current US\$), All Countries and Economies, URL: <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT?end=2020&start=1970>, retrieved: 10/01/2023.
- Migration and Remittances Data, Annual Remittances Data (updated as of Nov. 2022), Inflows and Outflows, Share of GDP: <https://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaisues/brief/migration-remittances-data>, retrieved: 10/01/2023.
- Dilip Ratha, Eung Ju Kim, Sonia Plaza, Elliott J Riordan, Vandana Chandra, and William Shaw. 2022. Migration and Development Brief 37: Remittances Brave Global Headwinds. Special Focus: Climate Migration, URL: https://www.knomad.org/sites/default/files/publication-doc/migration_and_development_brief_37_nov_2022.pdf, retrieved: 10/01/2023.



Welthandel

Reuters (2022)

- U.S, EU, allies block Belarus' bid to join WTO, URL: <https://www.reuters.com/business/us-euallies-block-belarus-bid-join-wto-2022-03-24/>, retrieved: 07/12/2022.

Welthandelsorganisation (WTO) (2021)

- Co-Sponsors of the proposal for a TRIPS-Waiver for COVID-19 vaccines, URL: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/IP/C/W684.pdf&Open=True>, retrieved: 19/01/2023
- Proposals regarding the WTO Work Programme on Electronic Commerce, Anti-Moratorium proposal, URL: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/GC/W838R2.pdf&Open=True>, retrieved: 16/12/2023.

Welthandelsorganisation (WTO) (2022)

- WTO Members, URL: https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm, retrieved: 13/12/2022.
- WTO Regional Negotiation Groups, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/negotiating_groups_e.htm, retrieved: 13/12/2022.
- WTO Developing Countries' Negotiation Groups, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/negotiating_groups_e.htm, retrieved: 13/12/2022.
- Proposals regarding the WTO Work Programme on Electronic Commerce, Pro-Moratorium proposal, URL: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/GC/W831R8.pdf&Open=True>, retrieved: 16/12/2023.
- Open and predictable trade in agricultural and food products, URL: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/GC/248.pdf&Open=True>, retrieved: 07/01/2023.
- Merchandise Trade Volume, URL: https://www.wto.org/english/news_e/pres22_e/pr909_e.htm, retrieved: 16/01/2023.

Welthandelsorganisation (WTO) (2023)

- WTO Dispute Cases, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/dispu_status_e.htm, retrieved: 19/01/2023.
- WTO members' notifications related to COVID-19, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/notifications_e.htm, retrieved: 19/01/2023.

Geneva Trade Platform (2023)

- Membership of WTO Plurilateral / Joint Statement Initiatives: URL: <https://wtoplurilaterals.info/>, retrieved: 19/01/2023.
- The Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement (MPIA), URL: https://wtoplurilaterals.info/plural_initiative/the-mpia/, retrieved: 08/02/2023.



Digitales

Europäische Kommission (2022)

- Declaration for the Future of the Internet, URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/declaration-future-internet>, retrieved: 06/01/2023.

Freedom Online Coalition (FOC) (2023)

- Membership, URL: <https://freedomonlinecoalition.com/members/>, retrieved: 30/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (2006)

- ITU Council Membership 2006, URL: <https://www.itu.int/newsarchive/pp06/elections/results/council.html>, retrieved: 30/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (2010)

- ITU Council Membership 2010, URL: <https://www.itu.int/plenipotentiary/2010/elections/results/index.html>, retrieved: 30/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (2014)

- ITU Council Membership 2014, URL: <https://www.itu.int/en/plenipotentiary/2014/Pages/results.aspx>, retrieved: 30/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (2018)

- ITU Council Membership 2018, URL: <https://www.itu.int/web/pp-18/en/home/electionResult>, retrieved: 30/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (2022)

- ITU Council elections 2022 and ITU Council Membership 2022, URL: <https://pp22.itu.int/en/elections/elections-results/>, retrieved: 30/01/2023.
- ITU-T Study Groups (Study Period 2022 - 2024), URL: <https://www.itu.int/en/ITU-T/studygroups/2022-2024/Pages/default.aspx>, retrieved: 13/12/2023.
- Candidates by Group, ITU-T Candidates, URL: <https://www.itu.int/en/ITU-T/wtsa20/candidates/Pages/sg.aspx>, retrieved: 13/12/2023.
- Internet use, URL: <https://www.itu.int/itu-d/reports/statistics/2022/11/24/ff22-internet-use/>, retrieved: 18/01/2023.

Internationale Fernmeldeunion (ITU) (o. J.)

- ITU Member States, URL: <https://www.itu.int/hub/membership/our-members/directory/?myitu-members-states=true&request=countries>, retrieved: 12/01/2023.
- ITU Council 2022 and top contributors, URL: <https://www.itu.int/hub/membership/how-we-are-funded/top-contributors/>, retrieved: 12/01/2023
- Past and Present Senior Officials, Secretaries-General, 1948 - present, URL: <https://www.itu.int/en/history/Pages/SeniorOfficials.aspx>, retrieved: 24/11/2022.

Geneva Internet Platform (GIP) (2022)

- digwatch. Resolution on the programme of action (PoA) on cybersecurity adopted, URL: <https://dig.watch/updates/resolution-on-the-programme-of-action-poa-on-cybersecurityadopted>, retrieved: 13/01/2023.

Vereinte Nationen (UN) (2022)

- Programme of action to advance responsible State behaviour in the use of information and communications technologies in the context of international security, draft resolution, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3991743?ln=en>, retrieved: 13/01/2023.

Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) (2022)

- Innovation Performances 2022, URL: https://www.wipo.int/global_innovation_index/en/2022/, retrieved: 12/01/2023.
- Patent applications at the TOP 20 offices and by region, URL: <https://www.wipo.int/publications/en/details.jsp?id=4632>, retrieved: 19/01/2023.



Globale Gesundheit

The Lancet 399 (2022)

- Global burden of bacterial antimicrobial resistance in 2019: a systematic analysis, pp. 629-655, URL: [Global burden of bacterial antimicrobial resistance in 2019: a systematic analysis \(thelancet.com\)](https://www.thelancet.com), retrieved: 16/01/2023.

Gavi, die Impfallianz (2022)

- COVAX Deliveries, URL: <https://www.gavi.org/covax-vaccine-roll-out>, retrieved: 12/12/2022.

Health Policy Watch (2022)

- WHA Approves New Strategy After Sexual Health Debate, 28 May 2022, URL: <https://healthpolicy-watch.news/wha-approves-new-strategy-after-sexual-health-debate/>, retrieved: 25/11/2022.

UNAIDS (2022)

- AidsInfo, Global Factsheets 2021, URL: <https://aidsinfo.unaids.org/>, retrieved: 15/01/2023.

UN-Generalversammlung (2020):

- Letter dated 2 December 2020 from the Permanent Representative of the United States of America to the United Nations addressed to the Secretary-General, URL: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N20/344/30/PDF/N2034430.pdf?OpenElement>, retrieved: 01/12/2022.

Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2021)

- The World Together: Establishment of an intergovernmental negotiating body to strengthen pandemic prevention, preparedness and response, World Health Assembly Second Special Session, 28 November 2021, URL: https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHASSA2/SSA2_CONF1Rev1-en.pdf, retrieved: 30/11/2022.
- Universal Health and Preparedness Review (UHP), Member States Informal Consultation Session, 25 November 2021, URL: https://apps.who.int/gb/COVID-19/pdf_files/2021/25_11/Item2.pdf, retrieved: 29/11/2021.

Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2022)

- Proposed Amendments to the International Health Regulations (2005) submitted in accordance with decision WHA75(9), URL: https://apps.who.int/gb/wgihhr/pdf_files/wgihhr1/WGIHR_Submissions-en.pdf, retrieved: 23/11/2022.
- Strengthening of the International Health Regulations (2005) through a process for revising the regulations through potential amendments, Executive Board 150th session, 24 January 2022, URL: https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/EB150/B150_CONF3-en.pdf, retrieved: 21/11/2022.
- Universal Health and Preparedness Review (UHP), Member States Informal Consultation Session, 14 April 2022, URL: https://apps.who.int/gb/MSPI/pdf_files/2022/04/Item1_14-04.pdf, retrieved: 15/11/2022.
- Composition of the board, URL: <https://apps.who.int/gb/gov/en/composition-of-the-board-en.html>, retrieved: 02/11/2022.



Arbeit

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (2021)

- Composition of the Governing Body of the International Labour Office (as elected on 13, 14, 16 and 18 June 2021), URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_083528.pdf, retrieved: 28/11/2022.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (2022)

- ILO Monitor on the world of work, tenth edition, 31 October 2022, URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/briefingnote/wcms_859255.pdf, retrieved: 06/12/2022.
- Former Directors-General, URL: <https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/how-the-ilo-works/ilo-director-general/former-directors-general/lang--en/index.htm>, retrieved: 21/01/2023.
- ILO's response to Ukraine, November 2022, URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-budapest/documents/publication/wcms_861946.pdf, retrieved: 20/01/2023.
- Ratification of ILO Conventions by country, URL: <https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/?p=1000:11001::NO>, retrieved: 11/12/2022.
- World Social Protection Report 2020-2022: Social protection at the crossroads – in pursuit of a better future, URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---soc_sec/documents/publication/wcms_817572.pdf, retrieved: 06/12/2022.



Frieden und Sicherheit

Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen (2023)

- Membership, URL: <https://www.apminebanconvention.org/en/membership/>, retrieved: 13/01/2023.

Landmine and Cluster Munition Monitor (2022)

- Landmine Monitor 2022, URL: <http://www.the-monitor.org/en-gb/our-research/landmine-monitor.aspx>, retrieved: 16/01/2023.
- Cluster Munition Monitor 2022, URL: <http://www.the-monitor.org/en-gb/reports/2022/cluster-munition-monitor-2022.aspx>, retrieved: 13/01/2023.

Übereinkommen über Streumunition (2023)

- States Parties, URL: <https://www.clusterconvention.org/states-parties/>, retrieved: 15/01/2023.

Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut (SIPRI) (2022)

- Trends in International Arms Transfers, SIPRI Factsheet, March 2022, URL: https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-03/fs_2203_at_2021.pdf, retrieved: 09/11/2022.

Büro der Vereinten Nationen in Genf (2022)

- Conference on Disarmament, URL: <https://www.un.org/disarmament/conference-on-disarmament/>, retrieved: 09/11/2022.
- Member States and Non-Member States, URL: <https://www.un.org/disarmament/conference-on-disarmament/member-states/>, retrieved: 09/11/2022.
- Conference on Disarmament Approves Requests by Non-Member States to Participate in its Work as Observers in 2022, URL: <https://www.un.org/en/news-media/meeting-summary/2022/02/conference-disarmament-approves-requests-non-member-states>, retrieved: 09/11/2022.

Die g7+ (2023)

- g7+ Members, URL: <https://www.g7plus.org/#>, retrieved: 17/01/2023.

Die Weltbank (2023)

- FY23 List of Fragile and Conflict-affected Situations, URL: <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/69b1d088e3c48ebe2cdf451e30284f04-0090082022/original/FCList-FY23.pdf>, retrieved: 17/01/2023.

UN Treaty Collection (2023)

- Convention on the Prohibition of the Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-Personnel Mines and on their Destruction, URL: https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XXVI-5&chapter=26&clang=_en, retrieved: 13/01/2023.

Welthandelsorganisation (WTO) (2023)

- Current status of WTO accessions, URL: https://www.wto.org/english/thewto_e/acc_e/acc_status_e.htm, retrieved: 17/01/2023.
- Trade for Peace Programme, URL: https://www.wto.org/english/thewto_e/acc_e/tradeforpeace_e.htm, retrieved: 17/01/2023.

Impressum

Herausgeber

**Multilateraler Dialog Genf
Konrad-Adenauer-Stiftung**

Autoren und Redaktion

Dr. Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Cedric Amon

Mitarbeit

Rosa Seidler, Meike Lenzner, Alexis Richardeau, Louisa Mendoza

Mitarbeit (deutsche Ausgabe)

Dr. Anja Maria Rittner, Stephanie Hagenbuch

Visualisierung

**Den Autoren ist die Notwendigkeit einer angemessenen
geographischen Darstellung der Welt bewusst,
die Mercator-Projektion wurde aus Designzwecken gewählt.**

Grafisches Konzept, Gestaltung Karten und Infografiken

Emphase GmbH, Lausanne/Bern

Druck

Rickli + Wyss AG, Bern

Kontakt

Multilateraler Dialog
Konrad-Adenauer-Stiftung Genf
Avenue de France 23
1202 Genf
Schweiz

md.genf@kas.de
T +41 22 748 70 70
www.kas.de

Staaten der Welt

A

Afghanistan
Ägypten
Albanien
Algerien
Andorra
Angola
Antigua und Barbuda
Äquatorialguinea
Argentinien
Armenien
Aruba**
Aserbaidschan
Äthiopien
Australien

B

Bahamas
Bahrain
Bangladesch
Barbados
Belarus
Belgien
Belize
Benin
Bhutan
Bolivien
Bosnien und Herzegowina
Botsuana
Brasilien
Brunei Darussalam
Bulgarien
Burkina Faso
Burundi

C

Cabo Verde
Chile
China
Cookinseln**
Costa Rica
Côte d'Ivoire
Curaçao**

D

Dänemark
Deutschland
Dominica
Dominikanische Republik
Dschibuti

E

Ecuador
El Salvador
Eritrea
Estland
Eswatini

F

Fidschi
Finnland
Frankreich

G

Gabun
Gambia
Georgien
Ghana
Grenada
Griechenland
Guatemala
Guinea
Guinea-Bissau
Guyana

H

Haiti
Heiliger Stuhl*
Honduras
Hongkong***

I

Indien
Indonesien
Irak
Iran
Irland
Island
Israel
Italien

J

Jamaika
Japan
Jemen
Jordanien

K

Kambodscha
Kamerun
Kanada
Kasachstan
Katar
Kenia
Kirgisistan
Kiribati
Kolumbien
Komoren
Kongo, Republik
Kongo, Demokratische
Republik
Korea, Demokratische
Volksrepublik
Korea, Republik
Kosovo**
Kroatien
Kuba
Kuwait

L

Laos
Lesotho
Lettland
Libanon
Liberia
Libyen
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg

M

Macau***
Madagaskar
Malawi
Malaysia
Malediven
Mali
Malta
Marokko
Marshallinseln
Mauretanien
Mauritius
Mexiko
Mikronesien
Moldau, Republik
Monaco
Mongolei
Montenegro
Mosambik
Myanmar

N

Namibia
Nauru
Nepal
Neuseeland
Nicaragua
Niederlande
Niger
Nigeria
Niue**
Nordmazedonien
Norwegen

O

Oman
Österreich

P

Pakistan
Palau
Palästinensische Gebiete*
Panama
Papua-Neuguinea
Paraguay
Peru
Philippinen
Polen
Portugal

R

Ruanda
Rumänien
Russische Föderation

S

Salomonen
Sambia
Samoa
San Marino
São Tomé und Príncipe
Saudi-Arabien
Schweden
Schweiz
Senegal
Serbien
Seychellen
Sierra Leone
Simbabwe
Singapur
Slowakei
Slowenien
Somalia
Spanien
Sri Lanka
St. Kitts und Nevis
St. Lucia
St. Vincent und die Grenadinen
Südafrika
Sudan
Südsudan
Suriname
Syrien

T

Taiwan**
Tadschikistan
Tansania
Thailand
Timor-Leste
Togo
Tonga
Trinidad und Tobago
Tschad
Tschechien
Tunesien
Türkei
Turkmenistan
Tuvalu

U

Uganda
Ukraine
Ungarn
Uruguay
Usbekistan

V

Vanuatu
Venezuela
Vereinigte Arabische Emirate
Vereinigte Staaten von Amerika
Vereinigtes Königreich
Großbritannien und
Nordirland
Vietnam

Z

Zentralafrikanische Republik
Zypern

* Nichtmitgliedstaat mit Beobachterstatus bei UN

** Nichtmitgliedstaat bei UN

*** Chinesische Sonderverwaltungszone

Obwohl Genf der zweite Hauptsitz der Vereinten Nationen ist, wird seine Bedeutung in der Öffentlichkeit oft übersehen. Zu Unrecht, argumentiert der „Kleine Atlas des internationalen Genf 2021/2022“, denn in der Arbeit der über 45 hier ansässigen internationalen Organisationen und über 750 Nichtregierungsorganisationen konkretisiert sich multilaterale Diplomatie wie an kaum einem anderen Ort der Welt. Anhand zentraler Genfer Politikfelder, wie Menschenrechte, Humanitäre Hilfe, Flucht und Migration, Welthandel, Digitales, Globale Gesundheit, Arbeit oder Frieden und Sicherheit, zeigt der Atlas schlaglichtartig die zentrale Bedeutung des internationalen Genf für globale Entwicklungen und den Multilateralismus auf.



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG

